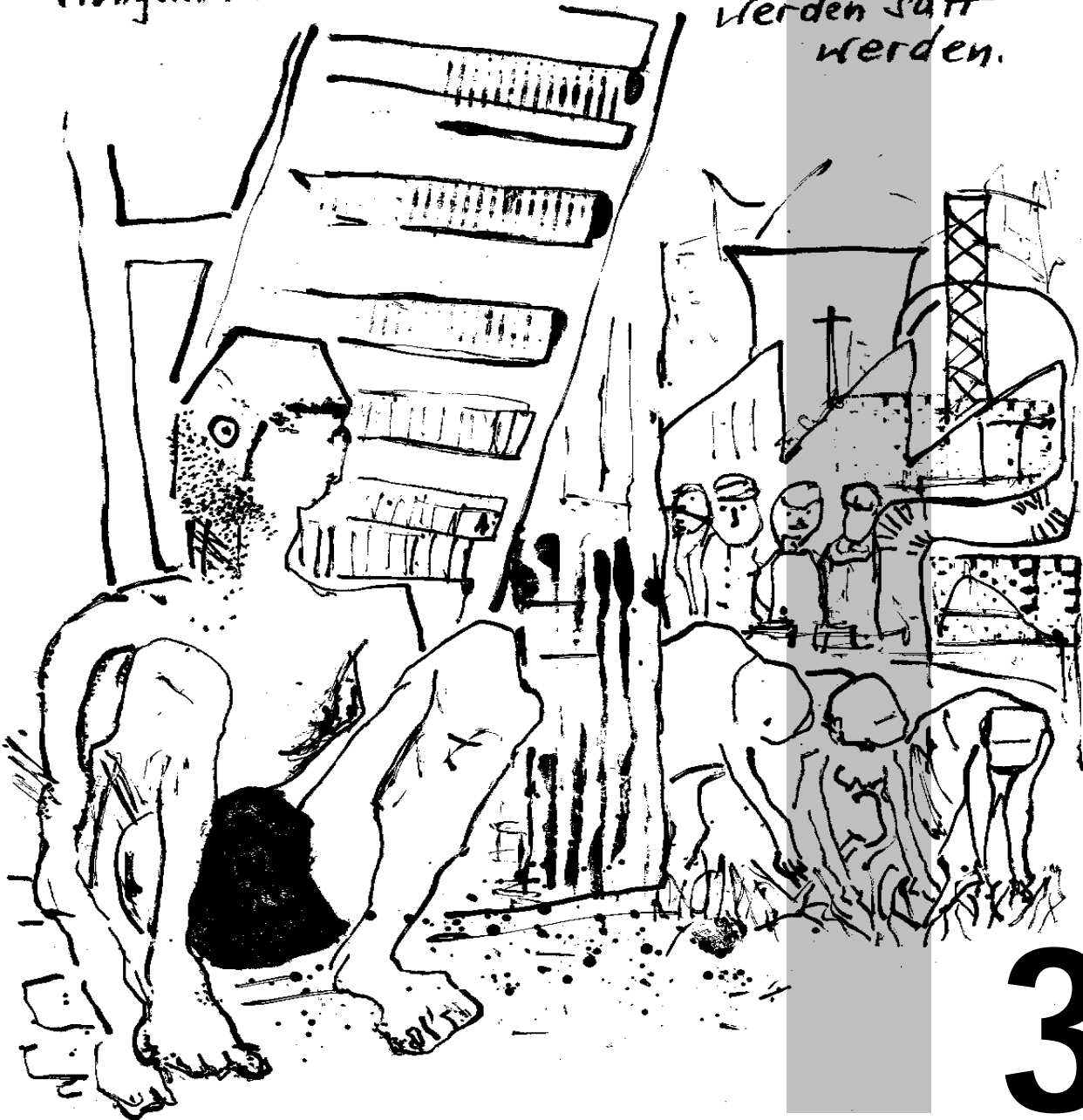


# Verantwortung

Zeitschrift des  
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins  
17. Jahrgang / Nr. 32  
Dezember 2003  
ISSN 0936-7454

Wohl denen, die  
hungern und dürsten nach Gerechtigkeit. Sie  
werden satt  
werden.



# 32

<b>Betrachtung</b> zu Jochen Kleppers Lied „Ja, ich will euch tragen bis zum Alter hin“ .....	03
<b>Personalia:</b> Wolfgang Huber / Gregor Böckermann .....	05
<b>Streiflicht:</b> Feierliches Gelöbnis .....	06
<b>Leitartikel</b>	
H.D. Zepf, Leonhard Ragaz – ein religiöser Sozialist .....	14
<b>Frühjahrstagung 2003 in Arnoldshain</b>	
W. Gern, Solidarität u. Verteilungsgerechtigkeit .....	18
H.-J. Krupp, Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion „Soziale Marktwirtschaft – Konzept für die Zukunft?“ ....	24
P. Wahl, Eine andere Globalisierung ist möglich .....	27
<b>Frühjahrstagung 2004 in Eisenach</b>	
H. D. Zepf, Zwei Kurzbiographien .....	31
Karl Martin, Drei Buchhinweise .....	32
G. Köbbemann, Erwiderung auf den Beitrag von Th. Ebert „Dietrich Bonhoeffer und der Pazifismus“ .....	33
<b>Kirchensteuerreform</b>	
H. Hahn, Abschied von der Kirchensteuer .....	39
Karl Martin, Theologische Vorüberlegungen für eine Reform der Kirchenfinanzierung .....	41
<b>Schalom – Friede</b>	
Eine andere Welt ist möglich – Berliner Aufruf Ökum. Basisgruppen und Initiativen .....	43
Nachhaltiger Frieden – der notwendige Paradigmenwechsel .....	46
W. Rohde-Liebenau, Die Bundeswehr eine Interventionsarmee? Widerspruch gegen neue verteidigungspolitische Richtlinien .....	53
<b>Es stellt sich vor</b>	
Gandhi-Informations-Zentrum e.V. Berlin .....	55
„Bonhoeffer on tour“ .....	57
Termine .....	58
Impressum .....	59

Titelbild aus:

Die Seligpreisungen, mit der Schwannenfeder auf Stein gezeichnet und gedruckt (Lithographie) 1991 von Willy Beppler. Adresse: W. Beppler, Bleichstr. 18, 65343 Eltville

Die Gestaltung der Zukunft als dringlichste Aufgabe der Gegenwart wird in allen Rubriken des vorliegenden Heftes angesprochen. Die Frühjahrstagung 2003 in Arnoldshain behandelte Fragen einer künftigen Wirtschaftsordnung angesichts von Globalisierung und christlicher Verantwortung. Bei der Frühjahrstagung 2004 werden wir uns mit einem Vergleich Bonhoeffer-Gandhi und mit den von Gandhi entwickelten neuen Formen gewaltfreien Widerstandes beschäftigen. Beim Thema Kirchensteuerreform geht es darum, die Organisationsstrukturen für die kirchliche Arbeit in einer demokratischen, multikulturellen und multi-religiösen Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Die Stichworte Schalom – Frieden sollen daran erinnern, dass es zur Überwindung des Krieges keine vernünftige Alternative gibt und dass „eine andere Welt möglich ist“.

Der Leitartikel ist Leonhard Ragaz – einem religiösen Sozialisten gewidmet. Das Anliegen von Leonhard Ragaz war es, die Zukunftsfähigkeit des Christentums zurückzugewinnen. Ragaz verließ 1921 freiwillig seine theologische Professur. Seine Kirchenkritik war für ihn so unabweisbar geworden, dass er sich nicht mehr guten Gewissens an der Pfarrerausbildung für eine solche Kirche beteiligen konnte. Die damit aufgeworfene Problematik ist bis heute die gleiche geblieben. Die Kirche, die – um es mit Bonhoeffers Worten zu sagen – um ihre Selbsterhaltung kämpft, als wäre sie ein Selbstzweck. Kann man innerhalb einer solchen Kirche Zukunftsarbeit leisten? Oder muss man die kirchlichen Strukturen zeitweilig bzw. partiell verlassen, um nicht selber in die Praxis der Zukunftsverweigerung hineingerissen zu werden?

Die Jahreslosung für 2004 spricht von der Zukunftsperspektive, die Christus uns in seinem Wort schenken will: Himmel und Erde werden vergehen; meine Worte aber werden nicht vergehen (Markusevangelium 13,31). Nicht der normativen Kraft des Faktischen, sondern der normativen Kraft des Sinnhaften wird hier das Wort geredet. Das Gemeinte lässt sich an dem Beispiel Jochen Kleppers verdeutlichen. Das Dritte Reich verkörperte die normative Kraft des Faktischen. Jochen Klepper als christlicher Dichter stand demgegenüber für die normative Kraft des Sinnhaften. Als seiner jüdischen Frau und seiner Stieftochter die Deportation und Ermordung drohte, ging er mit ihnen gemeinsam freiwillig aus diesem Leben. In dieser Tat war unendlich viel mehr Zukunftspotential enthalten als in dem gesamten mord-brennenden Gewaltgetöse der Nationalsozialisten.

Wer an den Sohn glaubt, der hat das ewige Leben (Johannesevangelium 3,36). Der hat Anteil an dem unendlich großen Zukunftspotential Gottes. Dass dieser Glaube an Weihnachten neu entzündet werden und dann mit in den Jahreswechsel gehen und sich in 2004 weiter entfalten möge, wünscht allen Leserinnen und Lesern, auch im Namen der Redaktion,

*Jhr Karl Macki*

KARL MARTIN

## Betrachtung zu Jochen Kleppers Lied „Ja, ich will euch tragen bis zum Alter hin“

Jochen Klepper nennt sein Gedicht „Ja, ich will euch tragen bis zum Alter hin“ ein „Silvesterlied“, obwohl sein Inhalt sich keineswegs auf den Jahreswechsel beschränkt. Es werden Gedanken an das eigene Älterwerden entfaltet - und solche Gedanken können zu jeder Jahreszeit und in jedem Lebensalter auftauchen. Bei Jochen Klepper war es am 19. Juni 1938 in seinem 36. Lebensjahr: Es ist Sonntag, ein strahlender, leuchtender Sommertag in Berlin. In Berlin-Mariendorf hört Klepper eine - wie er in seinem Tagebuch schreibt - „besonders gute Predigt“ über Jesaja 46,4. Das Bibelwort ist in seinem Herzen zum Klingen gebracht worden. Was er gehört hat, gibt er weiter, indem er es zu einem Gedicht verarbeitet. Dem „Silvesterlied“ hat Jochen Klepper den Jesaja-Vers 46,4 und dazu noch einen Vers aus 5. Mose 32,7 als biblisches Motto vorangestellt:

*Ja, ich will euch tragen bis ins  
Alter und bis ihr grau werdet. Ich  
will es tun, ich will heben und  
tragen und erretten.*

*Gedenket der vorigen Zeit bis  
daher und betrachtet, was er  
getan hat an den alten Vätern.*

Zum Verständnis des Liedes ist es wichtig, sich Kleppers Lebensumstände in Erinnerung zu rufen. Jochen Klepper war mit einer Jüdin verheiratet, die zwei Töchter mit in die Ehe gebracht hatte. Die gesamte Familie fühlte sich durch die nationalsozialistische Rassenpolitik zunehmend bedroht. Der einen Tochter war die Ausreise nach England gelungen. Als für Kleppers Frau und die zweite Tochter keine Flucht aus Deutschland mehr möglich war und sie als die jüdischen Familienangehörigen mit der Deportation rechnen mussten, nahmen sich die Eheleute und die Tochter gemeinsam das Leben. Das „Silvesterlied“ entsteht 1938, also 4 ½ Jahre vor dem freiwilligen Ende. Aber die Auseinandersetzung mit diesem Thema hat längst begonnen. Die Antwort auf die Frage, ob das Leben noch eine Zukunft hat, fällt immer zweifelhafter aus. Je mehr der Mensch sei-

nen Halt in den äußeren Ordnungen verliert, desto wichtiger werden ihm die inneren Wahrheitsüberzeugungen und Glaubensgewissheiten.

Das Leben gegen die Angst - das Glauben gegen die Angst - der Glaube als Hilfe gegen Einsamkeit, Pessimismus und Lebensresignation - die Gewissheit, dass Gott uns nicht fallen lassen wird, wenn unsere Kräfte nachlassen und wir uns als die Unterlegenen erfahren müssen - das alles sind Motive, die wir bei Jochen Klepper wiederentdecken können. Nicht das Altsein, sondern das Altwerden belastet unsere Empfindungen. Nicht das Abnehmen der Kräfte für sich genommen ist das eigentliche Problem, sondern das Abnehmen des Selbstwertgefühls - das Wollen und nicht mehr Können, das Wünschen und es sich gleichzeitig nicht mehr Zutrauen, das nicht nur in den äußeren Ordnungen, sondern auch in der eigenen Psyche immer weniger Halt Haben, so dass alle Kraft und alle Gewissheiten, die es noch geben kann, Gott täglich neu schenken muss - das ist die Glaubenshaltung, die wir bei Jochen Klepper lernen können.

In der folgenden meditativen Betrachtung soll das Lied „Ja, ich will euch tragen bis zum Alter hin“ im Mittelpunkt stehen. Ich werde die einzelnen Strophen voranstellen und zu jeder Strophe ein paar Gedanken anschließen.

*Ja, ich will euch tragen  
bis zum Alter hin.  
Und ihr sollt einst sagen,  
dass ich gnädig bin.*

Mit diesen Worten hören wir Gottes Zusage. Gott selbst spricht diese Worte. Es sind Worte gegen die Angst vor dem Älterwerden, vor der ungewissen Zukunft, vor dem Abnehmen der eigenen Kräfte. Wir sind in den Schrecken und Gefahren unseres Lebensweges nicht allein und verloren. Gott will uns helfen und tragen: „Denn er hat seinen Engeln befohlen, dass sie dich behüten auf allen deinen Wegen, dass sie dich auf den Händen tragen und du deinen Fuß nicht an einen Stein stoßest.“ (Psalm 91, 11 und 12)

*Ihr sollt nicht ergrauen,  
ohne dass ich's weiß,  
müsst dem Vater trauen,  
Kinder sein als Greis.*

Gott weiss um die Nöte des Älterwerdens. Ihm steht das Ergrauen des Menschen vor Augen. Wir können uns auf ihn verlassen, wie sich Kinder auf ihren Vater verlassen -

wenn sie in einer guten Vater-Kind-Beziehung leben dürfen. Das ist der Sinn des Älterwerdens, dass unser Glaube und unser Vertrauen wächst. Die Gotteskindschaft erkennt man an diesem kindlichen Vertrauen. Denn - so erinnert uns Paulus - „ihr habt nicht einen knechtischen Geist empfangen, dass ihr euch abermals fürchten müsstet; sondern ihr habt einen kindlichen Geist empfangen, durch den wir rufen: Abba, lieber Vater!“ (Römer 8,15)

*Ist mein Wort gegeben,  
will ich es auch tun,  
will euch milde heben:  
ihr dürft stille ruhn.*

Immer von neuem vergewissert Gott uns, dass er sein Wort einlösen und seinen Willen geschehen lassen wird. Wie der barmherzige Samariter den unter die Räuber Gefallenen verbindet, auf das Tier hebt und in die Herberge bringt, so will Gott auch uns heben und in seine Obhut nehmen. In der Fürsorge unseres Gottes sollen die Verletzungen Pflege und die Wunden Heilung finden. Unsere aufgeschreckte Seele darf zur Ruhe kommen: „Meine Seele ist stille zu Gott, der mir hilft. Denn er ist mein Fels, meine Hilfe, mein Schutz, dass ich gewiss nicht fallen werde.“ (Psalm 62, 2 und 3)

*Stets will ich euch tragen  
recht nach Retterart.  
Wer sah mich versagen,  
wo gebetet ward?*

Das Urbild für das Rettungshandeln Gottes ist die Befreiung des Volkes Israel aus der Knechtschaft in Ägypten. Immer wieder spricht die Bibel davon, dass Gott sein Volk auf dem Weg durch die Wüste „getragen“ habe, „wie ein Mann seinen Sohn trägt, auf dem ganzen Wege, den ihr gewandert seid“ (5. Mose 1,31). Den Menschen, die Gott um Hilfe anrufen, versagt er sich nicht. Er gibt sich denen in den Geschehnissen ihres Lebens zu erkennen, die sich seinem Wirken im Gebet geöffnet haben: „Der Herr ist nahe allen, die ihn anrufen, allen, die ihn ernstlich anrufen, Er tut, was die Gottesfürchtigen begehren, und hört ihr Schreien und hilft ihnen.“ (Psalm 145, 18 und 19)

*Denkt der vorigen Zeiten,  
wie, der Väter Schar  
voller Huld zu leiten,  
ich am Werke war.*

Die Aufforderung, der vorigen Zeiten zu gedenken, stammt aus dem „Lied des Mose“, jenem großen Psalmgebet, das

Mose kurz vor seinem Tod gesprochen hat und mit dem er auf sein Leben und den Weg Gottes mit seinem Volk zurückblickt. Es ist für Mose ein unbegreifliches Wunder, dass Gott sich seines Volkes angenommen hat: „Nicht hat euch der Herr angenommen und euch erwählt, weil ihr größer wäret als alle Völker - denn du bist das kleinste unter allen Völkern -, sondern weil er euch geliebt hat“ (5. Mose 7, 7 und 8). Die Liebe Gottes ist das Geheimnis der Beziehung zwischen Gott und seinem Volk. Am Anfang steht nicht unsere Liebe zu Gott, sondern seine Liebe zu uns.

*Denkt der früheren Jahre,  
wie auf eurem Pfad  
euch das Wunderbare  
immer noch genaht.*

Das Nahen Gottes zu den Menschen hat sich in Jesus Christus ereignet. Jesu Tod verbürgt uns Gottes Liebe. Seine Auferstehung verbürgt uns Gottes Gegenwart. Die Emmausjünger waren nach Jesu Kreuzigung verzweifelt, ihrer Hoffnung beraubt. „Und sie redeten miteinander von allen diesen Geschichten. Und es geschah, als sie so redeten und sich miteinander besprachen, da nahte sich Jesus selbst und ging mit ihnen. Aber ihre Augen waren gehalten, dass sie ihn nicht erkannten. Und sie nötigten ihn und sprachen: Bleibe bei uns; denn es will Abend werden, und der Tag hat sich geneigt. Und er ging hinein, bei ihnen zu bleiben. Und es geschah, als er mit ihnen zu Tisch saß, nahm er das Brot, dankte, brach's und gab's ihnen. Da wurden ihre Augen geöffnet, und sie erkannten ihn.“ (Lukas 24, 14-16.29-31)

*Lasst nun euer Fragen.  
Hilfe ist genug.  
Ja, ich will euch tragen,  
wie ich immer trug.*

Die Fragen, mit denen wir die Geheimnisse unseres Lebensweges und unseres Lebensschicksals ergründen wollen, führen nicht weiter. In dem Wissen, dass Gott in den Dunkelheiten unseres Lebens bei uns ist, haben wir genug Hilfe. Mit seiner Gegenwart will Gott uns alles schenken, was wir zum Leben brauchen: „Er gibt dem Müden Kraft, und Stärke genug dem Unvermögenden.“ (Jes. 40,29) Gott will uns Mut machen. Er trägt unser Leben. Er führt es und wird es zu seinem Ziel bringen. Einem jeden von uns gilt ganz persönlich die Zusage: „Fürchte dich nicht, ich bin mit dir; weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.“ (Jes. 41,10)

## Wolfgang Huber neuer Ratsvorsitzender



Am 4. November 2003 wurde auf der EKD-Synode in Trier der neue Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewählt. Dem Rat der EKD gehören für die nächsten sechs Jahre an:

1. Margit Fleckenstein, Rechtsanwältin und vereidigte Buchprüferin, Mannheim
2. Dr. Johannes Friedrich, Landesbischof, München
3. Hermann Gröhe, MdB, Rechtsanwalt, Neuss
4. Peter Hahne, Fernsehredakteur, Berlin
5. Dr. Wolfgang Huber, Bischof, Berlin
6. Prof. Dr. Christoph Kähler, Landesbischof, Eisenach
7. Dr. Margot Käßmann, Landesbischofin, Hannover
8. Gudrun Lindner, Vormundschaftliche Betreuerin, Weissbach
9. Gerrit Noltensmeier, Landessuperintendent, Detmold
10. Margit Rupp, Direktorin im Oberkirchenrat, Stuttgart
11. Dr. Beate Scheffler, Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei des Landes NRW, Bochum
12. Nikolaus Schneider, Präses, Düsseldorf
13. Marlehn Thieme, ass.-jur., Direktorin der Deutschen Bank AG, Bad Soden
14. Klaus Winterhoff, Juristischer Vizepräsident, Bielefeld sowie
15. Barbara Rinke, Oberbürgermeisterin, Nordhausen, als Präses der zehnten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Am Mittwoch, 5. November, wurde aus dem Kreis der Ratsmitglieder zum Ratsvorsitzenden gewählt:

### Bischof Dr. Wolfgang Huber Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

geboren 1942, verheiratet, 3 Kinder.

- 1966 - 1968 Vikar und Pfarrer in Württemberg
- 1968 - 1980 Mitarbeiter und stellvertretender Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg
- 1980 - 1984 Professor für Sozialethik in Marburg
- 1984 - 1994 Professor für Systematische Theologie in Heidelberg
- 1983 - 1985 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages
- 1989 Lilly Visiting Professor an der Emory University in Atlanta/USA
- 1994 Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

## Amtsgericht

### Ordensbruder muss Geldstrafe zahlen

FRANKFURT · 24. OKTOBER · HB · Das Frankfurter Amtsgericht hat am Freitag zwei katholische Priester der „Initiative Ordensleute für den Frieden“ und eine Sozialarbeiterin zu je 30 Tagessätzen wegen Sachbeschädigung verurteilt. Die Angeklagten hatten am Karfreitag aus Protest gegen den in ihren Augen völker- und verfassungswidrigen Krieg in Irak den Zaun zur US-Air-Base am Frankfurter Flughafen durchschnitten.

Der Frankfurter Pater Gregor Böckermann hat es vor Gericht noch einmal wieder-



FR-Bild: Luigi Ungarisch

holt: „Wir wollten ein Kreuz auf das Rollfeld tragen, um dort zu protestieren, dass von Frankfurt aus der Tod in den Irak geflogen wurde.“ Ehrenwert nannte das am Ende der Vorsitzende Richter Wolfgang

Weber und ließ Milde walten: 300 Euro Geldstrafe wegen Sachbeschädigung. Der Ordensbruder wurde zu 60 Euro Geldstrafe verurteilt, die Sozialarbeiterin zu 600 Euro.

„Zum einen wollten wir dadurch deutlich machen, nie wieder Krieg von deutschem Boden aus, und zum anderen wollten wir an die zahllosen unschuldigen Opfer im Irak erinnern“, sagte Böckermann. Verständnis dafür ernteten die Angeklagten auch von Staatsanwältin Cindy Andresen, die den Fall als außergewöhnlich bezeichnete, weil hier nicht Menschen am Werk waren, die einfach etwas kaputt machen wollten.

Wirklich zufrieden ist Böckermann mit dem Urteilspruch aber nicht, er wollte freigesprochen werden. Und er betonte: Das Geld werde er sicherlich nicht bezahlen, weil es nicht an eine gemeinnützige Organisation fließe, sondern an den Staat. Und den wolle er nicht auch noch dafür belohnen, dass er sich am Irak-Krieg beteiligt habe. Statt dessen werde er lieber für 30 Tage ins Gefängnis gehen. Bereits zweimal hat der Pater wegen nicht gezahlter Geldstrafen in Erziehungshaft gesessen.

Selbst der Vorsitzende Richter erklärte in ungewöhnlicher Deutlichkeit in seiner Urteilsbegründung, der Irak-Krieg sei auf Lug und Trug aufgebaut gewesen. Das versöhnte am Ende auch die vielen Zuhörer, die – zum Teil mit Friedenschals um den Hals – anfangs sehr lautstark ihre Sympathie für die Angeklagten bekundet hatten.

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Irak-Krieg ermittelt die Staatsanwaltschaft noch gegen 160 Beschuldigte.

## Offener Brief

von Bernhard Willner, Mitglied des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv);  
Dr. Matthias Engelke, AG des dbv „Friedensaufgabe und Soldatenseelsorge“;  
Dr. Karl Martin, Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv);  
Bernd Hans Göhrig, Geschäftsführer der Initiative Kirche von unten (ikvu)

an die Kirchenleitungen und an die Liturgen  
des „ökumenischen Gottesdienstes aus Anlass des Feierlichen Gelöbnisses“  
der am Donnerstag, dem 27. Februar 2003 in Schönewalde stattfinden soll

Sehr geehrte Damen und Herren,

Jesu von Nazareth rief mit seiner freimachenden Botschaft zur Feindesliebe auf, praktizierte sie selbst und lud zur Nachahmung ein.

Durch einen Gottesdienst zum Anlass eines Gelöbnisses wird der christliche Glaube zu einem ihm widersprechenden Zweck missbraucht. Die Androhung und Ausübung staatlich-militärischer Gewalt wird mit einer religiösen Note aufgewertet, die mit Jesus Christus nichts zu tun hat.

Ein ökumenischer Gottesdienst anlässlich eines Gelöbnisses in der gegenwärtigen kriegsvorbereitenden Zeit steht ganz besonders unter dem Vorbehalt – unabhängig von dem verkündigten Wort – durch den mitpredigenden Rahmen, der Gewalt das Wort zu reden und nicht der Jesus gemäßen Liebe, die allein das Böse zu überwinden vermag.

### **Gott ist kein Kriegsgott!**

Er ist nicht ein Gott eines bestimmten Militärs,  
auch nicht ein Gott einer bestimmten Nation -  
er ist ein Gott *aller* Menschen, *aller* Nationen.

(So sinngemäß Bischof Kamphaus von Limburg  
im Gespräch im Hessischen Fernsehen am 8.2.03 um 17.15 Uhr)

Ein Gottesdienst zum Anlass eines Gelöbnisses versetzt den christlichen Glauben und die gute Botschaft des Friedens Christi (Eph 2,14) in ein Christus widersprechendes Zwielflicht. Denn jeder Anschein der Zweideutigkeit wäre in diesem Zusammenhang Verrat an der von Jesus geforderten Eindeutigkeit: „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“ (Mt 5,37)

Der Vorwurf, dass Religion zur Gewalt beiträgt, fände hier seine Bestätigung.

“Von der prophetischen Option für die Armen sowie von Jesus Christus dem Gekreuzigten her verbindet uns eine besondere Mitleidenschaft und Solidarität mit allen, über die willkürlich Not und Leid verhängt werden“ (Appell der Theologen, in Publik Forum 3/2003 S. 16).

Einen „gerechten Krieg“ gibt es nicht.

Darum muss die Frage nach dem Sinn von Gottesdiensten in der Militärseelsorge neu gestellt werden.

Der Unterschied zwischen dem Gewaltmonopol des Staates, das kriegerische Handlungen mit militärisch-tötender Gewalt einschließt, und dem angebrochenen Frieden in Christus kann und darf nicht durch einen Gottesdienst überdeckt oder verharmlost werden. So aber werden Menschen verwirrt und ihre Gewissen betäubt, statt geschärft. Im Gottesdienst steht allein Jesus Christus und sein mit ihm angebrochener Frieden im Mittelpunkt. Darum hoffen wir, dass die Tradition von Gottesdiensten, die durch Gelöbnisse oder andere auf die Gewissensbindung abzielende Zwecke einer Armee veranlasst sind, immer entschiedener verlassen wird.

Wir verkennen nicht, dass wir durch ungenaues Denken, Verzagtheit, falsches Vertrauen und Gewöhnung an zu unrecht Tradiertes selbst mit dazu beigetragen haben, diese Verwirrung zu stiften.

Darum bitten wir Sie: Helfen Sie mit, die Verkündigung des Evangeliums von dieser Verwirrung und die Kirche vom Ruch der Machtliebe zu befreien. Helfen Sie mit, dass die Kirche als Ort erfahren werden kann, in dem der Frieden Christi für alle Menschen in seiner Gemeinde bereits heute gelebt werden kann.

4 Unterschriften (Willner, Engelke, Martin, Göhrig)

**Bernhard Willner**  
Grochwitz Str. 10, 04916 Herzberg

Herzberg, 25.2.2003

## Offener Brief

an den Bürgermeister und die Stadtverordneten der Stadt Herzberg/Elster

### **“Feierliches Gelöbnis“ auf dem Markt in Herzberg/Elster am 28. Februar 2003**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Oecknigk,  
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung Herzberg,

in den achtziger Jahren haben wir um die Entmilitarisierung der beiden sich gegenüberstehenden Militärblöcke des “kalten Krieges” gerungen. Es gab Friedensgruppen, Friedensseminare, Tagungen, Wehrdienstverweigerungen. Diese Bemühungen wurden eines Tages von ganz oben unterstützt. Michael Gorbatschow hatte aus seiner Perspektive erkannt, dass wir ernsthaft und tatsächlich abrüsten müssen, wenn wir der drohenden “Höllenfahrt entgehen” wollen. Er hatte erkannt, dass die Wege zum Frieden nicht militärisch aussehen können. U.a. sagte er, dass wir uns von jahrhunderte, ja jahrtausendealten Traditionen und Gewohnheiten trennen müssen, wenn die Menschheit überleben will.

Noch waren diese Bemühungen von unten und von oben schwach und bedroht. Aber bereits diese schwachen Anfänge haben zur Wende 1989 entscheidend beigetragen. Mit welchem Elan haben wir doch nach der Wende miteinander um eine neue Zeit gerungen.

Noch 1991 wurde im Stadtparlament einmütig beschlossen, aus Protest gegen den Irakkrieg auf dem Rathaus die weiße Fahne auf Halbmast zu setzen. Es herrschte auch allgemeine Zustimmung für die Entmilitarisierung der Annaburger Heide.

Aber mitte der neunziger Jahre änderte sich die “Einstellung” wieder. In Herzberg wurde das alte Kriegerdenkmal aus der Vergessenheit geholt und vor dem Rathaus aufgestellt, also in die Mitte gerückt. Bundesweit wurde die Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer “Interventionsarmee” (auf gut deutsch “Angriffsarmee”) zur “Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ... im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung”<sup>1</sup> umgerüstet. Dabei wird das “Recht” weltweit wieder zunehmend von dem jeweils Stärkeren bestimmt.

Angesichts dieser Entwicklung und vor dem gegenwärtigen politischen Hintergrund einer Neuaufteilung der Welt ist es besonders makaber, das “Feierliche Gelöbnis” auf unserem Markt zuzulassen und darüberhinaus als ein Werbe-Ereignis für die Stadt zu preisen.

Als damaliger Bürgermeister in der Wendezeit bin ich enttäuscht, dass ein solches Denken in Herzberg wieder Raum gewinnen kann.

Aber ich würde mich freuen, wenn der ursprüngliche Geist der Wendezeit wieder zum Tragen käme, der es geschafft hat, eine ganze Armee gewaltfrei zu liquidieren.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Bernhard Willner

<sup>1</sup> Verteidigungspolitische Richtlinien

----- Original Message -----

**From:** Malte Koopmann

**To:** BeWillner@web.de

**Sent:** Tuesday, February 25, 2003 6:04 PM

**Subject:** Ihr Offener Brief

Sehr geehrter Herr Willner,

herzlichen Dank für die Übersendung des Offenen Briefes des dbv an mich und andere. Ich bin Ihnen dankbar, dadurch die Gelegenheit zu erhalten, einige Dinge klarzustellen:

Die Bezeichnung "Ökumenischer Gottesdienst aus Anlass des Feierlichen Gelöbnisses" ist keine Bezeichnung des **Inhaltes**, sondern des **Zeitpunktes**.

Seit ich im Oktober 1998, zunächst mit meinem katholischen Kollegen Erwin Willner (Annaburg), in seiner Nachfolge dann mit Pfarrer Wiechert (Jüterbog), in meiner Arbeit als Seelsorger in der Bundeswehr auch Gottesdienste an den Gelöbnistagen gehalten habe, finden diese als geistlicher Schlusspunkt unserer seelsorgerlichen Begleitung von Grundauszubildenden am Standort Holzdorf statt.

Dabei ist das "Feierliche Gelöbnis" der Soldaten in meiner Verantwortung noch nie, bei meinen Vorgängern in dieser Arbeit nur sehr selten überhaupt zentrales Thema von Gottesdiensten gewesen. Dieses Thema wird sinnvoller Weise in dialogischen Veranstaltungen, in denen es möglich ist, Argumente auszutauschen und zuzuhören, zentral vorkommen (Gesprächsrunden, Arbeitsgemeinschaften).

Diese Tradition am Standort Holzdorf kann nicht in den Verdacht geraten, "mitpredigender Rahmen" zu sein, der der "Gewalt das Wort" redet.

Davon konnte sich jedes der Orts - Gemeindeglieder und auch die nicht der Bundeswehr Zugehörigen, die diese Gottesdienste bisher besucht haben, überzeugen - über die Hälfte dieser vier bis fünf mal pro Jahr stattfindenden Gottesdienste finden ja in den Kirchen der Gemeinden der Region statt, und auch die auf dem Kasernengelände sind öffentlich für alle Interessenten zugänglich.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Bruder Dr. Engelke in seiner Zeit als Militärfarrer im Altbundesgebiet solche Gottesdienste gehalten hat, in denen "der Unterschied zwischen dem Gewaltmonopol des Staates... und dem angebrochenen Frieden in Christus... überdeckt oder verharmlost ..." worden wäre.

Auch der Gottesdienst am 27. Februar wird jedem offen stehen. Dabei werden die in der Evangelischen Kirche für den Aschermittwoch vorgesehenen Texte zur Sprache kommen. Zentrum ist hier das zu predigende Evangelium Matthäus 6, 16ff, das über das Fasten angesichts Gottes, der im Verborgenen ist, redet - und so Anstoß ist, das eigene Leben, Denken und Tun zu prüfen und umzukehren.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Gottesdienst mit uns feiern würden. Bitte lassen Sie meine Reaktion auch den anderen Personen bzw. Institutionen im Verteiler Ihres offenen Briefes zukommen.

Mit freundlichen Grüßen aus Kirchhain - Malte Koopmann, Pfarrer

07.04.03

P.S.: Es wird in Schönwalde ziemlich voll werden - ein Klappstuhl wäre sicher nicht verkehrt.

Bernhard Willner Herzberg 5.3.2003  
 Grochwitz Str. 10  
 04916 Herzberg

## Gedächtnisnotiz

über das Gespräch mit Pfarrer Malte Koopmann am Dienstag, 4. Februar 2003, zum "Vorgang "ökumenischer Gottesdienst aus Anlaß des Feierlichen Gelöbnisses"

In dem Gespräch wurden im wesentlichen nur die Standpunkte reflektiert, die in den Briefen bereits geäußert worden sind.

Das Gespräch war sachlich und freundlich und durchaus auch von dem Willen getragen, aufeinander zu hören und die eigentlich hintergründigen Motive für die gegenwärtige Überzeugung sowohl zu äußern als auch beim Gesprächspartner wahrzunehmen. Pfarrer Koopmann war es wichtig, die Situation und das Denken des anderen verstehen zu lernen.

Von diesem Willen, den anderen verstehen zu wollen und ihn seelsorglich zu begleiten, ist offensichtlich auch sein pastoraler Einsatz in der Militärseelsorge getragen. Seine theologischen Begründungen dafür findet er unter anderem im 1. Petrusbrief, in dem den Christen nahegelegt wird, sich in den gesellschaftlichen Prozessen nach besten Kräften einzubringen (die genaue Bibelstelle habe ich mir leider nicht notiert). Die Frage, dass "Gottesdienste" in einen Zusammenhang mit "Gelöbnissen" gestellt werden, ist ihm dabei durchaus ein Problem, das er im Auge behalten will. Zur Frage der gegenwärtigen Irakkrise äußerte er den Standpunkt, dass die deutsche Regierung unverantwortlich gehandelt habe, weil sie mit ihrer Äußerung den Druck von Saddam Hussein weggenommen hätte.

Ich habe den Standpunkt vertreten, dass christlich nur ist, was auf Jesus zurückgeht. Diesen Standpunkt wollte Pfarrer Koopmann spontan bejahen, merkte aber sogleich die Bedeutung dieser Aussage und war deshalb vorerst zurückhaltend.<sup>1</sup>

Außerdem warb ich dafür, dass, was immer nicht auf Jesus zurückgeht und daher nicht als christlich bezeichnet werden könne, nicht von vornherein als falsch diffamiert werden dürfte. Bei solcher Verfahrensweise könne man eher den Fehler vermeiden, als christlich zu vereinnahmen, was mit der Botschaft Jesu nichts zu tun hat.

Es ergab sich im Gespräch, dass Pfarrer Koopmann in den achtziger Jahren in der DDR den Wehrdienst total verweigert hatte. Das bedeutete damals das Risiko einer höchst unangenehmen Gefängnishaft mit möglichen negativen Folgen für das ganze Leben.

Gegenwärtig sieht er die Bedeutung des Militärs in einem anderen Licht.<sup>2</sup>

Wenn wir auch in den theologischen Grundüberzeugungen, die den Wehrdienst und die Militärseelsorge betreffen, keine Übereinstimmung finden konnten, hat das Gespräch doch eine Offenheit füreinander gefördert, in der gegebenenfalls (zur Zeit nicht übersehbar) weitere Gespräche möglich wären.

*Anmerkungen von M. Koopmann:*

*1: Ich bejahe diesen Standpunkt ausdrücklich, weise aber auf seine Grenzen hin: Viele Sachverhalte sind exegetisch umstritten und werden es wohl bleiben. Zum Thema: Hat Jesus staatliche Gewalt (Polizei, Militär) als selbstverständlich hingenommen oder - wie private Gewalt - eindeutig abgelehnt? Zu anderen wichtigen Themen: Wie steht Jesus zur Kindertaufe? Zur Eihehe? ...*

*2: Es ist eben auch ein theologischer Unterschied, ob ein politisches System seine Aufgabe in der Aufrechterhaltung relativer Gerechtigkeit (1. Petr 2, 14 uvam.) oder der Bevormundung "seiner Bürger" in allen Lebensbereichen (so in allen Diktaturen) sieht.*

## Katholischer Standortpfarrer



Jürgen Wiechert  
 Große Straße 86  
 14913 Jüterbog  
 Tel.: 03372/40 43 27  
 Fax: 03372/40 44 79  
 E-Mail: sthedwig\_jueterbog@hotmail.com

Fliegerhorst  
 06926 Holzdorf, 27.03.03

Sehr geehrte Herren Willner, Dr. Engelke, Dr. Martin und Göhrig!

**(Offene) Stellungnahme zu Ihrem „Offenen Brief“ betr. Gottesdienst am 27.02.03 in Schönewalde aus Anlaß des Feiert. Gelöbnisses**

1. In unseren Soldatengottesdiensten – mit oder ohne zeitliche bzw. räumliche Nähe zum Gelöbnis von Rekruten – huldigen wir weder in der Verkündigung noch im „mitpredigenden Rahmen“ (was ist das überhaupt??) einem „Kriegsgott ... dem Gott eines bestimmten Militärs ... (oder) ... einer bestimmten Nation ...“. Wir verkündigen Christus als den Gekreuzigten (1. Kor. 1,23). Wir beten um Frieden und Versöhnung, allerdings auch um Gerechtigkeit, Freiheit und Geltung der Menschenrechte – für unser Volk und für alle Völker.

Wir segnen nicht Waffen, sondern Menschen, und entlassen die Soldaten mit „Gehet hin in Frieden“ und nicht mit „Nun siegt 'mal schön“ (Theodor Heuss).

Die „gute Botschaft des Friedens“, die Sie anmahnen, ist also bei uns, bei meinem ev. Kollegen Pfarrer Koopmann und mir, in den besten Händen!

2. Wir „mißbrauchen“ weder den christlichen Glauben noch instrumentalisieren wir Gottesdienst und Gebet für die „Aufwertung der Androhung und Ausübung staatlich-militärischer Gewalt“. Daß unsere (Gelöbnis)Gottesdienste „der Gewalt das Wort reden und nicht der Jesus gemäßen Liebe“, ist eine infame Unterstellung: dumm, böseartig und beleidigend; beleidigend für uns, die Liturgen und Prediger, beleidigend aber auch für unsere Soldaten, die (freiwillig!) an solchen Gottesdiensten teilnehmen. Wir lassen nicht „antreten zum Gebet“, wir laden zur Mitfeier eines Gottesdienstes ein.

3. Wir haben allerdings auch etwas dagegen, wenn christlicher Glaube für einen innerweltlich-verkürzten Pazifismus ideologisiert und instrumentalisiert, also – nunmehr von Ihnen und Ihresgleichen! – „mißbraucht“ wird.

„Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi.“ („Gaudium et spes“, 78,6)

Vor die Umschmiedung von Schwertern und Lanzen zu Pflugscharen und Winzermessern (Jes. 2,4) hat Gott die Reue und die Bekehrung der Herzen gesetzt.

In realistischer Einschätzung der Gebrochenheit menschlicher Existenz, des Zwiespalts zwischen Anspruch und Wirklichkeit, der wirklichen Not jener, die nurmehr „zwischen zwei Übeln“ – einem größeren und einem kleinerem – wählen können, äußert sich das Lehramt der Kath. Kirche wie folgt:

„Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen.“ („Gaudium et spes“, 79,4);

und:

„Die staatlichen Behörden haben in diesem Fall das Recht und die Pflicht, den Bürgern die zur nationalen Verteidigung notwendigen Verpflichtungen aufzuerlegen“ (Katechismus

-2-

der Kath. Kirche, 2309, S. 587)

und:

„Diejenigen, die sich als Militärangehörige in den Dienst ihres Vaterlands stellen, verteidigen die Sicherheit und Freiheit der Völker. Wenn sie ihre Aufgabe richtig erfüllen, tragen sie zum Gemeinwohl der Nation und zur Erhaltung des Friedens bei.“

(Katechismus der Kath. Kirche, 2309, S. 587)

Ich befinde mich also in schönster Übereinstimmung mit meiner Kirche. (Sagten nicht Sie, Herr Willner, als ich Sie in unserem Telefongespräch auf o.g. Feststellungen aufmerksam machte: Da stünde vieles drin, was Sie nicht interessieren würde? Nun gut. Aber ich bin Priester der hl. Kirche, nicht Mitglied Ihres Bonhoeffer-Vereins!)

4. Wir feiern also – am Vortag des Gelöbnisses – Gottesdienst mit Soldaten, die sich bereit erklären (wollen), „Sicherheit und Freiheit der Völker ... zu verteidigen ...“; die damit „zum Gemeinwohl der Nation und zur Erhaltung des Friedens (!!) beitragen ...“! Und noch einmal, für den letzten Begriffsstutzigen resp. Ideologieverblochten: Gewalt ist keine Lösung, gelegentlich aber eine (vorübergehende) Notlösung. Niemand kann und darf das 5. Gebot außer Kraft setzen, aber es gibt Konfliktsituationen, die lassen uns keine andere Chance, als mit der Wahl des kleineren Übels schuldig zu werden!

Bekanntlich hat Jesus die Händler im Tempelvorhof mit der Geißel in der Hand vertrieben und die Tische der Wechsler umgestürzt ... Klare Anwendung von Gewalt. Vermutlich hat ihm seine menschliche Natur keine andere, bessere Wahl gelassen; oder?

5. „Recht und Freiheit des Deutschen Volkes zu verteidigen“, geloben die Rekruten. Recht und Freiheit sind die Grundlagen jedes menschenwürdigen Gemeinwesens. In welcher Weise möchten Sie eigentlich „Recht und Freiheit“ verteidigen? Mit Demos und Steinwürfen gegen Panzer, wie 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR? Glauben Sie im Ernst, daß man Bestien wie Hitler, Stalin, Ulbricht, Breshnew, Milosevic, Hussein u.a., daß man brutale Systeme, auf Blut und Tränen errichtet, gesichert durch (fast) allmächtige Gestapo, KGB, Stasi ..., durchgesetzt mit Massenvergewaltigungen, Massenerschießungen, Gulags, KZs, Schauprozessen und Folterkellern, Palmwedel-schwingend und Kerzen tragend zur „Buße“ verleiten könnte? Sind Sie eigentlich noch „von dieser Welt“?

6. Der größte Lump im NT ist für mich Pilatus, der sich aus allem raushalten und seine Hände in Unschuld waschen will. Wenn Sie mit der Bibel (resp. Ihrer Bibel-Auslegung!) in der einen und dem Palmwedel in der anderen Hand die Welt – und die Diktatoren – zur Friedfertigkeit überreden wollen: Bitte, tun Sie es. Ich gehe mithin davon aus, daß ich Sie alle vier in nächster Zeit nicht mehr werde erreichen können, da Sie ja mit Palmwedel und Bibel in Afghanistan, in Tschetschenien, in China, in Nordkorea, im Iran, in Saudi-Arabien (Passen Sie auf, da ist es „landesüblich“, Christen öffentlich auszupeitschen!) unterwegs sein werden...!? Predigen Sie bitte dort, daß Christen (und andere) sich „gewaltfrei“ massakrieren, vergewaltigen, foltern und verstümmeln lassen müssen, um der reinen pazifistischen Lehre vom Himmelreich willen, das in dieser „reinsten aller reinen Formen“ bisher vermutlich nur im „Dietrich-Bonhoeffer-Verein“ und in der „Initiative Kirche von unten“ an- oder ausgebrochen ist. Aber verschonen Sie mich/uns mit Ihrem phantastischen Sektierertum!

7. Ganz persönlich:

Ich habe in der sog. „DDR“ drei Jahre gesessen, davon 2mal ein halbes Jahr in Stasi-Isolierhaft. Ich würde noch heute liebend gern W. Ulbricht, E. Mielke oder H. Benjamin die Kehle durchschneiden (leider sind sie mir mit ihrem „Hinscheiden“ zuvorgekommen.) Ich hätte mich auch jederzeit an einem gewaltsamen Aufstand in der „DDR“ beteiligt, um die 40 Jahre Gewaltherrschaft auf – sagen wir – 4 Jahre zu reduzieren.

- 3 -

- 3 -

Ich habe den überaus grausamen, brutalen 5jährigen Krieg des Herrn Milosevic und seiner abartigen Tschetniks in Kroatien, - dann Bosnien -, „hautnah“ miterlebt. Und ich habe noch heute die Verzweiflungsausbrüche, die Anklagen, die Wut der Flüchtlinge aus Vukovar, Odzak, Ossijek etc. im Ohr: „Warum hilft uns Westeuropa, warum helfen uns die Amerikaner nicht? Sieht man denn nicht, daß das hier Völkermord ist?“ Ja warum wohl? Vielleicht, weil die Kroaten und Bosnier „nur“ ihre Menschenwürde und das Recht ihrer Völker auf kulturelle und nationale Identität hatten – aber kein Öl??

Was mich ehrlich wundert: Ich habe bei unseren Hilfstransporten, - bis zu sechs im Jahr -, durch vermintes Gelände, mit täglich neuen Fronten, unter Granatbeschuß, nie einen von Ihren Palmwedelschwingern angetroffen! Könnte es sein, daß die haargenau in dieser Zeit mit nacktem Arsch über Gelöbnisplätze geflitzt sind (wie z.B. in Berlin) und – bei ihrem Abtransport – die „brutale Gewaltanwendung“ der bundesdeutschen Polizei beklagt haben? Oder könnte es sein, daß der eine oder andere von ihnen – unter grober Verletzung seines Amtes als Soldatenseelsorger – per Flugblatt Soldaten zur Fahnenflucht aufgefordert hat, - wie Sie z.B., „Bruder“ Dr. Engelke??

Wir haben 6 Kinder, meine Frau und ich, darunter 4 Söhne. Der älteste ist Berufssoldat, Fallschirmjäger, Hauptmann. Die beiden nächsten haben ihren Wehrdienst ohne wenn-und-aber geleistet: bei den Jägern und als Panzerfahrer. Der vierte, obwohl nicht mehr wehrpflichtig, absolviert gerade seinen Grundwehrdienst und will ebenfalls Berufssoldat werden. Praktizierende Katholiken sind sie alle vier. Denn:

„Ich glaube an die Unantastbarkeit und Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, daß allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche, jedem Angriff auf die Freiheit – und der Tyrannei – Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten mögen.“ (Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von West-Berlin z.Zt. der sowjetischen Blockade). Und wenn für diesen Widerstand – im eigenen Land oder weltweit – Gewaltanwendung nötig sein sollte, dann, bitte (notfalls) auch mit Gewalt!

8. Behalten Sie Ihre pazifistische Spielwiese, wenn Sie denn darauf glücklich werden. Aber verschonen Sie mich mit Ihrem sektiererischen, pseudo-christlichen Geschwafel. Ideologen waren mir schon immer zuwider!

Wie stehen Sie eigentlich dazu, daß wir sogar in Gefängnissen und Zuchthäusern Gottesdienst feiern? Ist das dann „Verherrlichung der Kriminalität“ oder eher „religiöse Überhöhung polizeistaatlichen Gewaltmonopols“? Aber vermutlich würden Sie Kriminelle ja zu den „Opfern des gesellschaftlichen Systems“ zählen, Soldaten hingegen wohl eher zu den „Tätern“, den „Mördern“ (Tucholsky)!



Jürgen Wiechert  
Kath. Standortpfarrer i.N.

p.s. Ich finde es überaus bezeichnend, daß Sie, Herr Willner, die Teilnahme an unserem Gelöbnisgottesdienst in einer E-mail an Pfr. Koopmann abgelehnt haben. (Haben Sie Angst, Sie könnten eines Besseren belehrt werden?)

Einem Gespräch mit Ihnen würde ich mich nicht verweigern, aber ich sehe, ehrlich gesagt, wenig Sinn darin.

J. Wiechert

Von: Dr. Matthias Engelke [mwEngelke@t-online.de] Gesendet: Dienstag, 11. März 2003 22:20

Sehr geehrter Herr Wiechert,

von Herrn Willner erhielt ich heute Kenntnis von Ihrem Antwortschreiben auf unseren Offenen Brief (vom „27.03.03“ - soll wohl 27.02. sein).

Auf Ihre gehässigen Teile möchte ich nicht besonders eingehen, vor allem was die Befindlichkeit von nackten Ärschen betrifft; aber Einiges soll nicht unwidersprochen bleiben:

- Niemand hat es Ihnen verwehrt Rache üben zu wollen - aber bitte geben Sie das nicht als christliche Haltung aus (Röm 12,19)
- Verwechseln Sie bitte nicht Untätigkeit und Passivität mit aktiver Gewaltfreiheit, die in verschiedenen Ländern - auch einige, die Sie aufzählen - mit dazu beigetragen hat ohne Blutgemetzel Diktaturen zu beseitigen.
- Ich bin froh, dass Sie nicht Gelegenheit gefunden haben den Kalten Krieg zu einem heißen zu machen; der „kalte“ war schon grausam genug.
- Ich habe Soldaten nicht zur Fahnenflucht aufgefordert, sondern dazu, das zu tun, wozu sie vereidigt worden sind, das Recht zu wahren und demzufolge einem rechtswidrigen Einsatz nicht Folge zu leisten. Es wäre schön, wenn Sie - in der Konsequenz des Textes von Eid und Gelöbnis - auch dazu aufrufen würden.
- Dass Sie bei Ihren Hilfstransporten - für wen und mit welcher Organisation haben Sie zusammen gearbeitet? - für den Sie meinen Respekt haben, keine Palmwedelschwinger angetroffen haben, ist nur allzu verständlich; sie waren damit beschäftigt Flüchtlingen im (ex-)jugoslawischen In- und Ausland beizustehen. Ich hatte von 1992 an für vier Jahre Flüchtlingsfamilien in meinem Pfarrhaus mit ihren Kindern untergebracht.

Es ist schade, dass Sie - nach Ihrem mehr informativen ersten Teil - im Weiteren so gar manchen Vorurteilen gegenüber der Militärseelsorge entsprechen.

Gerade weil (Lk 6,27f) Sie ziemlich übel daherreden, wünsche ich Ihnen alles Gute und den Segen Gottes mit herzlichen Grüßen Ihr Matthias Engelke, Pfr.

# Strammstehen in Herzberg

Das öffentliche Soldaten-Gelöbnis ist umstritten / Offener Brief des Ex-Bürgermeisters

Während derzeit tausende Menschen in der Region gegen einen drohenden Irak-Krieg auf die Straßen gehen, hallen heute auf dem Herzberger Marktplatz Soldatenstiefel-Tritte wider: 576 Rekruten des Holzdorfer Luftwaffen-Ausbildungsregiments legen öffentlich ihr feierliches Gelöbnis ab. Eine Provokation? Oder die normalste Sache der Welt?

VON JÜRGEN BECKER

Rückblick ins Jahr 1991. Die Alliierten bombardieren Bagdad. Auf dem Herzberger Rathaus weht eine weiße Fahne auf Halbmast - aus Protest gegen den Irak-Krieg, erinnert sich der damalige Bürgermeister Bernhard Willner. Der Geist der Abrüstung, den Männer wie er in den 80er-Jahren in der DDR befördert hatten, durchweht die Stadt. „Ich hatte nach der Wende die Hoffnung, dass viele dem Gedanken nachgehen, das Militär abzuschaffen. Deshalb bin ich in die Politik gegangen“, sagt Willner.

## Kriegerdenkmal vor dem Rathaus

Doch die allgemeine Zustimmung für eine Entmilitarisierung der Annaburger Heide verflieg. Es brach die Zeit an, in der ein altes Kriegerdenkmal aus seiner Versenkung emporstieg und vor das Herzberger Rathaus gestellt wurde. Und es kam der Moment, in dem sich die Stadtverordneten dazu durchringen, Herzberg zum Paten des Fliegerhorsts Holzdorf zu machen.

Schon im Mai 1995, nach langen Diskussionen, hatten die Abgeordneten ihrem Bürgermeister einen Auftrag erteilt: Er sollte sich um die „Durchführung der Vereidigung von

Bundeswehrangehörigen in Herzberg entsprechend der positiven Meinungsäußerung der Bürgerinnen, Bürger und Gewerbetreibenden bewerben“. Die Soldaten des Standorts sollten in das öffentliche Leben der Stadt Einzug halten.

Doch jetzt wird aus dem Einzug ein Aufmarsch. Das Militär erobert den Herzberger Marktplatz, nicht mal einen Steinwurf vom Rathaus entfernt, auf dem einst die weiße Fahne gegen den Irak-Krieg gehisst worden war. Heute Morgen werden dort die Stiefeltritte der Soldaten widerhallen, vier Kompanien antreten. 576 Rekruten des Holzdorfer Luftwaffen-Ausbildungsregiments geloben feierlich und öffentlich, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Während derzeit Menschen in Hoyerswerda, Cottbus oder in Dahme auf die Straße gehen, um gegen den drohenden Irak-Krieg zu demonstrieren, demonstriert die Luftwaffe, dass auch sie Teil der deutschen Gesellschaft ist. Während in Calau, Altdöbern, Luckau oder Lübben Menschen in den Kirchen um den Frieden beten, bekunden Soldaten in Herzberg öffentlich durch ihr Gelöbnis, dass „sie an der Friedenssicherung mitwirken“, wie Elbe-Elster-Landrat Klaus Richter sagt. Er hält weltpolitische Lage und Gelöbnis für völlig getrennte Dinge.

## Militär erobert öffentlichen Raum

„Das Gelöbnis ist keine Frage: Krieg ja oder nein“, erklärt Richter. Vielmehr könne die Veranstaltung dazu dienen, „die Verbundenheit der Bevölkerung zur Bundeswehr zu doku-

mentieren“. Richter ist überzeugt: „Zu sagen, wir machen das nicht, wäre ein verkehrtes Zeichen. Die Jungs haben auch Angst. Das sind unsere Kinder. Die im Regen stehen zu lassen, wäre deplatziert.“

## Über Parteigrenzen hinweg

Partei übergreifend teilt die Mehrheit der Herzberger Stadtverordneten diese Meinung. CDU-Fraktionschefin Kornelia Graßmann ist wie die meisten überzeugt, „dass es für den Irak politische Lösungen gibt“. Sie sei „gegen jegliche Form der Gewalt“. Die Rekruten, erklärt sie, seien aber „Bewahrer des Friedens“.

SPD, PDS und Unabhängige Wählergemeinschaft schlagen ähnliche Töne an. Zudem gehöre der Standort zur Region, für die Stadt sei das Gelöbnis eine gute Sache. Und der Herzberger Bürgermeister Michael Oecknig freut sich „außerordentlich auf dieses Ereignis“. Zweifel an der Daseinsberechtigung der Bundeswehr hegt kaum einer. „Denken Sie an die internationale Situation oder erinnern Sie sich an das Hochwasser im vergangenen August, da hat die Bundeswehr sofort mit angepackt und geholfen“, so Oecknig.

Heute aber sorgt die Bundeswehr selbst für eine Art Ausnahmezustand. Die gesamte Herzberger Innenstadt wird zeitweise gesperrt sein, die Behörden rechnen mit 1500 Gästen, Eltern, Angehörigen der Rekruten. Der Kommandeur schwärmt. „Wir werden mit offenen Armen empfangen. Der Stadtrat, der Bürgermeister und die Bevölkerung stehen hinter uns“, sagt Oberstleutnant Uwe Schulz, der „ein Gelöbnis wie jedes andere auch“ erwartet - „eine ruhige, bundeswehrfreundliche

Veranstaltung, bei der sich die Bevölkerung aber auch kritisch mit uns auseinandersetzt“.

Das Hausrecht für den Marktplatz hat die Bundeswehr übernommen. Mit Störern rechnen weder die Polizei noch Oberstleutnant Schulz. Die Sicherheitslage sei „ruhig und stabil“, wemgleich die Spannungen vielleicht um eine Nuance größer seien. Bürgermeister Oecknig erwartet: „Das Gelöbnis bedeutet zwar viel Arbeit für uns, wird aber auch Werbung für Herzberg sein.“

## „Verharmlosungsversuch“

Ex-Bürgermeister Willner denkt anders. Für ihn ist das öffentliche Gelöbnis ein „Versuch, die Problematik zu verharmlosen und in ein religiöses Gewand zu kleiden“. „Das Volk soll beschwichtigt werden“, sagt er. Vor dem gegenwärtigen politischen Hintergrund einer „Neuaufteilung der Welt“ sei es besonders makaber, das Gelöbnis auf dem Markt zuzulassen und als Werbe-Ereignis für die Stadt zu preisen, schreibt er in einem offenen Brief. Er sei sehr enttäuscht, dass „ein solches Denken in Herzberg wieder Raum gewinnen kann“.

Willner wird deshalb einen weiten Bogen um die Veranstaltung machen - genau wie die evangelische Pastorin Renate Timm, Schwester des Friedenspreisträgers Friedrich Schorlemmer, die als Ehrengast eingeladen war. „Gelöbnisse auf öffentlichen Plätzen sind fehl am Platze“, sagt sie. Auch SPD-Mitglied Eckhard Assel, Pazifist und einst in der Bürgerbewegung, bleibt der Feier fern. „Wir waren im Parlament gespalten“, erklärt er. „Der Mehrheit kann man sich aber nicht widersetzen.“

Lausitzer Rundschau / Elbe-Elster-Rundschau vom 28.2.03 S. 3

HANS DIETER ZEPF

## Leonhard Ragaz - ein religiöser Sozialist

*Gekürzte Fassung eines Vortrages über den Theologen  
Leonhard Ragaz vor Mitgliedern des "Offenen Forums"  
Wiesbaden am 7. Oktober 2002*

Leonhard Ragaz - Theologe, religiöser Sozialist, Pazifist und Pädagoge - wurde am 28. Juli 1868 in Tamins, einem kleinen Bergdorf im Kanton Graubünden (Schweiz), als fünftes von neun Kindern geboren. Wie alle Bewohner des Dorfes gehörte auch die Familie Ragaz zum Bauernstand (es gab keine Industrie). Der Vater hatte eine Reihe politische Ämter inne. Die Dorfgemeinschaft war demokratisch strukturiert. Eine Besonderheit stellten die Eigentumsverhältnisse dar. (1) Ungefähr 80% des Bodens war Gemeinbesitz; viele Aufgaben wurden gemeinsam bewältigt. Dieser "Dorfkommunismus" hat Ragaz geprägt. Hier ist der Hintergrund seiner späteren Sozialismusvorstellung. In seiner Autobiographie schreibt er: "Jedenfalls ist mein Glaube an eine Gemeinschaftsordnung der Wirtschaft, überhaupt der menschlichen Dinge, und in diesem Sinne an den Kommunismus, stark auch in diesem Erleben meiner Kindheit und Jugend begründet." (2)

Ragaz studierte Theologie (3) in Basel, Jena, Berlin und wieder in Basel. Nach Beendigung seines Studiums wird er 1890 Pfarrer in drei Bergdörfern (Graubünden). Hier im ersten Pfarramt erschloss sich ihm die Bibel in ganz anderer Weise als in der liberalen Theologie, durch die er geprägt war. Sie wurde ihm lebendig. (4) Aus gesundheitlichen Gründen wechselte Ragaz nach drei Jahren an die Kantonsschule in Chur, wo er als Lehrer für Religion, Deutsch und Italienisch tätig ist. 1895 wird er Stadtpfarrer von Chur. In dieser Zeit engagierte er sich vielfältig in sozialer Hinsicht. Er wurde städtischer Schulrat, Bündner Kirchenrat und Präsident des Armenvereines, außerdem kämpfte er gegen den Alkoholismus. Er wurde selbst abstinente und gründete einen Abstinenteverein. Zur Bekämpfung des Alkohols gründete er das "Rhätische Volkhaus", das der Wirtshausreform und der Volksbildung dienen sollte. Im Jahre 1902 wird Ragaz Pfarrer am Basler Münster. 1903 kam es zu einer Wende in seinem Leben, ausgelöst durch ein persönliches Erlebnis. Seinem Tagebuch vertraut er an: "Nun ist mir ein neues soziales Christentum aufgegangen. Ich datiere vom 2. Februar 1903 (morgens zwischen sieben und acht Uhr) eine neue Periode meines Lebens." (5) Und am 21.2.1903 lesen wir in seinem Tagebuch: "Die Heilsarmee, die Methodisten, die Sektierer und die rabiaten Sozialisten - das sind die Menschen, die nach der Zukunft weisen. Aus diesen Ebionim wird das Reich Gottes hervorgehen." (6)

Am 5. April 1903 kam es in Basel zu einem Maurerstreik. Am gleichen Tag, als der Streik abgebrochen wurde, predigte Ragaz im Münster über das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe (Matthäus 22,34-40). Es ist seine erste religiös-sozialistische Äußerung. Er führte in seiner Predigt unter anderem aus: "Die soziale Bewegung ist eben doch weitaus das Wichtigste, was sich in unseren Tagen zuträgt. Sie wird immer mehr unserem öffentlichen Leben den Stempel aufdrücken. ... Wenn das offizielle Christentum kalt und verständnislos dem Wesen einer neuen Welt zuschauen wollte, die doch aus dem Herzen des Evangeliums hervorgegangen ist, dann wäre das Salz der Erde faul geworden. ... Das Eine scheint mir klar zu sein: der Christ hat sich immer auf die Seite des Schwachen zu stellen. ... Wir müssen verstehen, um was es sich in der sozialen Bewegung im tiefsten Grunde handelt. ... Es handelt sich ... um nichts mehr und nichts weniger als um einen Riesenschritt vorwärts in der Menschwerdung des Menschen. ... Wie heißt die Macht, die bisher der Erreichung dieses Zieles am gewaltigsten und feindlichsten im Wege gestanden ist? Es ist das Geld, der Besitz. ... So ist die soziale Bewegung im tiefsten Grunde eine Verwirklichung der Gedanken, die im Mittelpunkt des Evangeliums stehen: der Gotteskindschaft und der Bruderschaft der Menschen. ... Ihr könnet darüber streiten wie weit das Ziel auf Erden erreichbar sei, ihr könnet aber nicht leugnen, dass es zum Wesen des Christentums gehört, für seine Erreichung zu arbeiten." (7) Diese Predigtzitate belegen die Solidarität Ragaz' mit der Arbeiterschaft und sein starkes Engagement für soziale Probleme und Fragestellungen.

Im Jahre 1906 kam es zu einer Zusammenfassung seiner bisherigen Gedanken, in der aus einem Vortrag hervorgegangenen Schrift "Das Evangelium und der soziale Kampf der Gegenwart". Hier analysierte Ragaz die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation. Der Kapitalismus, der auf Profit ausgerichtet ist, widerspricht der Ethik Jesu. Der neuen Wirtschaftsordnung, die zur Ethik Jesu passt, gibt er den Namen "Sozialismus", wobei er bei der Verwendung dieses Begriffes Bedenken formuliert: "Ich könnte sie so nennen (gemeint ist die neue Wirtschaftsordnung - Anmerkung von mir) und tue es gelegentlich auch, da ich überzeugt bin, dass der Sozialismus in seinen wesentlichen Zügen die Richtung angibt, die aus dem Kapitalismus heraus auf die nächste Stufe der geschichtlichen Entwicklung führen soll. Aber ich möchte nicht den Schein erregen, als ob nun doch wieder die Sache Jesu mit einer bestimmten Gesellschaftsordnung solidarisch erklärt werden sollte, nur diesmal mit der sozialistischen. Es muss in abstracto durchaus die Möglichkeit zugegeben werden, dass, wenn der Sozialismus seinen Beitrag an die Aufwärtsführung der Menschheit geleistet hat, wieder neue und bessere Regelungen dieses Teiles der menschlichen Angelegenheiten kommen können." (8)

Im Jahre 1906 wurde die Zeitschrift "Neue Wege - Blätter für religiöse Arbeit" gegründet. Diese Zeitschrift war für Ragaz das Organ, in dem er bis zu seinem Tode regelmäßig seine theologischen und politischen Überzeugungen veröffentlichte.

Von 1908 - 1921 war Ragaz Professor für systematische und praktische Theologie in Zürich. Als 1912 in Zürich ein Generalstreik ausbrach, stand Ragaz wieder auf der Seite der Arbeiterschaft. Nun kam es zum Bruch mit der Bourgeoisie. "Mein damaliges Auftreten gegen das Bürgertum und sein brutales Dreinfahren mit dem Militär erregte ungeheures Aufsehen, bis weit ins Ausland hinaus. Es zerstörte für immer meine immer noch große Beliebtheit bei einem Teil des Bürgertums und machte mich zum gehassten Mann der Schweiz. Nun, da ich hier nichts mehr zu tun hatte, trat ich (1913) in die Sozialdemokratie ein." (9) Als der erste Weltkrieg anfang, begann Ragaz' Entwicklung zum Pazifisten. In der Maiausgabe der "Neuen Wege" schrieb er 1939: "Ich habe in den furchtbaren Tagen des August 1914 ein Gelübde getan, diesem Kampf gegen den Krieg mein künftiges Leben zu widmen, und gedenke es zu halten." (10)

Sein Engagement für den Frieden begründete er biblisch. (11) Ragaz war kein doktrinärer Pazifist. Er konnte unter bestimmten Bedingungen für militärischen Widerstand eintreten. (12)

Die große Wende seines Lebens war der Rücktritt von seiner Professur im Jahre 1921. (13) Seine kritische Haltung zur Theologie, aber vor allem zur Kirche, gaben hierzu den Ausschlag. Die Theologie erschien "mir immer mehr als eine Sache, ... welche dem Reich Gottes eher im Wege stehe. Abermals wichtiger aber als die Stellung zur Theologie wurde die zur Kirche. Deren Gegensatz zum Reiche Gottes wurde für mich viel akuter als der zur Theologie. ... Zwar hätte ich mit meinen Überzeugungen als Pfarrer mit gutem Gewissen in der Kirche bleiben können, aber es wurde mir immer schwerer, junge, völlig unreife Menschen in den Dienst der Kirche einzuführen. Denn ich stand vor einem Entweder-Oder: Entweder enthüllte ich ihnen meine innerste Stellung zur Kirche und versuchte ihnen das Pfarramt in diesem Lichte zu zeigen, - was ich tatsächlich so hielt! - dann lud ich ihnen eine Last auf, die sie in keiner Beziehung tragen konnten, oder ich verhüllte meine Stellung, ... und dann machte ich mich der Heuchelei schuldig. An dieser Stelle musste einmal ein Bruch geschehen." (14)

Aber auch die Stellung zur Kirche war nicht die innerste Unruhe für Ragaz, sondern die Nachfolge Christi. "Und doch war auch meine Stellung zur Kirche nicht meine innerste Unruhe. Diese war, um es sofort zu sagen: die Nachfolge

Christi. Sie gesellte sich konsequenterweise als Forderung immer stärker zu der Erkenntnis des Reiches Gottes. Und zwar sah ich den Weg der Nachfolge nicht auf der theologisch - kirchlichen Linie, sondern er führte mich, so wie es ursprünglich war und sein soll, abwärts, nach unten zu den Armen im Vollsinn des Wortes. Besonders zum Proletariate. ... Es war der Weg des Franziskus, der mich rief, der Weg der Armut." (15)

Ragaz hat in seiner geistigen Entwicklung einen langen Weg zurückgelegt. Die Spannweite seiner Entwicklung beschreibt er so: "Was im übrigen meine religiöse Entwicklung betrifft, so könnte ich sie vielleicht am besten durch das Stichwort bezeichnen: vom Reiche Gottes zu Christus; so dass mein ganzer Weg wäre: vom Pantheismus zum persönlichen Gott; von Gott zum Reiche Gottes und vom Reiche Gottes zu Christus, seiner, Fleischwerdung." (16)

Im folgenden beleuchte ich die Begriffe "Reich Gottes", "Nachfolge" und "Neue Gemeinde" im theologischen Denken von Ragaz.

Der Begriff "Reich Gottes" findet sich schon früh im theologischen Denken von Ragaz. Ich beschreibe sein Verständnis vom Reich Gottes in seiner endgültigen Ausprägung. Es würde zu weit führen, den gesamten Entwicklungsprozess hier darzustellen. (17)

Die Botschaft vom Reiche Gottes zieht sich wie ein roter Faden durch die Bibel, sie ist geradezu der entscheidende Schlüssel zur Öffnung der Bibel. "Und das ist der Schlüssel, der nun unserem Geschlechte gegeben wird: Wir erkennen wieder, ohne jene Botschaft der Freiheit für den Einzelnen zu übersehen, als den großen und ... einzigen Sinn und Inhalt der Bibel die Botschaft von dem lebendigen Gotte und seinem Reiche der Gerechtigkeit für die Welt, diese Botschaft, welche schon den Sinn der Schöpfung bedeutet und sich dann in Israel, über Mose, die Richter, die Könige, die Propheten hinweg entfaltet, um sich in Christus zu vollenden und durch die Apostel die große Weltbotschaft zu werden." (18)

Das Reich Gottes steht im Gegensatz zur Religion; denn im Reiche Gottes kommt Gott zuerst, während in der Religion der Mensch im Mittelpunkt steht.

"Für das landläufige Christentum gilt, dass der Einzelne und sein Heil im Mittelpunkt steht. Das ist eben die Religion im Gegensatz zum Reiche Gottes. ...

Im Reiche Gottes aber kommt Gott zuerst und mit ihm sein Reich. Die zentrale Losung heißt hier: „Trachtet am Ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit.“ (19) Natürlich ist das Reich Gottes auch das Heil für das Individuum, aber "es bedeutet nicht bloß das Heil für den

Einzelnen, sondern auch das Heil für die Welt; es bedeutet nicht nur die Erlösung des Individuums, sondern auch die Erlösung der Gesellschaft." (20)

Das Reich Gottes ist nicht machbar, es kommt von Gott, wir können uns ihm nur zur Verfügung stellen. "Das Reich Gottes ist ... primär durchaus Gottes Sache. Es stammt von Gott. Es ist Herrschaft Gottes, dessen Wille allein herrschen soll, der auf Erden gelten soll, wie er im Himmel gilt. Es muss kommen und kann nicht gemacht werden. Es ist Gabe, nicht Verdienst. Aber dieser wesentlichen Bestimmung tritt polar die andere entgegen: Das Reich Gottes ist ebenso, wie es die Sache Gottes ist, die Sache des Menschen. Die Gabe ist ebenso Aufgabe, das Geschenk ebenso Verdienst - man darf sich so zugespitzt ausdrücken. Schon das Kommen des Reiches ist auch Sache des Menschen. Es ist gerüstet, es wird angeboten, aber es kommt nicht, wenn nicht die Menschen da sind, die darauf warten, die darum bitten, die für sein Kommen arbeiten, kämpfen, leiden." (21)

Worauf es vor Gott ankommt, was sein Wille ist, zeigen die Gleichnisse Jesu, die nach Ragaz vom Wesen und Kommen des Reiches Gottes sprechen. Ihren revolutionären Sinn hat die Auslegungstradition verkannt und sie zu seelsorgerlichen Ratschlägen gemacht, aber "damit hat man ihren wahren Charakter völlig entstellt, ja fast aufgehoben. In Wirklichkeit ist ihr Sinn in erster Linie sozial, d.h.: auf die Gemeinschaft gerichtet. ... Das individuelle Moment ... fehlt gewiss nicht, aber es ist im sozialen eingeschlossen. ... Es gibt nichts Revolutionärereres als die Gleichnisse Jesu. Sie bedeuten ein Umkehrung des Denkens und Seins der Welt wie, nach den Reden der Propheten und neben der Bergpredigt Jesu selbst, nichts sonst. Vor ihnen erscheint das ‚Kommunistische Manifest‘ ... fast als harmlos." (22)

Das Reich Gottes ist auf die Erde gerichtet und nicht auf ein Jenseits. Wenn das Reich Gottes da sein wird, wird auch der Tod besiegt sein. "Das Neue Testament, wie die ganze Bibel, weiß, etwas drastisch gesagt, nichts von einem Jenseits. ... Die Bibel aber, und besonders das Neue Testament, weiß bloß von Auferstehung, oder mit anderen Worten, das Neue Testament weiß bloß, wie schon auf seine Art das Alte Testament von einem Kommen des Reiches auf die Erde zur Aufrichtung der Herrschaft Gottes, worin freilich auch der Sieg über den Tod enthalten ist." (23)

Es gab und gibt immer wieder Durchbrüche des Reiches Gottes in der Geschichte. Ragaz verweist auf Mose, die Propheten, Christus, Franziskus, die Reformation und ebenso auf die Gegenwart. (24)

Nachfolge und Reich Gottes gehören zusammen; denn "es gibt keine Zugehörigkeit zum Reiche ohne die Nachfolge, und es gibt keine Nachfolge ohne den Glauben an das

Reich." (25) Nach den obigen Ausführungen über das Reich Gottes, ist dieser Zusammenhang zwischen Reich Gottes und die Nachfolge die logische Konsequenz.

Ragaz' Verständnis von der Nachfolge ist radikal. Er verbindet sie mit der Selbstverleugnung (Matthäus 16,24). Nachfolge und die Verfolgung privater Interessen schließen sich gegenseitig aus. Die Selbstverleugnung, wie sie Jesus versteht ist "nicht diese oder jene große Selbstüberwindung, diese oder jene Entsagung, sondern es ist die völlige Umkehrung der natürlichen Lebensrichtung, die gänzliche Hingabe des Eigenlebens an Gottes Sache. ... Da ist nicht mehr das private Leben hier und Gott dort, sondern das ganze Leben ist von Gott mit Beschlag belegt und hört auf ein privates zu sein." (26)

In der Nachfolge kommen in besonderer Weise die Dinge zum Tragen, die im Gegensatz zur Welt stehen. "Es prägen sich aber in der Nachfolge diejenigen Züge besonders aus, welche einen Gegensatz zur Welt bedeuten. Dazu gehört die Liebe, welche im Symbol der Fußwaschung als Dienst am Bruder zum herrlichsten Ausdruck kommt. Sie ist ein gewaltiger Gegensatz zum Stolz und Egoismus der Welt. ... Dazu gehört auch der Kampf gegen das Reich der Gewalt, der Weg des Friedens für sich selbst und des Kampfes um den Frieden der Welt. Dazu gesellt sich vor allem auch der Gegensatz zu dem Gott der Welt, dem Mammon. Die Armut in irgend einer Form gehört zur Nachfolge." (27)

Die Trägerin des Reiches Gottes ist die Gemeinde. "Die Gemeinde tut als Gemeinschaft das, was in der Nachfolge der einzelne tut: sie übernimmt die Sache Gottes, das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit als Gabe und Aufgabe und macht sie zu ihrer Sache." (28)

Im Gegensatz zur Gemeinde - wie sie Ragaz versteht - ist die Kirche die Trägerin der Religion. Sie vertritt nicht die Sache des Reiches Gottes. (29)

Ragaz' Kritik richtet sich sowohl gegen die römische als auch gegen die protestantische Kirche. Zwar sei diese ihrem ursprünglichen Wesen nach Gemeinde, aber "auch die protestantischen Kirchen sind Trägerinnen der Religion. Sie dienen dem individuellen und unter Umständen, etwa am Betttag ... dem kollektiven, 'religiösen Bedürfnis'. Aber sie dienen nicht dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit - dem Reiche Christi. Oder ist es etwas anderes? Hand aufs Herz: Denkt die große Masse unserer Kirchenglieder und getauften Christen etwa im Ernste daran, das Joch des Gottesreiches auf sich zu nehmen, das ‚Gesetz Christi‘ zu erfüllen?" (30)

Ragaz unterscheidet in seinem Gemeindeverständnis die Gemeinde als engerer und als weiterer Kreis. Die Gemeinde im engen Sinn "bedeutet den sichtbaren und in einem tieferen Sinne des Wortes organisierten Zusammenschluss der ‚Gerufenen‘, derer, die das Reich und seine Gerechtigkeit als ihre Sache glauben und wollen." (31)

Das Vorbild dieser Gemeinde ist die "apostolische Gemeinde": "Sie muss nach deren Vorbild (nicht Modell) eine wirkliche Gottesgemeinschaft und Christusgemeinschaft, Liebesgemeinschaft, Lebensgemeinschaft werden, muss laienhaft, demokratisch, staatsfrei werden, muss aus Institution Charisma, Geistesgemeinschaft werden." (32) Die neue Gemeinde bleibt nicht auf sich selbst beschränkt, sondern mit ihren Gaben und Aufgaben ist sie für die Welt da. Damit sind wir beim Gemeindeverständnis im weiteren Sinne. Ragaz meint damit alle Menschen, denen es um das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit geht. Er bezeichnet sie als "unsichtbare Gemeinde". Sie geht über alle Religionen und Konfessionen hinaus. Die Gemeinde im engeren und weiteren Sinne ist die "wahre Oekumene". (33) Gemeinde im Sinne von Ragaz ist genossenschaftliche Gemeinde. (34)

Leonhard Ragaz, der am 6. Dezember 1945 starb, hat es verstanden Theologie und Praxis miteinander zu verbinden, wie die obigen Ausführungen gezeigt haben dürften.

Weder in der Theologie der Universitäten noch in den Landeskirchen spielt Ragaz eine Rolle. Dass er in der Theologie fast der Vergessenheit anheim fiel, dürfte wesentlich mit seiner Verabschiedung aus der akademischen Welt im Jahre 1921 zusammenhängen. Seine Reich-Gottes-Vorstellung, mit ihren politischen Implikationen spielt so gut wie keine Rolle im Bewusstsein von Kirchen und Gemeinden.

Ragaz ist ein unbequemer Mahner. Wir sollten sein Kritik nicht überhören.

## ANHANG

### 1. Anmerkungen

(1) vgl. hierzu MWI, S. 43-51

(2) MWI, S. 50

(3) Ragaz studierte eher gegen seine Neigung Theologie. "Weil meine Begabung nach dieser Richtung wies, wurde ich trotz unserer eher bedrängten ökonomischen Lage zum Studium bestimmt, und zwar zum theologischen ... eher gegen meine Neigung, denn ich war früh schon zwar sehr ‚religiös‘ gesinnt, aber nicht ‚kirchlich‘ oder gar ‚pfarrerlich‘; ich liebte Gottes freie Luft zu sehr!" (Ragaz: "Meine geistige Entwicklung" in Biographie, Bd. I, S. 240f.)

(4) "Die Bibel war mir durch das theologische Studium beinahe zerstört worden. Aber nun zog es mich wieder zu ihr hin. Ich beschloss, sie einmal ganz zu lesen, und zwar nicht nur ohne gelehrten Kommentar, sondern auch ohne jede theologische Brille. So stand ich denn im tiefen Winter um fünf Uhr morgens auf und setzte mich bis zum Frühstück über die Bibel.... Und sie erschloss sich mir. Nicht ganz, gewiss nicht, aber zum ersten Mal. Sie wurde lebendig." (MWI, S. 161)

(5) Tagebuch IX, 2.2.1903, zitiert in Biographie, Bd. I, S. 82

(6) Tagebuch IX, 21.2.1903, zitiert in Biographie, Bd. I, S. 83

(7) L. Ragaz: Ein Wort über Christentum und soziale Bewegung, in: Schweizerisches Protestantenblatt Nr. 17, 25.4.1903, abgedruckt in: Leonhard Ragaz: Religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe, Pädagoge, S. 31-35

(8) Das Evangelium und der soziale Kampf der Gegenwart, Basel 1906, S. 33, zitiert in Biographie, Bd. I, S. 115

(9) Ragaz: "Meine geistige Entwicklung" in Biographie, Bd. I, S. 244f.

(10) Neue Wege, Mai 1939, S. 223

(11) vgl. Bibel IV, S. 165 ff.

(12) vgl. Neue Wege, Mai 1939, S. 224 ff.

(13) In einem Schreiben an die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich legte Ragaz ausführlich seine Gründe für den Rücktritt von seiner Professur dar, vgl. Neue Wege Juli/August 1921, S. 284-293

(14) MWII, S. 111f.

(15) MWII, S. 114f.

(16) Ragaz: "Meine geistige Entwicklung" in Biographie, Bd. I, S. 244

(17) vgl. hierzu: Biographie, Bd. I, Kapitel 2 und 3; Jäger Hans Ulrich: Die sozioethische Funktion des Reichgottesglaubens bei Leonhard Ragaz, in: Zeitschrift für evangelische Ethik, 12. Jg., 1968, S. 221 ff.; Rich, Artur: Leonhard Ragaz. Eine Skizze von seinem Denken und Wirken, in: Zeitschrift für evangelische Ethik, 12. Jg., 1968, S. 196 ff.

(18) Bibel I, S. 21

(19) Botschaft, S. 29

(20) Botschaft, S. 29

(21) Bibel V, S. 139

(22) Gleichnisse, S. 7f.

(23) Gleichnisse, S. 25

(24) Botschaft, S. 309

(25) Neue Wege, April 1927, S. 168, vgl. hierzu auch Neue Wege, Oktober 1944, S. 474 f.

(26) Neue Wege, Mai 1927, S. 205 f.

(27) Bibel V, S. 146

(28) Neue Wege, Oktober 1944, S. 477

(29) vgl. Neue Wege, Oktober 1944, S. 476 f.

(30) ebenda, S. 478 f.

(31) ebenda, S. 480

(32) ebenda, S. 481; vgl. hierzu auch Botschaft S. 205 f.; Bibel VI, S. 13-39 und 128

(33) Neue Wege, Oktober 1944, S. 481; vgl. hierzu auch Botschaft, S. 249

(34) vgl. Die Geschichte der Sache Christi, S. 43

### 2. Literaturangaben

a) Schriften von Leonhard Ragaz

Die Bergpredigt Jesu (1945), GTB 451, 3. Aufl., Gütersloh 1983.

Die Bibel - eine Deutung, sieben Bände, Zürich 1947-1950.

Als Neuauflage in vier Bänden hrsgb. in Zusammenarbeit mit dem Leonhard-Ragaz-Institut in Darmstadt durch E.L. Ehrlich, M. Mattmüller und J.B. Metz, Fribourg, Brig 1990. In dieser Neuauflage sind Bandzahl und Paginierung der Erstausgabe beigefügt. (= Bibel; Band- und Seitenzahl wurden nach der Erstausgabe zitiert)

Die Geschichte der Sache Christi. Ein Versuch, Bern 1945 (= Geschichte der Sache Christi)

Mein Weg, zwei Bände, Autobiographie von Leonhard Ragaz, hrsgb. von Cl. Ragaz-Nadig, Zürich 1952. (=MWI, MWII)

Dein Reich komme. Predigten, zwei Bände, 3. Auflage, Erlenbach-Zürich 1922

Die Botschaft vom Reiche Gottes. Ein Katechismus für Erwachsene, Bern 1942. (=Botschaft)

Die Gleichnisse Jesu. GTB 1428, 4. Auflage, Gütersloh 1990 (=Gleichnisse)

Weltreich, Religion und Gottesherrschaft, zwei Bände, Erlenbach-Zürich 1922.

b) weitere Literatur

Neue Wege, Blätter für religiöse Arbeit, 1906 ff. (=Neue Wege)

Leonhard Ragaz - Religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe und Pädagoge, hrsgb. vom Leonhard-Ragaz-Institut Darmstadt, Darmstadt 1986

Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie, Band I: Die Entwicklung der Persönlichkeit und des Werkes bis ins Jahr 1913, Zürich 1957. Band II: Die Zeit des ersten Weltkrieges und der Revolution, Zürich 1968 (=Biographie)

DR. WOLFGANG GERN

## Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit

Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Zu dieser einfachen Überzeugung gibt es keine Alternative. Jede wirtschaftliche Entscheidung auch in Wiesbaden muss danach beurteilt werden, ob sie die Würde der Menschen schützt oder verletzt. Wo nahezu alle Lebensbereiche geradezu aggressiv von der Wirtschaft beherrscht werden, wollen wir fragen: Verbessert unser Wirtschaftssystem die Möglichkeiten unseres Zusammenlebens oder bedroht es, ja zerstört es unser Zusammenleben? Sind Gerechtigkeit und Menschenwürde noch Maßstäbe für unser Wirtschaften? Und die Frage muss ja erlaubt sein: Wer ist eigentlich das Subjekt, wessen Interessen bestimmen unsere Wirtschaft in unserem immerhin demokratischen Gemeinwesen? Haben zum Beispiel Sie und ich gewählt oder gar gewollt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Sind Sie und ich je gefragt worden, dass nur 3 bis 5 Prozent des Geldes auf dem Globus in Arbeit und Produktionsmittel investiert werden und der große "Rest" in spekulativen Geschäften angelegt wird?

Deswegen ist Solidarität gefordert - im Sinne der Prinzipien der Subsidiarität, die zum Ausdruck bringt, dass jeder Mensch eine einmalige Person ist und zugleich soziales Wesen, das sich auf die mitmenschliche Verbundenheit seiner Gesellschaft verlassen kann. "Menschen, die sich solidarisch verbunden wissen, erkennen und verfolgen gemeinsame Interessen und verzichten auf eigennützige Vorteilsuche, wenn diese zu Lasten Dritter oder der Gemeinschaft geht" (Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen, 1997, Abs. 116). Das heißt auch, dass die stärksten Schultern mehr tragen können als die schwächsten, die sich ihrerseits auf Hilfe zu einem menschenwürdigen und eigenständigen Leben verlassen können (vgl. Abs. 121).

### I. Globalisierung als neuzeitliches Phänomen - Wohin?

Neu an dem Thema ist die finanzökonomische Globalisierung in den letzten zehn Jahren mit dem rasanten Anstieg der internationalen Kapitalverkehrsströme (Umsätze auf den Devisenmärkten von bis zu 1.500 Mrd. US \$ zirkulieren alle 24 Stunden um die Welt), wobei nur 2-3 Prozent des flotierenden Kapitals an Transaktionen in der realen Wirtschaft (Produktion, Dienstleistungen, etc.) gebunden sind. Die globalen Finanzmärkte sind also durch Spekulationsgelder beherrscht ("Kasinokapitalismus"). Zugleich - und

dadurch verursacht - haben die globalen Institutionen wie IMF, Weltbank und OECD zu wachsender Deregulierung (i.e. zur Relativierung oder Abschaffung gesetzlicher Kontrollen über Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten durch die Nationalstaaten) beigetragen. Dadurch sind Unternehmensgewinne in den letzten Jahren in Deutschland um jährlich über 10 Prozent gestiegen, die Löhne um nur 3-5 Prozent jährlich. Deswegen lautet meine erste These: Finanzökonomische Globalisierung produziert extremen Reichtum für wenige und wachsende Armut für viele Menschen.

Vordringliche Aufgabe ist es zu fragen, was Politik im Zeitalter finanzökonomischer Globalisierung bedeutet, inwieweit diese die Nationalstaaten mit ihren Systemen der sozialen Sicherung schwächt und demokratische und partizipatorische Strukturen aufhebt - und was dagegen zu tun wäre.

Globalisierung ist übrigens historisch eng mit der Geschichte des Christentums, mit den Epochen der neuzeitlichen Eroberungen und des westlichen Kolonialismus verbunden. Diese Epochen sind geprägt durch die Perversion eines universalen Sendungsbewußtseins in eine hegemonale Gewalttradition. Sie gipfelt in Selbstvergöttlichung und Exklusivität der eigenen Glaubensüberzeugung einerseits und in der "Sünde des Nein zum anderen" ("Zum Fremden, zum Arbeiter, zum Außenseiter, zur Frau", Enrique Dussel) andererseits. Wir werden darauf zu achten haben, dass wir als Christinnen und Christen in Europa geschichtsbewußt bleiben und Zustimmung und Kritik formulieren als solche, die in diese Geschichte von Perversion und Verrat verwickelt sind und aus der eigenen Tradition die verhängnisvolle Verknüpfung einer dominanten Sendung mit verheerender Gewalt bis hin zum Völkermord kennen.

Was wir gegenwärtig in den Medien zur Globalisierung hören, klingt anders, weniger kritisch, ja erscheint auch noch nach dem 11. September 2001 verlockend: Die Wirtschaft soll boomen. Aktienkurse machen Schlagzeilen, obwohl das System der Spekulation längst brüchig ist. In einigen Branchen herrscht trotz Skepsis Aufbruchstimmung. Ob die Produktivität steigt, steht dahin. Global Player spielen mit hohen Einsätzen. Aus der Wertegemeinschaft ist eine Wertpapiergemeinschaft geworden.

Aber: Von den Menschen redet keiner mehr, es sei denn als Verschiebemasse, als Flexibilitätshindernis, als "freizusetzende" Größe. Auch von sozialer Gerechtigkeit will keiner so recht was wissen, es sei denn, dass sie das Wachstum stört. Schließlich scheint der Primat der Politik, ja die Demokratie in Wirtschaftsfragen abhanden gekommen zu sein, wenn sie denn je vorhanden war. Nach allem, was wir derzeit erleben, müssen wir befürchten: Europas Zukunft wird weniger demokratisch, weniger sozial und weniger solidarisch sein.

Wir kennen das Schulmeistergehebe einiger Ökonomen und Unternehmen, die die Wirtschaft am liebsten zur staatsfreien Zone erklären möchten, die sich jeder Kontrolle entzieht. Sie möchten unter sich bleiben und ihre Zirkel rein halten, weil sie allein die angeblich objektiven Sachzwänge kennen und sie mit der Aura sauberer Wissenschaftlichkeit vortragen. Das neoliberale Wirtschaftsmodell wird zur Religion erklärt, und wir sind die Schulbuben, die an die "Selbstheilungskräfte des Marktes" gehorsam glauben sollen wie die Kinder an den Weihnachtsmann. Und wenn wir widersprechen, stehen wir ruckzuck in der Ecke der Moralisten, die sich um Sozialklimbim kümmern, und wir werden aufgefordert, mit unserem Menschenrechtsgesülze aufzuhören.

## **II. Soziale Gerechtigkeit als Leitgröße - oder: der Blick von unten**

Was immer wieder verschwiegen wird: Es geht um Macht und Interessen einer privilegierten Minderheit, nicht primär um Wahrheit und Erkenntnis zu Gunsten einer zunehmend vernachlässigten Mehrheit in unserem Land. Deswegen müssen wir Laien uns einmischen, weil es um die Mehrheit der Menschen geht, die kaum noch zu Wort kommen.

Wir müssen wieder aufbrechen zu sozialer Gerechtigkeit, die diesen Namen verdient und nicht in lauter Wachstumsrausch von wertevergessenen Machern untergeht. Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Global Player sind keine Zeiten der Humanitätspause und des Aussetzens sozialer Sicherungen. Wir müssen aufbrechen zu einer Demokratie, die eben nicht in bester Verfassung ist, solange vergessen bleibt, dass Eigentum sozialpflichtig ist. Und laßt uns aufbrechen zu neuer Lebensqualität, in der die Zeit zum Leben nicht buchstäblich verkauft wird.

In diesem Sinne lautet meine zweite These: Soziale Gerechtigkeit schafft Frieden. Ohne sie wird es keinen dauerhaften Frieden geben.

Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit wird heute im Urteil vieler Menschen immer weniger mit sozialdemokratischer Politik in Verbindung gebracht. Früher wußte die Sozialdemokratie, wem Politik dient, und sie hatte vom Godesberger Programm her einen inneren Maßstab. Sie war entschlossen, sich bei aller Modernisierung nicht von den Mächtigen in der Wirtschaft auf der Nase herumtanzen zu lassen. Übrigens, auch noch im Ahlener Programm der CDU von 1947 hieß es: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden".

Die Suche nach Gerechtigkeit gehört zu den Grundpfeilern unserer Gesellschaft, sie sorgt dafür, dass Diskriminierungen abgebaut werden, dass Arme und Schwache nicht ausgeschlossen werden, dass alle Menschen am wirtschaftlichen Leben unserer Gesellschaft teilnehmen können - ungeachtet ihrer Leistungsfähigkeit. Das stellt die Leistungsfähigkeit der Stärkeren nicht in Frage. Talente und Kräfte - gleich welcher Nationalität und Herkunft - sollen eingesetzt und nicht versteckt werden. Aber jede und jeder hat ein Anrecht auf das, was er oder sie zum Leben braucht (Mt 20, 1-16), auch und besonders die Schwachen, die nicht so können, wie sie wollen. Auf diese Überzeugung stützt sich unsere Solidargemeinschaft. Und wer wenig im Leben hat, muss daher viel im Recht haben. Unsere Gesellschaft gewinnt ja ihre Stärke durch den Schutz der Schwachen. Laßt uns also eintreten für die Jüngeren ohne Ausbildungsplatz und häufig ohne Aussicht auf einen festen Arbeitsplatz, für die alleinerziehenden Frauen - häufig in prekären Arbeitsverhältnissen -, für unsere Nachbarn ausländischer Herkunft, die in München, Mainz, Nürnberg, Frankfurt, Erfurt, Dessau, Berlin und Rostock arbeiten und ein menschenwürdiges Leben führen wollen. Sie alle gehören zu uns, und im übrigen sollte nicht vergessen werden, wie sehr sie seit Jahrzehnten zu unserem gemeinschaftlichen Wohlstand beitragen.

Bei dieser Aufzählung erschreckt mich der Gedanke, dass unsere Gesellschaft dabei ist, sich selbst ad absurdum zu führen, weil sie mit dem Menschsein des Menschen und mit Mitmenschlichkeit nicht mehr rechnet. Ja, rechnen ist das Stichwort, das neue Unwort, das Gegenwort zu sozialer Gerechtigkeit: Das rechnet sich nicht, hören wir allerorten, wo es um Sozialabbau und Stelleneinsparungen geht. Im komplizierten Konfliktfeld zwischen Mensch und Kapital geht der Mensch als Verlierer hervor, und die Schwächsten trifft es zuerst.

## **III. Eigentum ist sozialpflichtig - Die Vermögenssteuer als Konsequenz**

Wir spüren es immer mehr: Ohne soziale Gerechtigkeit verliert unsere Gesellschaft ihr menschliches Gesicht. Wir brauchen nicht Almosen für die Armen und Schwachen, sondern die Rechtssicherheit, dass die starken Schultern mehr tragen können und sollen als die Schwachen.

So lautet die dritte These: Wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Die in der Vergangenheit durchgeführten Steuerentlastungen der Reichen sind die wesentlichen Ursachen der Staatsverschuldung. Die zusätzlichen Einnahmen aus

der Steuerentlastung stellen die Reichen anschließend dem Staat als Kredite mit hoher Rendite zur Verfügung. Diese Umverteilung von Unten nach Oben hat zu einer verschämten Armut und zu einem unverschämten Reichtum geführt.

In Artikel 14 des Grundgesetzes ist verankert, dass Eigentum sozialpflichtig ist. Die großen Kirchen haben in ihrem Gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 gesagt: "Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben" (Abs. 220).

Damit wird Reichtum in unserer Gesellschaft zum Thema. Das solidarische Band zwischen Starken und Schwachen wird verbindlich gemacht: Reichtum muss dazu beitragen, soziale Sicherungssysteme armutsfest zu machen. Wenn die Lasten also neu verteilt werden, kommt unsere Gesellschaft an der ernsthafteren Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie Kapital- und Steuerflucht nicht vorbei. Der Machtkonflikt ist vorprogrammiert. Er wird nur ausgeglichen werden können, wenn es nicht nur um den Transfer von Geld geht. Sondern es geht wesentlich auch um die Vision einer Gesellschaft, die bereit ist zum Teilen, in der die Starken zuerst teilen, damit das Ganze gewinnt. Ich erinnere noch einmal an den Propheten Jesaja: Ohne Bereitschaft zum Teilen wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Wir haben gegenwärtig Beispiele vor Augen, wo das Teilen versäumt wurde, z.B. in Zimbabwe. Und wir sollten nicht so tun, als seien diese Beispiele weit weg von uns: Während sich die Unternehmensgewinne auf Rekordniveau bewegen, werden Arbeitnehmern immer neue Opfer abverlangt.

Diese Entwicklung zerstört unseren Sozialstaat. Wo rücksichtsloses Gewinnstreben vorherrscht, wird die Menschenwürde vieler verletzt. Daher gibt es zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer keine Alternative. Verteilungsgerechtigkeit ist das Gebot der Stunde, soll das Gemeinwohl alle in gleicher Weise verpflichten. Anderenfalls ist Politikverdrossenheit die Folge - mit all den Begleiterscheinungen Richtung Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsradikaler Gewalt.

Aber international hat sich längst Widerstand gegen die Erosion des Sozialstaates breitgemacht, wie sich an den verschiedenen Netzwerken zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte zeigen lässt. Auch schon eine geringfügige Tobin-Steuer könnte aus der international instabilen Finanzlage herausführen. Nach dem Vorschlag von James Tobin haben die Vereinten Nationen errechnet, dass eine Besteuerung globaler Devisentransaktionen Hunderte von Milliarden US-Dollar erbringen könnte - zu Gunsten von

Sozialprogrammen und Entwicklungshilfe. Die Steuer würde außerdem die Spekulation weniger attraktiv machen und einladen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.

#### **IV. Wer teilt, mehrt das Leben - Zum Beispiel Arbeit**

So lautet die vierte These: Erwerbsarbeit muss gerecht geteilt werden.

Sie kennen ja den Witz: Bill Clinton gibt in den USA ein Abendessen für die Staatschefs der G-8-Staaten. Lautstark rühmt er seine Arbeitsmarktpolitik mit den Worten: Im letzten Monat haben wir über 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das hört der Kellner, der die Runde gerade bedient, und sagt stolz: Davon habe ich drei!

So wollen wir uns das Teilen von Arbeit nicht vorstellen. Aber wenn in einer hochproduktiven Wirtschaft alle eine faire Chance auf Arbeit haben sollen, muss die Arbeit gerecht geteilt werden, denn einer großen Zahl von Überbeschäftigten steht eine nicht geringe Zahl von Unterbeschäftigten und Arbeitslosen gegenüber. Viele erleben den Verlust ihres Arbeitsplatzes als persönliche Niederlage und gesellschaftliche Ausgrenzung. Insofern trifft der Aufschrei der französischen Publizistin Viviane Forrester in ihrem Buch "Der Terror der Ökonomie", mit dem sie verzweifelt fragt: "Welchen Nutzen kann ein Leben haben, das sinnlos für den Profit ist?... Muss man zu leben, verdienen, um das Recht zu leben zu haben?" Was den Unternehmen als betriebswirtschaftlich notwendig erscheint, ist für die betroffenen Menschen gnadenlos.

Die Rechtfertigungslehre, das Sich-Verdanken allein der Gnade Gottes, hat genau diese gesellschaftliche Dimension: Auch und gerade die Schwachen und eben Leistungsschwachen, die Armen und Geringverdienenden, die Kranken und Alten sollen es spüren, dass sie sich der Gnade Gottes verdanken. "Alle Menschen haben ein Recht, am Leben einer Gesellschaft teilzunehmen" (Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle, Hirtenbrief der Katholischen Bischofskonferenz der USA, 1986). Wir fragen, wenn wir Menschen zum erstenmal begegnen, ja häufig nicht: "Wie fühlen Sie sich, dass Sie Gottes Geschenk sind allein aus Gnade?" Sondern wir fragen nach dem beruflichen Etikett und schließen dann auch auf die Person: "Was machen Sie oder was sind Sie von Beruf?" Wir fragen auch nicht zuerst nach Partner und Kindern, sondern nach dem Beruf, ja, nach der Leistung. Das bestimmt zumindest unser Vorurteil.

Um die gerechte Teilung von Erwerbsarbeit voranzutreiben, sollten Betriebe Lohnkostenzuschüsse erhalten, wenn sie die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten durchgreifend verrin-

gern - und entsprechend registrierte Arbeitslose einstellen. So entstehen neue Arbeitsplätze zu geringen Kosten für den Staat, weil er ansonsten die Arbeitslosen bezahlen muss. Umverteilung von Arbeit und Arbeitszeitverkürzung ist im übrigen die Grundlage für die Chancengleichheit von Frauen und Männern: dass sie bezahlte und unbezahlte Arbeit, Arbeit und Einkommen gleichberechtigt teilen lernen.

Aber wir wollen mehr Arbeitsplätze durch weniger Überstunden. 1,8 Milliarden Überstunden wurden im letzten Jahr in Deutschland geleistet. Das sind verspielte Beschäftigungschancen für die große Zahl der Arbeitssuchenden. Das sind auch überflüssige Stunden auf Kosten der Gesundheit vieler Beschäftigten. Das sind schwierige Zeiten der Perspektivlosigkeit für diejenigen ohne Arbeitsplatz.

## V. Für jeden genug - Integration in den Arbeitsmarkt und Existenzsicherung

Auch in Zukunft wird unsere Gesellschaft dadurch geprägt sein, dass Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darstellt. In unserer Gesellschaft, wo Lebensunterhalt und Vorsorge, persönliche Entfaltung und soziale Integration durch Erwerbsarbeit gesichert wird, dürfen wir von einem Menschenrecht auf Arbeit sprechen. So lautet die fünfte These: Die Träger der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik sind also angesichts eines Arbeitsplatzdefizits von 5,8 Millionen Arbeitslosen dahin verpflichtet, größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, die dem Menschenrecht auf Arbeit Rechnung tragen.

Dies schließt Menschenrechte in der Arbeit - Mitbestimmungsregelungen und humane Arbeitsbedingungen - ein. Und die Entlohnung muss auch in Verbindung mit Steuern, Abgaben und Transferleistungen ein Leben ermöglichen, das diesen Namen verdient und den kulturellen Standards unseres Landes entspricht.

Was aber, wenn Arbeitslosigkeit unausweichlich geworden ist? Die Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Sozialämtern ist unabdingbar. Aber die materiellen Leistungen von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe dürfen nicht zu Gunsten der jeweils anderen ersetzt werden. Wer so einsparen will, verkennt die sehr unterschiedlichen Schutzfunktionen der Systeme. Die Zuständigkeit des Bundes für die Existenzsicherung bei Erwerbslosigkeit muss erhalten bleiben. Eine Verlagerung auf die kommunale Ebene würde die ohnehin belasteten Kommunen nicht nur überfordern, sondern auch die regionale Ungleichverteilung der Lebensverhält-

nisse in Deutschland verfestigen. Wir brauchen im übrigen eine Vereinfachung der Berechnungskriterien für das Arbeitslosengeld und eine Verstärkung der Beratung und Vermittlung. Prävention könnte dafür sorgen, dass Vermittlung früher greift und Arbeitslosigkeit vermieden wird. Zwangsmaßnahmen gegen Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit lehne ich ab. Keinem arbeitslosen Menschen dürfen in einer Phase, in der er ohnehin von Ausgrenzung betroffen ist, Pflichten auferlegt werden, die ohne erkennbaren Sinn sind. Aber Qualifizierungsangebote und Beschäftigungsgesellschaften helfen dazu, im Sinne des "lebenslangen Lernens" Berufschancen zu verbessern.

Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Mittel, die sein Existenzminimum sicherstellen, erst recht dann, wenn er nicht so kann, wie er will. Wo eingezahlte Beiträge nicht ausreichen, bietet die Sozialhilfe ein letztes Netz relativer sozialer Sicherung. Die Leistungshöhe der Sozialhilfe ist bereits heute so eng, dass weder von einer sozialen Hängematte noch von einer Verletzung des Lohnabstandgebotes gesprochen werden kann. Je mehr die Leistungsgewährung aller Sicherungssysteme und auch der Sozialhilfe vereinfacht wird, desto differenzierter muss die Ermittlung des sozialhilferechtlichen Bedarfs sein. Daher meine sechste These: Die Sozialhilfe muss in ihren Leistungen für jeden Hilfeberechtigten bedarfsdeckend und einzelfallorientiert sein. Die Sozialhilfe ist und bleibt ein Auffangnetz, um das soziokulturelle Existenzminimum für alle Menschen in unserem Land zu sichern - ganz im Sinne der grundgesetzlichen Überzeugung: "Wer wenig im Leben hat, muss viel im Recht haben" (Helmut Simon).

## VI. Balance von Arbeit und Ruhe - Plädoyer für einen neuen Lebensrhythmus

Es ist ein Fortschritt, dass in vielen Branchen ältere Arbeitnehmer in die Altersteilzeit und dann mit 60 in den Ruhestand gehen können, um die Beschäftigungsbrücke zwischen jung und alt zu erneuern. Wir brauchen keine Diskussion, dass Menschen verfrüht zum alten Eisen gehören. Sondern wir brauchen mehr Lebensqualität für die Älteren und mehr Beschäftigungschancen für die Jüngeren.

Aber die Flexibilisierung der Arbeitszeit wird derzeit zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf Kosten der Familien und des Privatlebens praktiziert. Die Betroffenen haben kein Mitspracherecht im Blick auf die Arbeitszeit.

Deshalb lautet meine siebte These: Was wir wieder brauchen, ist ein gemeinschaftlicher, gesellschaftlich anerkannter Lebensrhythmus. Deswegen sagen wir, ehe es zu spät ist: Kehrt um, verkauft den Sonntag nicht! Kehrt um, verkauft den Feierabend nicht!

Wir brauchen Zeit, dass wir als Menschen zueinander finden und Gemeinschaft nicht zu einem Zufallsprodukt verkommt. Es ist höchste Zeit, dass wieder Zeit kommt. Wir müssen widerstehen, wo die Allgegenwart, ja die Vergötzung von Konsum, Markt und Geldwerten uns zerbricht; wo die Herrschsucht der Ökonomie unser Leben kolonisiert; wo der "Tanz ums goldene Kalb" unsere Zeit aufzufressen droht - ganz nach dem Motto: "Euer Geld haben wir schon, jetzt wollen wir auch Eure Zeit".

Uns fallen die Industriebetriebe ein, die - so hören wir - ihre kapitalintensiven Maschinen nicht abschalten können; der internationale Wettbewerb fordere eben Opfer. Auch die Diskussion um eine Liberalisierung des Ladenschlusses rüttelt am Lebensrhythmus. Die Gewerkschaften, allen voran die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, kämpfen mit den Kirchen um den Erhalt des Sonntags und gegen die Allgegenwart von Sonntagsschichten und verkaufsoffenen Sonntagen. Arbeitsfreie Zeiten mußten ja schon immer mühsam erkämpft werden, wie wir aus den Kämpfen der Arbeiterschaft seit dem 19. Jahrhundert wissen.

Der Sonntag steht in einem ursprünglichen Zusammenhang mit dem Sabbat. Als Gott das Volk Israel aus Ägypten herausführte, gab er ihm am Berg Sinai die Zehn Gebote, die eine Anleitung zum Leben sein wollen. Im Buch Exodus, Kapitel 20, heißt es: "Gedenke des Sabbats: Halte ihn heilig: Sechs Tage darfst du schaffen und jede Arbeit tun. Der siebte Tag ist ein Ruhetag, dem Herrn, deinem Gott geweiht. An ihm darfst du keine Arbeit tun: du, dein Sohn und deine Tochter, dein Sklave, deine Sklavin, dein Vieh und der Fremde, der in deinen Stadtbereichen Wohnrecht hat. Denn in sechs Tagen hat der Herr Himmel, Erde und Meer gemacht und alles, was dazugehört; am siebenten Tag ruhte er. Darum hat der Herr den Sabbat gesegnet und ihn für heilig erklärt" (8-11).

Der Mensch soll wie der Schöpfer selbst von der Arbeit ausruhen, nicht nur sich erholen; sondern es soll ein Ruhetag "für den Herrn, deinen Gott" sein. Also ein Tag, der Gott gehört, an dem Schöpfer und Schöpfung sich wieder miteinander versöhnen. Das gilt für alle, lesen wir, auch für die Fremden, die bei uns leben. Eine Auszeit also, die der Herrschaft der Ökonomie entzogen ist, in der Menschen und Tiere ruhen dürfen.

Mit Blick auf die Schöpfungsgeschichte können wir noch einen Schritt weitergehen: In Gottes Arbeit selbst wird die Zeitstruktur verankert. Sie hat im gemeinsamen Ruhetag ihren Höhepunkt. Das heißt: Die Krone der Schöpfung ist der Ruhetag, nicht der Mensch mit seiner Arbeit und Leistung. Gott schafft diese Erde mitsamt ihrem humanen Lebensrhythmus. Die gemeinsame Arbeitsunterbrechung schafft die Voraussetzung dafür, dass eine Kultur des Zusammenlebens wachsen kann. Wir kennen es aus dem All-

tag: Zusammenleben kann nur gelingen, wenn wir Zeit und Ruhe füreinander und für uns selbst mitbringen.

## VII. Die Sonntagsruhe - Wider den Primat der Ökonomie

Deswegen lautet die achte These: Die Ruhe am Sabbat ist der gemeinschaftliche Widerspruch dagegen, dass Arbeitgeber über die Arbeitskraft und über die Zeit von Menschen und Tieren grenzenlos verfügen wollen. Im 5. Buch Mose, im Buch Deuteronomium, wird dieser Widerspruch gegen die Verfügungsgewalt von Menschen über Menschen noch zugespitzt. Dort heißt es als Begründung des Sabbatgebotes: "Denn du sollst daran denken, dass auch du Knecht in Ägyptenland warst und der Herr dein Gott dich von dort herausgeführt hat mit mächtiger Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat dir der Herr, dein Gott, geboten, dass du den Sabbat halten sollst" (Dtn 5, 12-15).

Auf die Sklaverei, die Israel hinter sich hat, soll keine neue Abhängigkeit folgen. Es ist also gute biblische Tradition, wenn wir dagegen ankämpfen, dass andere Menschen totale Verfügungsgewalt über unsere Zeit haben. Das heißt: Wir gehören nicht der Arbeit und dem Arbeitgeber und sind nicht frei verfügbares Gut, sondern gehören Gott, dem Befreier aus Gefangenschaft. Kein Wunder, dass schon damals der Sabbat störte, weil er die Chancen der Ausbeutung verringerte. Der Prophet Amos erhebt seine Stimme gegen den Wucher der Reichen, die er reden hört: "Wann sind endlich die Feiertage zu Ende? Wir wollen Getreide verkaufen. Wann ist der Sabbat um, dass wir um Korn feilschen, das Maß verringern, den Preis treiben und die Waage fälschen. Wir wollen den Armen aufkaufen um Geld und den Schwachen um ein Paar Schuhe" (Amos 8,4-6).

Die Debatte um die Freigabe des Ladenschlusses und die Sonntagsarbeit ist eine weitere Stufe auf dem Weg zu einem völlig entfesselten Welthandel. Traditionen, Werte und soziale Errungenschaften werden für ein Linsengericht verkauft. Aber uns ist bewußt: Gesellschaften ohne sozialen Zusammenhalt zerbrechen, Gemeinschaften ohne gemeinsamen Lebensrhythmus können nicht überleben. Was geopfert wird, sind Menschen mit ihrer Lebenszeit, mit ihrer Zeit für Freundschaften, Familie und soziale Kontakte, mit ihrer Freizeit für die Schönheit des Lebens. Was hier verlorengelassen, das alles ist ungleich mehr wert als Wettbewerbsvorteile und Konsumsteigerung. Übrigens, brauchen Sie ein Ajax-Servicetelefon am Sonntag oder eine Hotline für Outdoor-Jackets?

Die Zeit ist das, was geopfert wird. Sie wird verkauft. Schon lange ist sie nicht mehr das, was sie einmal war: das Maß für den Wechsel von Tag und Nacht, teures Gut als Lebenszeit, Spielraum für menschliches und soziales Leben. Die wirtschaftlichen Verheißungen sind trügerisch: Vertane, verkaufte Zeit kann uns niemand zurückgeben. Durch fehlende

Ruhezeit und hektischen Lebensrhythmus werden zunehmend viele Menschen krank, durch Zeitdruck zerbrechen Beziehungen, durch Zeitmangel wird das soziale Band in Gruppen, Vereinen, Parteien, Kommunen und Kirchen erschwert. Arbeitsstreß, Konsumtempel, Geldspekulation und Keine-Zeit-Haben sind zum Religionsersatz geworden. Im Angesicht dieser Verrücktheit träumen einige vom besseren Morgen. Und niemand hat mehr Zeit nachzudenken: Warum dieser Irrsinn, diese sinnentleerte Lebenszeit?

Unsere Gesellschaft braucht nicht nur einen gemeinschaftlichen Wertehorizont, sondern mehr Menschlichkeit, dass wir endlich begreifen: Glück kann man sich nicht kaufen. Deswegen: gib deiner Seele einen Sonntag und dem Sonntag eine Seele. Unsere Generation kann der alten Frage Jesu nicht ausweichen: "Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt der Äußerlichkeiten und Käuflichkeiten gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?" (Mt 16,26). Wir werden in unserer Generation keinen Frieden finden, wenn wir nicht wieder lernen, dass "niemand davon lebt, dass er viele Güter hat".

### VIII. Öffentliche Einmischung - Wider die Entpolitisierung

Daher lautet die neunte These: Wir brauchen die öffentliche Einmischung der Bürgerinnen und Bürger. Eine Gesellschaft, die nicht immer wieder neu aufbricht und ihre Demokratie mitgestaltet, wird zerbrechen. Oder es geschieht, was viele als unaufhaltsame Realität befürchten: dass die Ökonomie die Demokratie frisst.

In der Tat: Die Entpolitisierung der Öffentlichkeit ist weit vorangeschritten. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Schamlos heißt es heute: "Notopfer Standort", als sei es Gnade der Unternehmen, bei ihnen am festen Ort Arbeit finden zu dürfen. Die Demontage des Sozialstaats wird als politisch moderne Großtat gefeiert. Die Politik hat begonnen, sich aus der sozialen Zivilisierung des Kapitalismus zu verabschieden. Politik wird zum Schauspiel der Ohnmacht, wo der Nationalstaat ausgehebelt wird. Am Schluß tragen dann die ausländische Konkurrenz und der Weltmarkt Schuld an allem.

Wir brauchen Menschen, die aus der Zuschauerdemokratie heraustreten, die nicht nur alle vier Jahre ihre Stimme abgeben, sondern sich engagiert erheben und sich nicht mit dem Zerfall sozialer Gerechtigkeit abfinden, die sich einmischen und Verantwortung übernehmen für sozialpolitisches Handeln und den Erhalt demokratischer Politik in unserem Kontinent. Die in den Betrieben eintreten für gerechten Lohn und eine menschenwürdige Zeitstruktur. Die in der Politik dafür Sorge tragen, dass der demokratische Sozialstaat die Wirtschaft zivilisiert. Die in Arbeitsloseninitiativen neue Erwerbschancen für Langzeitarbeitslose entdecken. Die in der Sozialarbeit nicht aufhören, die Stim-

me der Stummen zu sein. Die in sozialen und ökologischen Bündnissen Menschen und Gruppen zusammenführen und in Solidarität einüben, anstatt sie wirtschaftlich zu spalten.

Der Ökumenische Rat der Kirchen will seit 1948 mit der Kraft des christlichen Bekenntnisses dort widerstehen, wo Menschenwürde verletzt oder zerstört wird. Er will immer dort Bündnispartner sein, wo Menschen sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Seine Botschaft von Amsterdam 1948 sagte es so: "Wir wollen Gott bitten, dass er uns miteinander lehre, ein echtes Nein und ein echtes Ja zu sprechen. Ein Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist, zu jedem System, zu jedem Programm, zu jedem Menschen, die einen Menschenbruder behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf, sondern ein Stück Ware, das man ausnutzen kann ... Ein Ja zu allem, was mit der Liebe Christi zusammenstimmt, zu allen Menschen, die das Recht aufrichten, ... die - selbst ohne es zu wissen - sich ausstrecken nach einem neuen Himmel und einer neuen Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt." Deswegen lautet die zehnte These: Wir brauchen internationale Verhaltensnormen und Standards zum Wohle der ganzen Menschheit und der globalen Umwelt. Der jeweilige Blick von unten hilft uns und führt in der Nachfolge Jesu in den Widerstand immer dort, wo Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit verletzt werden.

Man kann in dieser Welt, wie sie ist, nur weiterleben, wenn man zutiefst glaubt, dass sie nicht so bleibt, wie sie ist, sondern werden wird, wie sie sein soll. Diese Hoffnung wird auch Wiesbaden und Hessen verändern - wo, wenn nicht hier? Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir?

Ich schließe mit einem Osterlied des Schweizer Schriftstellers Kurt Marti:

Das könnte den Herren der Welt ja so passen,  
wenn erst nach dem Tode Gerechtigkeit käme,  
erst dann die Herrschaft der Herren,  
erst dann die Knechtschaft der Knechte  
vergessen wäre für immer, vergessen wäre für immer..

Das könnte den Herren der Welt ja so passen,  
wenn hier auf der Erde stets alles so bliebe,  
wenn hier die Herrschaft der Herren,  
wenn hier die Knechtschaft der Knechte  
so weiterginge wie immer, so weiterginge wie immer

Doch ist der Befreier vom Tod auferstanden,  
ist schon auferstanden und ruft uns jetzt alle  
zur Auferstehung auf Erden,  
zum Aufstand gegen die Herren,  
die mit dem Tod uns regieren, die mit dem Tod uns regieren.

PROF. DR. HANS-JÜRGEN KRUPP

## **Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion "Soziale Marktwirtschaft - Konzept für die Zukunft?"**

### **Einleitender Überblick**

Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Ihre Weiterentwicklung ist notwendig. Dringlich ist insbesondere mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und bei den sozialen Diensten.

Jede Marktwirtschaft hat Feinde, erst recht die soziale Marktwirtschaft. Die Initiative für eine neue sozialen Marktwirtschaft wird von Arbeitgeberverbänden getragen. In der Diskussion spielen falsche Argumente eine wesentlich Rolle. Richtig ist: Der Anteil der Sozialausgaben am BIP ist seit 1975 im wesentlichen unverändert. Sozialstaatsreformen ohne Systemveränderung sind möglich und nötig. Auch aktuelle Exporterfolge zeigen, dass Deutschland international wettbewerbsfähig ist. Die aktuelle Stagnation ist makroökonomisch bedingt.

Aus den USA kommende Managementmoden geraten allerdings in Konflikt mit der sozialen Marktwirtschaft. Verhängnisvoll sind insbesondere Jugendwahn und Kurzfristen. Dieses zeigt sich u.a. bei Personalplanung und Unternehmensfinanzierung. Globalisierte Finanzmärkte brauchen eine internationale Wirtschaftsordnung. Die amerikanische Art des Wirtschaftens ist auf Dauer nicht der sozialen Marktwirtschaft überlegen.

### **Erfolgreiche Wirtschaftsordnung**

Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Sie hat viele Jahrzehnte guten Wirtschaftswachstums ermöglicht. Sie hat in Deutschland die immensen wirtschaftlichen Verwerfungen, die mit der deutschen Einheit verbunden waren, sozial aushaltbar gemacht.

### **Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung**

Eine Wirtschaftsordnung muss allerdings immer wieder neu weiter entwickelt werden. Dies ist auch in der Vergangenheit geschehen. Entgegen weit verbreiteten Vorurteilen sind dabei in der Regel die Marktkräfte gestärkt worden. Oft geschah dies allerdings auf Druck von Brüssel. Es sei an die Liberalisierung der Banken, der Telekommunikation und in bescheidenen Ansätzen auf den Agrar- und Energiemärkten erinnert. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Die Kammer der EKD für soziale Ordnung hat im letzten Jahr zwei Papiere vorgelegt, die mehr Wettbewerb in zwei ausgesprochenen Wachstumsfeldern fordern und in de-

nen die Entwicklungschancen durch staatliche Planwirtschaft und Kartelle behindert werden. Die Stellungnahme des Rates der EKD "Solidarität und Wettbewerb" befasst sich mit dem Gesundheitswesen, die Studie der Sozialkammer "Soziale Dienste als Chance" mit dem weiten Feld der Dienstleistungen für den Menschen.

### **Die Feinde der Marktwirtschaft**

Jede Marktwirtschaft hat Feinde. Sie muss immer gegen den Versuch verteidigt werden, den Wettbewerb zu beseitigen. Dieses Problem ist mit dem modischen Wahn, ein Unternehmen könne nur überleben, wenn es das Größte ist, sehr aktuell. Eine soziale Marktwirtschaft ist zusätzlicher Kritik ausgesetzt, weil sie dem Gewinnstreben soziale Grenzen setzt.

Heute wird mit viel Werbeaufwand von der neuen sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Sicher ist richtig, dass man die soziale Marktwirtschaft den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpassen muss. Die hier vorgetragenen Rezepte beschränken sich aber im wesentlichen auf Kostensenkungen und Abbau sozialen Schutzes. Dies ist nicht überraschend. Ein Blick in die Webseite der Initiative neue soziale Marktwirtschaft schafft Klarheit. Sie wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und der Elektroindustrie getragen. Hier geht es nicht um eine neue soziale Marktwirtschaft, sondern um eine soziale Marktwirtschaft light.

### **Falsche Argumente: Die "Ausuferung" des Sozialstaats**

Der Eindruck ein alles überwuchernder Sozialstaat habe einen immer größeren Anteil des Sozialprodukts in Anspruch genommen, ist empirisch gesehen Unsinn. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt ist seit 1975 mehr oder weniger konstant, es gibt lediglich einen Sprung durch die deutsche Einheit, der auf die falsche Finanzierung derselben verweist. Auch die deutsche Steuerquote ist gute Mittellage. Diese Fakten werden nicht zur Kenntnis genommen.

Viele der Länder, die als leuchtendes Beispiel dargestellt werden, haben zwar ihre Sozialleistungsquoten deutlich reduziert, liegen aber absolut immer noch über den deutschen.

Richtig ist allerdings, dass die Sozialbeiträge in den letzten Jahrzehnten gestiegen sind. Dies hatte mehrere Gründe. Freisetzungen, insbesondere älterer Arbeitnehmer erfolgte zu Lasten der Sozialkassen und schlugen sich in höheren Beiträgen nieder. Denselben Effekt hatte die Reduzierung der Sozialstaatsverpflichtung durch Lockerung der Versicherungspflicht, z.B. im Gesundheitssystem. Der Sozialstaat behielt die schlechten Risiken, die Kinderreichen und die Alten, die Besserverdienenden verabschiedeten sich. Dies alles sind keine Probleme, die auf die Expansion des

Sozialstaats zurückgehen, sondern auf seinen Abbau und Missbrauch.

### **Sozialstaatsreformen ohne Systemveränderung**

Die heutige Diskussion ist für den Reformen, der den Sozialstaat an die jeweils neuere Entwicklung anpassen will, schwierig. In der Vergangenheit ist dies ja durchaus gelungen, man denke an die im Parteienkonsens erfolgte Rentenreform 1992, die erfolgreich den größten Teil der demographischen Probleme der Zukunft löste. Albrecht Müller hat zu Recht vor einigen Wochen von einem kollektiven Wahn gesprochen, der die Deutschen überfallen habe. Extrempositionen, die noch vor einigen Jahren als unsozial und unrealistisch betrachtet worden wären, erfahren eine Aufmerksamkeit, die ihnen nicht zukommt. Behutsame Reformvorschläge werden nicht weiter verfolgt. Systemveränderung wird zum Wert in sich, das soziale Umfeld, in dem Reformen stattfinden sollen, nicht wirklich zur Kenntnis genommen. Damit verbunden ist ein bedauerlicher Mangel an empirischer Fundierung. Offensichtlich kann man zur Zeit alles behaupten, ohne fürchten zu müssen, den Nachweis zu erbringen.

### **Falsche Argumente: Der internationale Wettbewerb**

Zu den Standardargumenten gehört, dass der internationale Wettbewerb diese Entlastung erfordere. Die Fragwürdigkeit dieses Arguments zeigt sich an den Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft. Im übrigen spielen hier außerhalb des Europas der Währungsunion die Wechselkurse eine entscheidende Rolle, was gerade zur Zeit wieder einmal die Entwicklung des US-Dollars zeigt.

### **Falsche Argumente: Der Missbrauch der aktuellen Stagnation**

Oft wird die aktuelle schwierige Situation Deutschlands als Grund für tiefgreifende Reformen angeführt. Dies ist nicht richtig. Nach 1998 war es zu deutlichen Verbesserungen der Entwicklung gekommen. Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hat sicher auch strukturelle Gründe. Im Kein geht es aber aktuell um Makroökonomie. Wenn inzwischen selbst die immer auf Stabilität bedachten internationalen Organisationen wie OECD, IWF und Europäische Union die Deutschen mahnen, die automatischen Stabilisatoren zu nutzen, sollte dies zu denken geben.

Dies kann man sehr schön am Beispiel der Bundesanstalt für Arbeit verdeutlichen. Nur ein Bundeszuschuss, der im Zweifel durch Kredite zu finanzieren ist, erlaubt eine Stabilisierung bei zunehmender Arbeitslosigkeit. Wenn man jetzt feststellt, dass man das Ziel eines Bundeszuschusses von Null doch nicht erreicht, zeigt sich das ganze Dilemma einer derartigen Politik. Die Ankündigung immer neuer Kürzungen verunsichert alle Beteiligten, Nachfrage fällt aus, weitere Arbeitslosigkeit entsteht.

Makroökonomisch könnte vielleicht die Geldpolitik etwas expansiver sein. Sie hat es aber mit Ländern unterschiedlicher Entwicklung zu tun und kann sich nicht an der deutschen Situation orientieren. In der Pflicht ist nun die Finanzpolitik. Die Grenzen des Stabilitätspakts mögen ja ausreichend sein, wenn man von einer Staatsverschuldung im Mittel von Null herkommt. Dies würde im Aufschwung ja sogar einen Überschuss bedeuten. Davon kann aber gar keine Rede sein, insofern wird man darüber diskutieren müssen, wie man mit dem Stabilitätspakt umgeht. Das, was jetzt passiert, gefährdet letztlich unsere wirtschaftliche Entwicklung und bringt uns eine Diskussion um unsere Wirtschaftsordnung ein, die so nicht berechtigt ist.

### **Managementmoden und soziale Marktwirtschaft**

Wenn man heute die soziale Marktwirtschaft in Frage stellt, muss geklärt werden, aus welchen Gründen dies geschieht. Geht es um wirtschaftliche Entwicklungen, die sich mit dem Instrumentarium der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr steuern lassen, oder geht es um Managementmoden, deren Überlegenheit keineswegs sicher ist. Richtig ist, dass bestimmte Managementmoden, die aus dem angelsächsischen Raum und seinen Ordnungsvorstellungen zu uns gekommen sind, eher schwierig mit dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft vereinbar sind. Nicht übersehen sollte man, dass einige der aktuellen Moden mit dem Zusammenbruch der sogenannten "neuen" Ökonomie ihre Bewährungsprobe nicht bestanden haben.

### **Managementmoden: der Jugendwahn**

Zu den herausragenden Fehlentwicklungen unserer Zeit zählt der Jugendwahn in weiten Teilen der Wirtschaft, der Menschen ab 50 in die Arbeitslosigkeit drängt. Ist es eigentlich wirklich richtig, dass eine Volkswirtschaft es sich leisten kann, auf das Erfahrungspotential von Menschen in ihrem besten Alter einfach zu verzichten? Jedenfalls sollte es nicht die Aufgabe des Sozialstaats sein, die Kosten solchen Fehlverhaltens zu tragen. Denn ökonomisch ist dieser Jugendwahn nicht begründbar. Und man wird ihm auch nicht mit Änderung des Kündigungsschutzes beikommen.

### **Managementmoden: Kurzfristdenken**

Die Kunst des Unternehmers durch eine kluge langfristig angelegte Investitionsplanung die Erträge über einen längeren Zeitraum zu optimieren, gerät in Vergessenheit. Kurzfristdenken ist angesagt. Nicht die langfristige Planung sondern die kurzfristige Gewinnmaximierung steht im Vordergrund, weil man sich inzwischen einen von institutionellen Anlagen bestimmten Aktienmarkt geschaffen hat, in dem die Wirtschaft von Analystenmeldung zu Analystenmeldung hechelt.

## **Kurzfristdenken und Personalplanung**

Personalplanung hat in solch einem Konzept keinen Raum. Insofern stört sie. Deswegen stört auch der Kündigungsschutz. Auf den Aktienmärkten kann man immer noch am einfachsten durch die Ankündigung von Massenentlassungen den Aktienkurs steigern. Erfahrungen spielen dabei keine Rolle. Die christlich-liberale Koalition hat schon einmal eine Reduktion des Kündigungsschutzes vorgenommen, die dann von der rot-grünen Koalition zurück genommen wurde. Insofern gäbe es die Möglichkeit, den Misserfolg der damaligen Reduzierung des Kündigungsschutzes zu berücksichtigen. Übrigens wird auch die Tatsache, dass unser Arbeitsmarkt immer noch über eine erhebliche Flexibilität verfügt, dass die Zahl der Zu- und Abgänge in Arbeitslosigkeit immer noch deutlich höher als der Bestand der Arbeitslosen ist, nicht zur Kenntnis genommen.

## **Kurzfristdenken und Unternehmensfinanzierung**

Das Kurzfristdenken spielt übrigens auch bei der Unternehmensfinanzierung eine Rolle. Ein Beispiel hierfür ist der Streit zwischen Amerikanern und Kontinentaleuropäern über die Frage, ob langfristige Kredite ein höheres oder ein niedrigeres Risiko darstellen. Auch die Diskussion um Basel 11 ist an dieser Stelle zu erwähnen. Es war doch nicht ernsthaft strittig, dass höhere Risiken mit höherem Eigenkapital zu unterlegen sind. Der Streit ging darum, wie man Risiken einzuschätzen hat und wie man sie ermittelt. Es mag ja sein, dass es an dieser Stelle eine gewisse Verbesserung gegeben hat, aber auch in dieser Frage prallten angloamerikanisches und kontinental-europäisches Denken aufeinander.

## **Globalisierte Finanzmärkte brauchen eine internationale Wirtschaftsordnung**

Im Hintergrund steht auch die Frage, welchen Einfluss den Finanzmärkten auf die nationale Entwicklung zukommen soll. Diese Frage ließe sich einfacher beantworten, wenn die Erfolgsbilanz der Finanzmärkte besser wäre. Ohne Zweifel hat der internationale Handel trotz europäischem und amerikanischem Protektionismus Dinge in der Welt voran gebracht, wenn auch durchaus in den verschiedenen Regionen der Welt in unterschiedlichem Maße.

Auch die Finanzmärkte haben wohl dazu einen Beitrag geleistet. Zugleich haben sie völlig unnötigerweise Krisen verursacht, die man nicht den betroffenen Ländern in die Schuhe schieben kann, wie dies häufig versucht wird. Ein Beispiel hierfür ist die Asienkrise, deren Ausmaß und Verbreitung kleiner gewesen wäre, wenn die Finanzmärkte national wie international besser organisiert gewesen wären. Auch hier ist die Diskussion übrigens seltsam erstarrt.

Auf der einen Seite stehen die Verfechter einer Tobin-Steuer, die nur helfen könnte, wenn auch die Briten und die Amerikaner sie einführen, auf der anderen Seite die Verfechter unregulierter Märkte, auf denen alles erlaubt ist. Notwendig ist aber die Einführung einer international vereinbarten Wirtschaftsordnung.

## **Die amerikanische Art des Wirtschaftens ist auf Dauer nicht überlegen.**

Wenn man die soziale Marktwirtschaft einer Marktwirtschaft nach amerikanischem Muster gegenüber stellt, kommt man um die Einschätzung des Erfolges der amerikanischen Wirtschaft nicht herum. Hinter uns liegt eine Phase, die als sehr erfolgreich galt, auch wenn ein Teil dieses Erfolges auf Überhitzungserscheinungen und Blasen beruhte, die inzwischen geplatzt sind. Betrachtet man aber längere Zeiträume, ist der Erfolg des amerikanischen Wirtschaftssystems gar nicht so überzeugend, wie das manchem erscheint. Bis in die Mitte der 80iger Jahre war das amerikanische Wachstum sehr verhalten, die Probleme vielfältig. Die Mehrzahl der Beobachter hielt damals das kontinentaleuropäische für überzeugender. Die 90iger Jahre waren durch eine vernünftige Makropolitik und technologische Innovationen gekennzeichnet. Hier spielte sicher auch eine Rolle, dass die Geldpolitik in den USA Mitverantwortung für Wachstum trug. Wie es nun weiter geht, ist schwer zu sagen. Der Krieg macht ohnehin jede Prognose schwierig. Unter Umständen wird er dafür herhalten müssen, zu begründen, warum die amerikanische Entwicklung nicht so erfreulich verläuft, wie wir dies in den 90iger Jahren gewohnt waren. Insofern wird erst einmal offen bleiben, ob das amerikanische Wachstum der 90er Jahre wirklich durchhaltbar wäre.

Dazu kommt der soziale Zustand in den USA. Überfüllte Gefängnisse, eine ausufernde Armutsbevölkerung, das Fehlen ausreichender Gesundheitsversorgung für einen erheblichen Teil der Bevölkerung seien hier genannt. Damit einher geht eine gravierende Zunahme der Ungleichheit zwischen arm und reich, die Entwicklung auf den Aktienmärkten hat die Alterssicherung vieler Amerikaner in ihren Grundfesten erschüttert.

Es ist wissenschaftlich umstritten, ob diese Fehlentwicklungen Voraussetzungen für das höhere Wachstum in den USA der 90er Jahre waren. Aber selbst wenn das so wäre, stellt sich die Frage, ob man diesen Preis zahlen soll. Mehr spricht aber für die These, dass eine soziale Marktwirtschaft sowohl politisch wie ökonomisch jenes Klima bereitet, in dem ausreichendes Wachstum und sozialer Friede gedeiht.

Peter Wahl

## Eine andere Globalisierung ist möglich

Kein Begriff hat die Diskussion um die gesellschaftliche Entwicklung im zurückliegenden Jahrzehnt so dominiert wie der der Globalisierung. Zu den Trabanten im Gravitationsfeld dieser Supernova am Diskurshimmel gehören Standort, Markt, Global Player, Privatisierung, Eigenverantwortung, New economy u.a. Wie immer bei solchen diskursbestimmenden Großbegriffen, gehen Ideologie und Wirklichkeit eine unübersichtliche Gemengelage ein.

Das prominenteste Leitmotiv des herrschenden Globalisierungsdiskurses ist das Versprechen auf eine schöne neue Welt, die Wohlergehen für alle bringen soll. Die Politiker fast aller Couleur, die WTO, der IWF und die „Fünf Weisen“ reden von den „Chancen der Globalisierung“, die es zu ergreifen gelte. Und den Vorschein dessen, was uns dann erwartet, können wir in der Welt der Werbung und zahlreichen Produkten der Kulturindustrie besichtigen. Mobil, clever, kosmopolitisch, jung, schön, reich und multikulturell sind sie, die Gewinner der Globalisierung. Mit Internet, Handy und Laptop sind sie überall und jederzeit global vernetzt. Der alte Menschheitstraum des „Alle Menschen werden Brüder“ scheint verwirklicht, „come together“ wie es in der Zigarettenreklame heißt.

### Unerfüllte Versprechungen

Tatsache ist aber, daß diese Globalisierung ihre Versprechen keineswegs gehalten hat. Die ökonomische und technologische Integration verläuft in hohem Maße ungleichmäßig. Die Internationalisierung erstreckt sich vor allem auf die drei großen Wirtschaftsblöcke EU, Nordamerika und Südostasien (mit Japan als Zentrum), die sog. Triade. Mit einbezogen sind noch die Eliten der Entwicklungsländer. Abgekoppelt von diesen Prozessen - aber nichtsdestoweniger von den ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen betroffen - ist die große Masse der Menschen im Süden - und damit drei Viertel der Menschheit. Denn: „Globalisierung und weltweite Ungleichheit hängen zusammen.“<sup>1</sup> Zu diesem Ergebnis kommen nicht etwa nur notorische Linke, sondern inzwischen auch die Weltbank. In zwei jüngeren Studien wird festgestellt, daß die Schere zwischen Arm und Reich, sich immer weiter öffnet. Der Statistiken des UN-Entwicklungsprogramms, UNDP und der Weltbank bestätigen diesen Befund: während die Einkommensschere zwischen armen und reichen Ländern für 1960 bei einem Verhältnis 1:30 lag, betrug der Abstand 1990 1:60, d.h. er hat sich in diesem Zeitraum glatt verdoppelt. Von 1990 bis 1997, als die Globalisierung sich beschleunigte, stieg er noch einmal von 1:60 auf 1:74.2 Die soziale Pola-

risierung wächst, die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Eine andere Weltbank-Studie weist nach, „daß der Wechsel zu einem offeneren Außenhandelsregime das Einkommen der 40 Prozent ärmsten Bevölkerungsmitglieder drückt ... Die Kosten des Anpassungsprozesses werden demnach von den Armen getragen, und zwar unabhängig davon, wie lange der Prozeß dauert.“<sup>3</sup>

Die reichsten 200 Personen der Welt haben dagegen ihr Nettovermögen zwischen 1994 und 1998 auf mehr als eine Billion Dollar verdoppelt, und das der drei reichsten Milliardäre übersteigt das zusammengerechnete Bruttosozialprodukt der Gruppe der ärmsten Länder, in denen 600 Mio. Menschen leben. Wenn dann, wie 1998 in Südostasien, die Liberalisierung der Finanzmärkte zum Crash führt, sind es „die Arbeiter die [die] Kosten – in Form von hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen zu tragen hatten. Von den Arbeitern wurde verlangt, auf den Sermon von der ‚Opferbereitschaft‘ zu hören, nachdem kurz vorher die gleichen Prediger verkündet hatten, daß Globalisierung und die Öffnung der Kapitalmärkte ihnen nie dagewesenes Wachstum bescherten würden.“ So das Urteil von Joseph Stiglitz, bis Ende 1999 Chefökonom der Weltbank. Ökonomisch besonders verwundbare Gruppen, wie Kinder, alte Menschen und Frauen, trifft es dabei am härtesten.

Auch in den Industrieländern hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Denn auch dort, wo die physische Existenz nicht unmittelbar bedroht ist, bedeutet Armut eine beträchtliche Minderung an individuellen Lebens- und Verwirklichungschancen. Sie geht mit einem zunehmenden Ausschluß von sozialen Diensten, wie Gesundheit, Bildung, Kultur und Alterssicherung einher. Sie erschwert oder macht die Teilhabe am öffentlichen Leben unmöglich und ist damit auch eine Einschränkung demokratischer Rechte. Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse nimmt zu, der Anteil der sozialversicherten Normalarbeitsverhältnisse ist in der Bundesrepublik inzwischen unter 50% gesunken, der Rest sind sogenannte „McJobs“. Bildungs- und Sozialsysteme geraten immer mehr unter den Druck des Standortwettbewerbs. Anpassung an niedrigere Standards ist die Folge. Gleichzeitig schreitet der ökologische Verfall des Planeten ungebremst voran.

### Ein Umbruch von historischer Tragweite

Die Globalisierung ist ein Umbruchprozess von historischer Tragweite, der alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst und in die Lebenswelt jedes einzelnen eingreift. Sie erfordert in ihrer dominierenden, neoliberalen Variante enorme Anpassungsleistungen der Individuen. Sie ist ein mehrdimensionaler Prozess, dessen Kern die Integration liberalisierter und deregulierter Finanzmärkte ist. Deren Dynamik hat einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung der gesamten Gesellschaft gewonnen. Parallel und wechsel-

wirkend dazu findet eine Internationalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie der Wertschöpfungskette statt.

Die ökonomische Globalisierung entfaltet sich in permanenter Wechselwirkung mit technologischer Innovation - vor allem Kommunikation und Digitalisierung, was zu einer enormen Beschleunigung auf allen Gebieten führt.

Die Globalisierung hat schließlich eine bedeutende kulturelle Dimension. Sie bringt neue Leitbilder, Normen, Lebensweisen und Wertorientierungen hervor und setzt bestehende unter starken Anpassungsdruck. Die kulturelle Vielfalt wird durch die asymmetrische, durch überlegene ökonomische Potenz des Nordens im Bereich Kommunikation und audiovisuelle Dienstleistungen zurückgedrängt.

### Sachzwang Globalisierung?

Diese Art von Globalisierung wird als alternativloser Sachzwang dargestellt. Das TINA-Prinzip (Tina = There Is No Alternative), das bereits Margret Thatcher gepredigt hatte, ist eine tragende Säule des Globalisierungsdiskurses. Geradezu als Naturgewalt wird der sich immer stärker beschleunigende Prozeß der ökonomischen Internationalisierung und technologischen Innovation dargestellt. Demgegenüber wird der Gedanke an Alternativen natürlich per se absurd. Daher gäbe es, wie Gerhard Schröder äußerte, auch keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch eine richtige oder falsche. Dementsprechend drängen fast alle politischen Parteien an ein und dieselbe Stelle: die neue Mitte. Egal was man wählt, am Schluß kommt, von Nuancen abgesehen, stets die gleiche Regierungspolitik heraus. Von dieser Auflösung des Politischen sagt Habermas: „Die lähmende Aussicht, daß sich die nationale Politik in Zukunft auf das mehr oder weniger intelligente Management einer erzwungenen Anpassung an Imperative der ‚Standortsicherung‘ reduziert, entzieht den politischen Auseinandersetzungen den letzten Rest an Substanz.“<sup>4</sup> So verstandene Globalisierung wäre dann das Ende von Demokratie. Denn Sachzwang und Alternativlosigkeit stehen konträr zu Demokratie. Entscheidungsfreiheit, die Wahl zwischen Alternativen sind ein konstitutives Moment von Demokratie.

Tatsächlich aber gab es und gibt es Alternativen. Dass diese sich bisher nicht durchsetzen, liegt nicht daran, daß sie sachlich nicht tragfähig wären. Vielmehr sind die Kräfte und Interessen, die sich hinter der Fahne des Neoliberalismus sammeln, bisher politisch stärker und durchsetzungsfähiger. Globalisierung ist also kein gesellschaftspolitisch neutraler, objektiver oder gleichsam naturhafter Prozess. Sie steht unter einem bestimmten Leitbild, dem Neoliberalismus, hinter dem wiederum ökonomische Denkrichtungen (Neoklassik, Monetarismus) stehen.

Dem grundlegenden Dogma des Neoliberalismus zufolge

ist der Markt das beste Regulativ gesellschaftlicher Entwicklung. Zugleich wird den privaten Unernehmen eine prinzipielle Überlegenheit über politische/staatliche Akteure zugeschrieben (liberaler Antietatismus). Die Globalisierung ist zwar nicht für alle Übel in der Welt verantwortlich, in ihrer neoliberalen Variante hat sie aber bestehende Probleme verschärft, zahlreiche neue geschaffen und viele Verlierer und wenige Gewinner hervorgebracht.

### Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat

Auch wenn die Behauptung eines Sachzwangs im Sinne von historischer Alternativlosigkeit hochgradig ideologisch ist, so bedeutet dies nicht, daß von den bestehenden ökonomischen Strukturen keine Zwänge ausgehen könnten. Für die Entwicklungsländer waren Realitäten des Weltmarkts, wie der Verfall der terms of trade, die Verschuldung, die Asymmetrien im Zugang zu Technologien etc. ohnehin schon eine ökonomische Zwangsjacke lange bevor von Globalisierung die Rede war. Ihre Souveränität war schon immer begrenzt. Die ökonomische Internationalisierung bleibt allerdings auch nicht ohne Folgen für das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Industrieländern. Insofern kann der Globalisierungsdiskurs nicht auf pure Ideologie reduziert werden. Ideologien sind nur dann erfolgreich, wenn sie auch Momente von Realität treffen.

Eine dieser Realitäten ist, daß sich die ökonomische Rolle des Staats wandelt. Hatte der Staat neben seinen klassischen Funktionen – Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit – nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>5</sup> regulierend in die Wirtschaft eingegriffen und über Umverteilungsprozesse von oben nach unten sowie die Etablierung sozialer Sicherungssysteme den Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts bis zu einem gewissen Maße gezähmt und zivilisiert, so erleben wir im Zuge der Globalisierung die gegenläufige Tendenz. Durch Liberalisierung und Deregulierung wird der Markt zunehmend zum dominierenden Regulativ nicht nur der Ökonomie, sondern zunehmend aller Lebensbereiche. Und hier kommt ein weiteres Leitmotiv des Globalisierungsdiskurses ins Spiel: der neoliberale Antietatismus. Der Staat, der als schwerfällig, bürokratisch, bürgerfern etc. dargestellt wird, soll im Namen der Freiheit „verschlannt“ werden. Nun besteht sicher kein Grund, den Staat zu idealisieren und entsprechenden Reformbedarf zu bestreiten. Aber den Globalisierungsideologen geht es tatsächlich nur um die unternehmerische Freiheit. Der Staat soll sich vor allem aus Verteilungsfragen heraushalten. Die staatlichen Sozialsysteme werden unter dem Etikett „Reform“ (Rentenreform, Gesundheitsreform etc.) zurückgestutzt – in Großbritannien und den USA sind sie schon weitgehend liquidiert - und für die Privatisierung freigegeben. An ihre Stelle soll mehr „Eigenverantwortung“ treten, wie es in neoliberalen Neusprech

heißt, im Klartext Individualisierung, Entsolidarisierung und Ellbogengesellschaft. Die Resultate in Form verstärkter sozialer Polarisierung und Exklusion sind bereits zu besichtigen, begleitet von politischen Phänomenen wie Anstieg von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Das neoliberale Freiheitsideal endet im Gegenteil von Freiheit.

Mit dem Argument, das Land „fit für den Weltmarkt“ zu machen, übernimmt der Staat allerdings eine durchaus aktive Rolle im Standortwettbewerb zwischen den Volkswirtschaften der Industrieländer, indem er den Marktkräften freie Bahn schafft. Er wandelt sich vom Sozial- und Umverteilungsstaat zum Wettbewerbsstaat. Das ist auch der gesellschaftspolitische Kern von Agenda 2010. Insofern ist auch das häufig zu hörende Argument vom Bedeutungsverlust des Nationalstaates ideologisch, denn der Staat ist nicht Objekt oder gar Opfer der Globalisierung, sondern deren aktiver Wegbereiter.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß in dem Maße, wie die „unsichtbare Hand“ des Weltmarktes immer stärker wird, Regulierungsversuche auf nationalstaatlicher Ebene zu kurz greifen. Wie bei Goethes Zauberlehrling, ist es jetzt nicht mehr so einfach, den Geist, den man aus der Flasche ließ, wieder unter Kontrolle zu bekommen. Es findet eine Entbettung ökonomischer Prozesse und Strukturen aus dem Rahmen des Nationalstaates und deren Übergang in den transnationalen Raum statt. Durch das Drohpotential der Global Player, den Standort zu wechseln oder ihr Kapital abzuziehen, werden den Regierungen wichtige Instrumente der makro-ökonomischen Steuerung wie die Zins- und Wechselkurshoheit aus der Hand genommen und damit auch Möglichkeiten zur Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik. Selbst auf große Volkswirtschaften entsteht ein permanenter Druck, den Marktakteuren optimale Verwertungsbedingungen zu garantieren. So stellte das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Josef Ackermann, mit Genugtuung fest: „Die Kapitalmärkte beginnen die ‚politischen Kräfte‘ zu disziplinieren, weil unzureichende politisch und strukturelle Rahmenbedingungen dazu führen, daß das mobile Kapital renditeträchtigere Investitionsorte sucht.“ (FAZ, 4.9.1999). In der Tat: „Als Resultat der erweiterten Exit-Option, die das Kapital genießt“ stellt der Chefökonom der UNCTAD fest: „ist die Politik der Regierungen jetzt zur Geisel der Finanzmärkte geworden.“<sup>6</sup> Insofern ist eine politische Regulierung der globalisierten Ökonomie nur noch in internationalem Rahmen machbar, auch wenn große Industrieländer wie die Bundesrepublik - und erst recht die USA - durchaus auch in nationalem Rahmen noch über unausgeschöpftes Regulierungspotential verfügten, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre.

Für die globalisierte Wirtschaft existiert ein politischer Ordnungsrahmen bisher jedoch nicht. Die Regulierungsansätze durch internationale Institutionen und Vertragswerke hinken in ihrer Problemlösungsfähigkeit hoffnungs-

los hinter der Dynamik der Globalisierung her, abgesehen davon, daß die bedeutendsten unter ihnen – IWF, WTO und Weltbank - in ihrer derzeitigen Verfassung hochgradig vermachet und primär an den Interessen der Global Players orientiert sind.

### **Transnationalisierung der Ökonomie und parlamentarische Demokratie**

Unter Demokratiegesichtspunkten ist die Verlagerung von ökonomischen Prozessen (und damit verbundenen technologischen Entwicklungen von hoher Brisanz, wie z.B. bei der Gentechnologie) äußerst problematisch. Solange Wirtschaften im wesentlichen innerhalb des Nationalstaats stattfand, unterlag es auch nationalstaatlicher Regulierung. Im Ergebnis langer gesellschaftlicher Kämpfe der Arbeiter-Frauen- Umwelt- u.a. sozialer Bewegungen war die Ökonomie durch eine Vielzahl von Sozial- Arbeits- Umwelt-Gesundheits- Wettbewerbs- Kartell- etc. Gesetzgebungen bis zu einem gewissen Maße demokratischer Kontrolle unterworfen worden. Die Transnationalisierung der Wirtschaft entzieht dieser Kontrolle die Grundlage. Entscheidungen von großer und für viele Menschen oft schicksalhafter Tragweite fallen in den Chefetagen der Transnationalen Konzerne, bei Managern von Investmentfonds, Bankern oder in nationaler Souveränität entzogenen internationalen Institutionen. Damit erodiert die Grundlage der parlamentarischen Demokratie: die Identität zwischen Wahlbürgern und –bürgerinnen und den Gewählten. Wenn aber den Regierungen von den Märkten ihre Souveränität zunehmend beschnitten wird, so wird damit auch der eigentliche Souverän der Demokratie, der Staatsbürger, in seinen grundlegenden Rechten eingeschränkt. Der Wahlakt, in dem er seine Souveränität ausdrückt, wird entwertet.

Zudem können die sozialen Verwerfungen und die ökonomische Instabilität leicht zu politischer Destabilisierung führen. Diese äußert sich gegenwärtig in verschiedenen Spielarten von Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und die damit verbundenen Tendenzen zu wachsender Gewalt.

Auf der anderen Seite wäre die ungerechte Weltordnung auf Dauer auch nur mit militärischen Mitteln aufrecht zu erhalten. Insofern stellt die neoliberale Globalisierung auch ein permanentes Sicherheitsrisiko dar.

### **Neoliberale Globalisierung in der Akzeptanzkrise**

An der einst glitzernden Fassade der Globalisierung blättert inzwischen der Lack ab. Selbst bei vielen ihrer Protagonisten wächst das Unbehagen gegenüber der ungebremsten Entfesselung der „New Economy“. Bekennende Liberale, wie der Finanzmagnat George Soros, war-

nen mittlerweile vor der „wilden und erbarmungslosen Globalisierung“, die nur den Gesetzen der Konkurrenz folge und zur Gefährdung des sozialen Zusammenhalts führe.<sup>7</sup> In den internationalen Institutionen hat eine Diskussion über Reformen begonnen. Selbst im IWF wird über eine „neue internationale Finanzarchitektur“ nachgedacht. Der Finanzcrash in Südostasien, der über Nacht die Entwicklungsanstrengungen vieler Jahre zerstörte, war ein Menetekel, und die Dramatik der gegenwärtig noch immer ungelösten Krise in Argentinien zeigt, dass das neoliberale Modell in der Sackgasse steckt.

Protest und Widerstand formieren sich. Die Verhandlungen um das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das 1995-98 in der OECD verhandelt worden war, und das den transnationalen Unternehmen die letzten Hürden staatlicher Regulierung wegräumen sollte, hatte bereits eine internationale Protestwelle ausgelöst. Die Verhandlungen scheiterten schließlich, weil auch einigen Regierungen - mit Frankreich an der Spitze - Tempo und Ausmaß der vorgesehenen Liberalisierung zu weit gingen. Höhepunkte der Gegenreaktionen auf die neoliberale Globalisierung waren danach die spektakulären Proteste gegen die Ministertagung der WTO in Seattle Ende 1999, die G 8 Treffen in Genua und Evian und der Aufstieg von Akteuren wie ATTAC. Alternativen werden wieder denkbar und gewinnen zunehmend Unterstützung. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Sozialforen, das Weltsozialforum, das bisher drei Mal im brasilianischen Porto Alegre durchgeführt wurde, und das 2004 im Bombay stattfinden wird, die europäischen Sozialforen in Florenz 2002 und Paris 2003 sowie zahlreiche globalisierungskritische Bündnisse auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Die Demonstration gegen den Sozialabbau in der Bundesrepublik am 1. November 2003 mit ihren 100.000 Teilnehmern, bei der ATTAC eine wichtige Rolle spielte, hat gezeigt, dass sich neue Allianzen bilden die von kirchlichen Milieus über Gewerkschaften bis an den linken Rand des globalisierungskritischen Spektrums reichen. Zwar ist die Dynamik der Globalisierung unter neoliberaler Ägide damit noch nicht an ihr Ende gelangt. Es zeigt sich aber, daß durch „Globalisierung von unten“, dass durch die Entwicklung von Gegenmacht, die Bäume des Neoliberalismus nicht in den Himmel wachsen.

Internationalisierung ist nicht per se negativ. Im Gegenteil. Die globalisierungskritische Bewegung beruft sich auf Traditionen des Humanismus („Alle Menschen werden Brüder“ und Schwestern, wie man heute natürlich hinzufügen muss) und den Solidaritätsgedanken der neuen sozialen Bewegungen. Deshalb sind sie keine Globalisierungsgegner, sondern wollen eine andere Globalisierung.

*Peter Wahl, Gesellschaftswissenschaftler, studierte in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt am Main. Mitglied des Vorstands von WEED und des Bundeskoordinierungskreises von ATTAC Deutschland.*

1 Financial Times dt. Ausg. 25.2.2000

2 UNDP (1999), Human Development Report 1999, New York

3 Financial Times, a.a.O.

4 Habermas, Jürgen (1998), Die postnationale Konstellation, Frankfurt/M. S. 95

5 In den USA bereits mit Roosevelts New Deal nach der großen Depression.

6 Akyüz, Yilmaz (2000), Reforming the Reformers, Genf

7 Soros, George (1999): Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin

### **Spirituelles Leben und politische Verantwortung - Eine Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer und Mahatma Gandhi**

Jahrestagung des dbv vom 7.-9.-Mai 2004 im Haus Hainstein, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach

**Freitag 7.5.2004**

**19.00 Uhr** Spirituelles Leben und politische Verantwortung  
Kurze Statements mit persönlichen Erfahrungen (Vertreter aus Kirche, Politik und interessierter Öffentlichkeit)

**Samstag 8.5.2004**

**9.00 Uhr** Die Wendung Dietrich Bonhoeffers vom Theologen zum Christen  
Referent: Dr. Karl Martin, Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins  
**10.30 Uhr** „Dann kam etwas anderes, etwas, was mein Leben bis heute verändert hat ...“  
Workshop zu Bonhoeffers Spiritualität  
Leitung: Prof. Dr. Christian Gremmels, Vorsitzender der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft

**14.30 Uhr** Mahatma Gandhi – Sein Leben und Werk  
Historisch-politischer Hintergrund, Spiritualität, politisches Engagement  
Referent: Dr. Vanamali Gunturu, Autor, München

**16.00 Uhr** „Gewebe der Wahrheit“, Workshop zu Gandhis spirituellen, politischen Symbolen  
Leitung: Dr. Cornelia Vogelsanger, Ethnologin, Religionswissenschaftlerin, Zürich

**20.00 Uhr** Dem Rad in die Speichen fallen  
Gandhi und Bonhoeffer – unterschiedliche Situationen, Widerstandsformen und ihre Wirkungsgeschichte  
Podiumsgespräch

**Sonntag 9.5.2004**

**09.30 Uhr** Gottesdienst zum Thema, anschließend Schlusssprache

HANS DIETER ZEPF

## Zwei Kurzbiographien Dietrich Bonhoeffer

Dietrich Bonhoeffer wurde am 4. Februar 1906 als Sohn des Professors für Psychiatrie und Neurologie Karl Bonhoeffer geboren. 1912 zog die Familie nach Berlin um. Von 1923 - 1927 studierte Bonhoeffer evangelische Theologie in Tübingen und Berlin. Er promovierte 1927 mit der Arbeit "Sanctorum Communio" (Gemeinschaft der Heiligen). 1928 legte er das erste theologische Examen ab. Es folgte 1928/29 das Vikariat in Barcelona. 1929/30 war er Assistent an der Berliner Theologischen Fakultät. 1930 machte er das zweite theologische Examen und habilitierte sich mit "Akt und Sein". 1930/31 war er Austauschstudent am Union Theological Seminary, New York.

Von August 1931 bis Sommer 1933 lehrte er als Privatdozent an der Berliner Theologischen Fakultät und war zugleich eine Zeitlang Studentenpfarrer an der Technischen Hochschule Berlin.

Er wurde am 11. November 1931 ordiniert. Von Oktober 1933 bis April 1935 wirkte Bonhoeffer als Pfarrer in zwei deutschen Gemeinden in London. Er knüpfte dort wertvolle Verbindungen mit dem kirchlichen Ausland, insbesondere mit Bischof Bell von Chichester. 1934 nahm er als Leiter der deutschen Jungendlegation an der oekumenischen Tagung in Fanö (Dänemark) teil. In seiner "Friedensrede" in Fanö warnte er vor der drohenden Kriegsfahr. 1935 übernahm er, beauftragt von der Bekennenden Kirche, - sich der Gefahr wohl bewusst- die Leitung des Predigerseminars in Zingst und Finkenwalde. Im August 1936 wurde ihm die Lehrbefugnis von der Universität entzogen.

1937 verfügte ein Erlass Himmlers die Schließung des Predigerseminars in Finkenwalde.

Bonhoeffer arbeitete im Untergrund weiter. Auf Einladung von Freunden trat er im Juni 1939 eine Amerikareise an. Er lehnte es ab, in Amerika zu bleiben und kehrte kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurück. Er beteiligte sich nun aktiv am Widerstand und wurde Verbindungsmann der militärischen Abwehr unter Admiral Canaris. Über seine oekumenischen Kontakte knüpfte Bonhoeffer Verbindungen zwischen den westlichen Regierungen und dem deutschen Widerstand.

1942 flog er nach Stockholm, um dort mit Bischof Bell Friedenspläne nach der Ausschaltung Hitlers zu erörtern. Am 5. April 1943 wurde Bonhoeffer in seinem Elternhaus von der Gestapo unter der Beschuldigung der Wehrkraftzersetzung verhaftet. Die ersten anderthalb Jahre seiner Haft verbrachte er im Militärgefängnis Berlin-Tegel. Im Oktober 1944 wurde er in die Sonderabteilung des Gefäng-

nisses der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse in Berlin verlegt. Von dort wurde er, als am 7. Februar 1945 bei einem Luftangriff das Gefängnis zerstört worden war, in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Er blieb dort bis zum 3. April. Dann wurde er nach Schönberg im Bayerischen Wald verschleppt. Am 8. April kam Bonhoeffer in das Konzentrationslager Flossenbürg. Dort wurde er mit anderen Widerstandskämpfern am 9. April hingerichtet. Hitler persönlich hatte am 5. April den Befehl zu seiner Ermordung erlassen.

Von Bonhoeffers Schriften fanden "Gemeinsames Leben", "Nachfolge" und seine Briefe aus dem Gefängnis, die von seinem Schüler und Freund Eberhard Bethge unter dem Titel "Widerstand und Ergebung" herausgegeben wurden, weite Verbreitung. Im Mittelpunkt der Theologie Bonhoeffers stand die Kirche, die "nichtreligiöse" Interpretation der Bibel sowie die Diesseitigkeit des Christentums.

## Mahatma Gandhi

Mohandas Karamchand Gandhi, genannt Mahatma (große Seele), Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, wurde am 2. Oktober 1869 in Porbandur auf der Halbinsel Kathiawar als Sohn eines Chefministers und einer Analphabetin geboren. Seine Mutter war die wichtigste Person in seinem Leben. Er wuchs in einem streng hinduistischen Elternhaus auf. Seine Mutter lebte genau nach den religiösen Vorschriften und disziplinierte ihr Leben vor allem mit Fasten, einem Mittel, das von Gandhi später zur Verfolgung seiner Ziele eingesetzt wurde. 1882 heiratete Gandhi. Sein Vater besaß den Ruf starrköpfiger Rechtschaffenheit. Das prägte den jungen Gandhi und veranlasste ihn Rechtswissenschaften von 1888 bis 1891 in London zu studieren. Von 1893 bis 1914 lebte er in Südafrika als Rechtsanwalt. Er organisierte dort den Widerstand der indischen Einwanderer gegen diskriminierendes Gesetz. 1914 kehrte er nach Indien zurück und schloss sich dem Kampf gegen die englische Kolonialmacht an. Er wurde mehrmals verhaftet.

Gandhis Leben war von tiefer Religiosität und asketischer Lebensweise bestimmt. Bereits in Südafrika hatte er unter dem Einfluss der indischen Idee der Ahimsa (des "Nichttötens"), der Bergpredigt und der Lehre von Tolstoi die Methode des Satjagraha, des waffenlosen Kampfes, entwickelt. Er rief in den "Satjagraha-Kampagnen (1920-1922; 1930-1932) die Inder zur Nichtbeteiligung ("Non-Cooperation) an der Verwaltung Britisch-Indiens, zum bürgerlichen Ungehorsam ("Civil Disobedience") und zum Boykott britischer Waren auf. Von 1922 - 1924 war er in Haft. 1925 startete er eine Kampagne zur Abschaffung der Unberührbarkeit der "Parias" und bemühte sich um die Verbreitung der Handspinnerei, damit sein Land unabhän-

gig werden konnte von der britischen Textilindustrie. Die Proteste der Bevölkerung wurden immer wieder mit militärischen Aktionen erstickt. Gandhi aber blieb dem eingeschlagenen Weg der Gewaltlosigkeit treu. 1930 forderte er die indische Bevölkerung auf, die Zahlung von Steuern zu verweigern, insbesondere der Salzsteuer. Die Inder mussten für die Gewinnung des Salzes im eigenen Land hohe Steuern bezahlen. Hunderttausende von Indern protestierten im "Salzmarsch", der am 12. März 1930 unter Gandhis Führung begann, gewaltlos gegen die Salzsteuer. Der Protestmarsch hatte Erfolg. Den Indern wurde die Salzgewinnung für den Eigenbedarf gestattet.

Am 15. August 1947 war das Ziel erreicht: Indien wurde unabhängig. Zuvor allerdings wurde eine Teilung des Landes, bedingt durch Streitereien zwischen Moslems und Hindus, verfügt. Es entstanden zwei unabhängigen Staaten: Indien und Pakistan.

Am 30. Januar 1948 wurde Mahatma Gandhi durch einen hinduistischen Fanatiker getötet. Gandhi verzichtete in seinem Leben freiwillig auf Reichtum und Bequemlichkeit und hat auf gewaltlose Art und Weise für die Befreiung seines Volkes von der englischen Kolonialmacht gekämpft.

"Künftige Generationen werden kaum glauben, dass einer wie er in Fleisch und Blut auf dieser Erde gewandelt ist.", sagte Albert Einstein auf die Nachricht von Gandhis Tod. Und Martin Luther King formulierte: "Gandhi war der erste Mensch in der Geschichte, der Jesu Liebesethik über eine bloße Beziehung zwischen Einzelpersonen hinaushob und sie zu einer gewaltigen und wirksamen sozialen Macht in großem Maßstab steigerte."

KARL MARTIN

## Drei Buchhinweise

### Wir wollen die Gewalt nicht.

### Die Buber-Gandhi-Kontroverse.

Hg. Christian Bartolf, 1998

ISBN 3-930093-11-1 - 136 Seiten - 9,80 Euro

Dieser zweisprachige Band in englischer und deutscher Sprache dokumentiert die Kontroverse zwischen Mahatma Gandhi und den Professoren Martin Buber und Judah L. Magnes über das Palästina-Problem und die Frage des gewaltfreien Widerstands unter den Herrschaftsbedingungen der totalitären Diktatur. Zusätzlich findet der Leser die Briefe von Abraham Shohet und Simon Wolff und einen ausführlichen kommentierenden Aufsatz des Herausgebers, um Licht auf das grundlegende ethische Dilemma zu werfen, welches sich demjenigen stellt, welcher in modernen Zeiten gemäß den Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit Widerstand leistet.

## Mahatma Gandhi, Für Pazifisten

Herausgegeben von Bharatan Kumarappa

Übersetzt und Nachwort von Wolfgang Sternstein

In der Reihe: POLITIK Verstehen und Handeln Bd.2

LIT Verlag Münster 1996 ISBN 3-8258-2136-6

Die Friedensbewegung in Deutschland ist in der Krise. Gibt es Ausnahmesituationen, so lautet die Frage, die den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der Menschenrechte nicht nur rechtfertigen, sondern ethisch gebieten? Wie sollen wir uns angesichts von Mord an Zivilisten, „ethnischen Säuberungen“, Massenvergewaltigung von Frauen und Völkermord verhalten? Hat gewaltfreier Widerstand gegen einen Hitler oder einen Saddam Hussein überhaupt eine Chance? Kommt der Pazifismus hier nicht an seine Grenzen?

Wer die in diesem Büchlein gesammelten Texte liest, wird erkennen, dass solche Fragen nicht neu sind, dass die Antworten, die heute gegeben werden, jedoch weit hinter denen zurückbleiben, die Gandhi bereits vor fünfzig bis hundert Jahren gegeben hat.

## Bonhoeffer – ein deutscher Gandhi?

Christian Bartolf / Dominique Blondeau

Gandhi-Informations-Zentrum Berlin

1. Auflage Juni 1994 ISBN 3-930093-06-5

Dass der Theologe und Pfarrer der Bekennenden Kirche in Deutschland, Dietrich Bonhoeffer aus Berlin-Grunewald, den Wunsch hatte, Gandhi zu besuchen und von Gandhi zu lernen, ist kaum bekannt. Aus welchem Grund Bonhoeffer seinen Indien-Plan entwickelt hat, warum Gandhis bemerkenswerte Einladung vom November 1934 nicht dazu führte, dass Bonhoeffer Gandhi in Indien besuchte, ist gar nicht bekannt. Allein die Aufsätze zweier Theologen aus den USA (Larry Rasmussen, William J. Peck) sowie die biographischen Erinnerungen von Bonhoeffers Zeitgenossen geben Aufschluss.

Die Broschüre geht der Frage nach: Wollte Dietrich Bonhoeffer ein deutscher Gandhi werden? Welches Interesse hatte er, um für einen Besuch in Gandhis Ashram empfohlen zu werden? Warum wurde trotz Gandhis Einladung aus der geplanten Indienreise Dietrich Bonhoeffers nichts? Können wir aus Bonhoeffers Widerstand, 70 Jahre nach der Machtübernahme Hitlers, für uns heute eine Lehre ziehen und Bonhoeffer als „deutschen Gandhi“ bezeichnen?

GUSTAV KÖBBEMANN

## Erwiderung auf den Beitrag von Theodor Ebert „Dietrich Bonhoeffer und der Pazifismus“

in VERANTWORTUNG Nr. 30/2002, S. 22-28

Der Beitrag von Th. Ebert wird D. Bonhoeffer nicht gerecht. Seine Beispiele aus der Geschichte sind falsch, und seine polemische Schärfe ist der Problematik und dem tragischen Konflikt völlig unangemessen. So bezeichnet Th. Ebert gleich im ersten Abschnitt D. Bonhoeffer als „Ex-Pazifisten“. Er sagt dort weiterhin: „Der kritische Punkt ist Bonhoeffers Entscheidung, sich im Umfeld des Amtes Canaris den Verschwörern anzuschließen und an der militärischen Beseitigung des Hitler-Regimes mitzuarbeiten.“ Bis hier ist das korrekt. Es geht dann weiter: „Meines Wissens hat Bonhoeffer dies nicht unter Berufung auf die Lehre Jesu begründet, aber da er als Märtyrer der Kirche eben doch eine Art Vorzeigechrist ist, gilt sein Tun als christlich gerechtfertigt.“ Der Ausdruck „Vorzeigechrist“ ist irreführend, denn nach wie vor ist D. Bonhoeffer aufs ganze gesehen kirchlicher Außenseiter, der aber immer wieder vorgezeigt wird, um das jämmerliche Versagen der Kirche, auch der Bekennenden Kirche, zu verdecken, zu verkleinern und zu verkleistern. Hans Meiser traf vermutlich ungewollt den Punkt, als er sich nach Kriegsende weigerte, an der Gedenkfeier für D. Bonhoeffer teilzunehmen mit der Begründung, D. Bonhoeffer sei kein christlicher, sondern ein politischer Märtyrer. Dann sagt Th. Ebert: „Ich will im Blick auf die historische Situation nach den pazifistischen Alternativen fragen, die für Bonhoeffer bestanden hätten und die zumindest auch zu verantworten gewesen wären, wenn man das Ziel hatte, Hitler effektiv an der Fortsetzung seiner Verbrechen zu hindern, also dem Rad in die Speichen zu greifen oder es auf andere Weise zu bremsen.“ Abgesehen von der maßlosen Forderung stellt sich hier die Gegenfrage, ob Th. Ebert ernsthaft meint, daß für den in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannten D. Bonhoeffer wirkungsvolle und verantwortbare „pazifistische Alternativen“ bestanden, „Hitler effektiv an der Fortsetzung seiner Verbrechen zu hindern“. Falls Th. Ebert das tatsächlich meint, dann hätte er sagen sollen, worin denn beispielsweise solche Alternativen hätten bestehen können. Das tut er aber nicht. Er nennt zwar in seinem Beitrag einige Beispiele von passivem Widerstand, aber die sind entweder historisch falsch oder aber als Antwort auf die Frage nach D. Bonhoeffers Möglichkeiten völlig untauglich und geradezu absurd. So sagt Th. Ebert

auf S. 24: „Es gibt eben nicht nur historische Beispiele für Unterdrückung und Verfolgung, sondern auch Beispiele für anhaltenden gewaltlosen Widerstand, der auf kürzere oder längere Sicht zum Abschütteln der Fremdherrschaft führte. Ich möchte jetzt aber nicht über den Ruhrkampf von 1923 und die dänischen und norwegischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg sprechen....“ Diese Beispiele sind doppelt falsch, denn in allen drei Fällen war der passive Widerstand weder erfolgreich noch ging es um den Widerstand gegen die eigene Regierung, gegen ein Regime des eigenen Landes, sondern es ging um Fremdherrschaft, wie Th. Ebert korrekt formuliert, aber den fundamentalen Unterschied nicht sieht. Der von der damaligen Reichsregierung offiziell verkündete und gestützte passive Widerstand gegen die von Th. Ebert offensichtlich gemeinte französische Ruhrbesetzung 1923 wurde nach rd. neun Monaten abgebrochen, weil er Währung und Wirtschaft ruiniert hatte, er endete im Desaster der Inflation. Außerdem wurde die Ruhrbesetzung erst 1925 beendet, und zwar durch internationalen Druck auf die französische Regierung. Ebenso wenig führte der Widerstand der dänischen oder der norwegischen Bevölkerung zum Abschütteln der Fremdherrschaft, denn die Befreiung von der deutschen Besetzung kam erst und ausschließlich durch die totale militärische Niederlage des NS-Regimes. Es geht bzw. ging in allen drei Beispielen um Widerstand gegen ausländische Besetzer, gegen Fremdherrschaft. Das bedeutet: von Kollaborateuren abgesehen wußten die Widerständigen ihre Landsleute hinter sich. Das gilt, um das hier vorwegzunehmen, auch für den von Th. Ebert weiter unten auch genannten gewaltfreien Widerstand von M. Gandhi gegen die britische Kolonialmacht.

Beim innerdeutschen Widerstand gegen das NS-Regime geht bzw. ging es aber um Widerstand gegen die eigene Regierung, gegen die eigenen völlig regime-loyalen Bürokratien, gegen die eigenen, weithin regime-loyalen Kirchenführungen, gegen die eigene weithin Hitler-/NS-gläubige Bevölkerung. Niemand der Widerständigen, niemand der Zivil-Ungehorsamen durfte davon ausgehen, daß die eigenen Landsleute mehrheitlich oder daß Einzelne hinter ihnen standen, sich solidarisch verhielten oder sie deckten. Das ist der fundamentale Unterschied, die fundamental andere Situation im Vergleich mit dem Widerstand gegen Fremdherrschaft. Im Hinblick auf den deutschen Überfall auf Polen zitiert Th. Ebert die Frage von D. Bonhoeffer in Fanö 1934: „Wer von uns darf denn sagen, daß er wüßte, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk -statt mit der Waffe in der Hand- betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet den Angreifer empfangt?“ Und Th. Ebert fährt dann fort: „Wir wissen seit 1981, wie das aussieht: betende polnische Arbeiter auf der Lenin-Werft in Danzig.“ Zwar gibt Th. Ebert auf D. Bonhoeffers Fanö-Frage eine halbwegs richtige Antwort („Unterdrückungsaktionen brutaler Art), aber auch diese seine Beispielkombination ist dop-

pelt falsch. Bei dem deutschen Überfall auf Polen handelt es sich darum, daß eine ausländische Macht mit brutaler Zerstörungswucht das Land überfällt. Bei dem Widerstand und Streik der Arbeiter der Lenin-Werft handelte es sich dagegen um die Konfrontation mit dem eigenen politischen System, das sich seines Macht-Apparates nicht mehr sicher sein konnte, und außerdem spielte sich das Geschehen in Danzig vor den Fernseh-Kameras ab, vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Das nächste falsche Beispiel kommt dann in der Anmerkung Nr. 13, in der Th. Ebert über A. Einstein u.a. sagt: „Nach Kriegsbeginn hat er sogar den Bau der Atombombe durch einen Brief an den amerikanischen Präsidenten angeregt. Diese Grundsatzentscheidung hat er nach 1945 revidiert zugunsten der Entwicklung der gewaltfreien Konflikt-austragung.“ Dazu ist zu sagen: Als die deutsche Regierung sämtliche Uran-Erz-Exporte stoppte, waren die im Ausland arbeitenden Atomforscher, welche die Machbarkeit der Atombombe kannten, aufs höchste alarmiert und vermuteten, daß die deutsche Forschung und das deutsche Militär mit Hochdruck an der Realisierung der Bombe arbeiteten. Das war der Grund für Einsteins Unterschrift unter den von Wigner und Szilard formulierten Brief an Roosevelt, und Einstein und die anderen Warner konnten sich bestätigt fühlen, als die deutsche Wehrmacht und Forschung sich 1940 alle greifbaren Schwerwasservorräte in den besetzten Ländern sicherten und die einzige Produktionsstätte für Schwerwasser, die Norsk Hydro, unter schärfste Bewachung stellten. Erneut bestätigt fühlte man sich durch das sehr seltsame, nie wirklich geklärte Verhalten von Werner Heisenberg bei dessen Zusammentreffen mit Niels Bohr im Oktober 1941 in Kopenhagen. Es ist also kein Widerspruch zu Einsteins pazifistischer Grundhaltung, daß er 1939 auf Grund der alarmierenden Informationen aus Deutschland den Brief an Roosevelt unterschrieb und sich nach dem Grauen von Hiroshima und Nagasaki unermüdlich und konsequent für gewaltfreie Konfliktlösung einsetzte.

Insofern gibt es auch keinen Widerspruch zwischen D. Bonhoeffers pazifistischer Grundhaltung und seinem Weg der Notwehr in den aktiven Widerstand, und es ist somit auch korrekt, wenn Th. Ebert sagt: „Doch unter dem Eindruck der Entwicklung des nationalsozialistischen Terrorregimes hat er sich dann entschlossen, den Versuch, Hitler gewaltsam zu beseitigen, seinerseits zu unterstützen.“ Es ist aber nicht in Ordnung, wenn Th. Ebert unter Verwendung eines erneut unpassenden Beispiels (die spontanen Protest-Demonstrationen in Berlin Ende Februar/Anfang März 1943, Rosenstraße) „ganz unverschämt“ (Zitat) fragt: „Was hat Bonhoeffer denn getan, um die Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu entdecken und zu entwickeln?“. Gegen Ende seines Beitrags kommt Th. Ebert ausführlicher auf die Pro-

testdemonstrationen in Berlin zurück, worüber noch zu sprechen sein wird ebenso über die Kritik wegen der unterbliebenen Reise zu M. Gandhi und wegen der in Finkenwalde unterbliebenen Gandhi-Lektüre.

Dann kommt Th. Ebert auf den als Kriegsdienstverweigerer 1940 ermordeten Dr. H. Stöhr zu sprechen und meint: „Wenn Bonhoeffer die Linie des gewaltfreien Widerstands im Sinne Gandhis und seiner Mitstreiter weiter verfolgt hätte, wäre er vermutlich bald wie Hermann Stöhr vor der Frage gestanden, ob er den Kriegsdienst verweigern sollte. Wenn er sich dafür (gemeint ist wohl: für die Verweigerung. GK) entschieden hätte, dann wäre die Signalwirkung sicher weitaus größer gewesen als im Falle von Stöhr. Möglicherweise hätte ihn die NS-Justiz ähnlich behandelt wie Dr. Stöhr, aber die Kriegsdienstverweigerung des Theologen Dr. habil. Dietrich Bonhoeffer, der aus einer angesehenen Familie stammte, wäre für die Evangelische Kirche eine weit größere Herausforderung gewesen als die Kriegsdienstverweigerung und Verurteilung des unbekanntenen Sozialwissenschaftlers Dr. Hermann Stöhr.“ Warum attackiert Th. Ebert zuvor die unterbliebene Reise Bonhoeffers zu M. Gandhi und die unterlassene Beschäftigung mit Gandhis Arbeiten und Strategie, wenn das Ergebnis dann doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Todes-Urteil gewesen wäre, denn das Regime und seine Justiz haben sich in keinem Fall durch Ansehen der Familie, akademische Grade oder Kirche beeindrucken lassen bei grundsätzlichen Konfrontationen. Und für welche „Evangelische Kirche“ wäre das eine „weit größere Herausforderung“ gewesen? So war z.B. Martin Niemöller die weitaus bekanntere Persönlichkeit im Vergleich zu dem kirchlichen Außen-seiter und Störenfried Dietrich Bonhoeffer, der von Bischof Heckel, dem Leiter des Kirchlichen Außenamtes, 1936 sogar als „Staatsfeind und Pazifist“ bezeichnet und denunziert worden war. Das Regime hatte jedoch überhaupt keine Hemmungen gehabt, den in der Öffentlichkeit weithin bekannten, populären ehemaligen U-Boot-Kommandanten und Träger des „Pour le Mérite“ mundtot zu machen. Hat sich die Kirche, hat sich die Bekennende Kirche auf Biegen und Brechen für seine Freilassung eingesetzt? Hat sie die frontale, scharfe Konfrontation mit dem Regime gewagt? Es ist zwar spekulativ, aber dennoch gerechtfertigt zu sagen, daß sich die Evangelische Kirche inklusive der Bekennenden Kirche mit einer Verurteilung und Hinrichtung Bonhoeffers ebenso abgefunden hätte wie sie die KZ-Haft M. Niemöllers hingenommen hat. Th. Ebert sagt ferner (S. 27): „Das Tragische ist, daß Bonhoeffer es anscheinend aufgegeben hat, nach einer gewaltfreien Strategie des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu suchen. Wahrscheinlich hat es für Bonhoeffer im Zusammenhang mit der Anwendung des gewaltlosen Widerstands den Begriff der 'Strategie' gar nicht gegeben. Diese Sicht der Anwendung von Satyagraha hätte er in Indien bei Gandhi und

Nehru lernen können.“ Was soll dieser Vorwurf, wenn doch die Befolgung der Gandhi-Strategie im Selbstopfer und Märtyrertum geendet hätte, wie Th. Ebert selber annimmt, und das Regime keinesfalls nachhaltig, falls überhaupt beeindruckt hätte. Dann kommt Th. Ebert auf die schon erwähnten tagelangen Protestdemonstrationen von Familienangehörigen, vor allem von sog. arischen bzw. deutschblütigen Ehefrauen jüdischer Männer Ende Februar/Anfang März 1943 in Berlin ausführlicher zurück und benutzt sie zu einer Attacke gegen Bonhoeffer, indem er sagt: „Mit dem Entschluß, an der Verschwörung der Militärs teilzunehmen, setzte Bonhoeffer auch seiner Fähigkeit, gewaltfreie Lösungen im Sinne der Fragen von Fanö und auf der Spur der Bergpredigt zu suchen, ein Ende. Er hörte auf, auf diesem Felde kreativ zu sein. Die mentale Blockade ging meines Erachtens sogar so weit, daß er nicht mehr wahrnahm, was selbst in seiner unmittelbaren Umgebung sich auf dem Felde der gewaltlosen Aktion ereignete.“

Abschließend sagt Th. Ebert zu den hochdramatischen Ereignissen in der Berliner Rosenstraße: „Darf man da nicht fragen: Was hätte es bedeutet, wenn ein Mann von der Energie und dem intellektuellen Format Dietrich Bonhoeffers eine Grundsatz-Entscheidung für die gewaltfreie Aktion gefällt und im Sinne dieser Strategie alles zu bewegen gesucht hätte, was zu bewegen war? Es ist zu banal, wenn man jetzt behaupten wollte, daß im Dritten Reich mit gewaltfreien Mitteln nichts zu bewegen war. Gewiß, natürlich darf man fragen, aber man muß dabei wissenschaftlich seriös bleiben, und man muß sich um konkrete Antworten bemühen, anstatt zu spekulieren und ins Blaue hinein zu behaupten. So hätte Th. Ebert hier z.B. die heftigen Auseinandersetzungen katholischer Gemeinden 1936 im Raum Cloppenburg/Oldenburg (Niedersachsen) und 1941 in Bayern mit den regionalen NS-Potentaten anführen können wegen deren Anordnungen, die Kruzifixe aus den Schulen zu entfernen. Beide Male war der Widerstand erfolgreich, beide Male wich das Regime zurück, denn in beiden Fällen war es ein geballter, flächendeckender öffentlicher Protest, der Aufsehen erregte, was dem Regime äußerst unangenehm war.“

Man muß aber noch genauer hinsehen: In beiden Fällen ging es ebenso wie bei den spontanen, d.h. ungeplanten und unorganisierten Protestdemonstrationen in der Berliner Rosenstraße nicht frontal und nicht grundsätzlich gegen das Regime. In Niedersachsen und in Bayern wollten die Eltern und Gemeinden ihre Schulkreuze behalten, in Berlin wollten die Demonstrierenden ihre Familienangehörigen zurückhaben. Bei dem Erfolg der Proteste in Berlin muß ferner berücksichtigt werden: Goebbels (als Gauleiter von Berlin) gab zwar nach, aber er wollte zu einem späteren, besseren Zeitpunkt erneut zuschlagen, denn Ende Februar/Anfang März 1943 war das Regime in einer schlechten Position bezüglich der Stimmung in der Bevölkerung,

also an der sog. Heimatfront, und zwar nicht nur wegen der Katastrophe in Stalingrad. Es kam vielmehr schon seit rd. vier Monaten knüppelhageldick:

- Im November 1942 waren die Westalliierten in Nordafrika gelandet, die wenigen Nachschubtransporte für das Afrika-Korps wurden von der alliierten Luftwaffe und Marine zerschlagen. Das Ende der Wehrmacht in Nordafrika war nur noch eine Frage der Zeit.
- Im Januar 1943 die Konferenz von Casablanca, die alliierte Forderung der bedingungslosen Kapitulation.
- Ebenfalls im Januar die Krise der Marine, E. Raeder wird durch K. Dönitz ersetzt. Der Verlust des U-Boot-Krieges beginnt sich abzuzeichnen, trotz einiger Erfolge können die Geleitzüge im Atlantik nicht gestoppt werden. Seit Oktober waren 61 (!) U-Boote verloren gegangen.
- Massive Probleme der Luftwaffe: katastrophale Verluste durch Stalingrad, völlig unzureichende Abwehr-Erfolge gegen die Bomber-Verbände der Royal Air Force, betriebsunsichere Flugzeugmotoren.
- Heer: wie bei der Marine und der Luftwaffe können Personal- und Material-Verluste nicht mehr vollwertig ersetzt werden. An der Ostfront droht die gesamte Heeresgruppe Süd abgeschnitten zu werden. Massive Probleme bei der Produktion der neuen Panzer „Panther“ und „Tiger“.
- Für die Stimmung an der sog. Heimatfront besonders wichtig: Die immer häufigeren und immer schwereren Bombenangriffe der Royal Air Force und die nur marginalen Abwehrerfolge der Nachtjagd und der Flak. Seit Januar 1943, also innerhalb von rd. acht Wochen 14 schwere Angriffe, davon zwei auf Berlin. Am 02. März dann der bis dahin schwerste Angriff auf Berlin mit über 700 Toten. Dann hatte es ausgerechnet in München, in der „Stadt der Bewegung“, bei der 470-Jahrfeier der Universität am 13. Januar die sensationellen Tumulte und Schlägereien gegeben. Ausgelöst durch die unflätige, beleidigende Rede des dortigen Gauleiters Paul Giesler waren Studenten und Wehrmachtsangehörige auf SS-Posten und Polizei losgegangen, kriegsversehrte Soldaten hatten mit Krücken und Stöcken auf SS-Leute eingeschlagen, ein hochdekorierter Offizier hatte am Rednerpult einen NS-Studentenbundesführer verprügelt. Studentinnen und Studenten waren mit Sprechchören zur Ludwigstraße marschiert. Die Nachricht von diesen Ereignissen hatte sich schnell im Reich verbreitet, bis nach Wien, Frankfurt/M. und ins Ruhrgebiet und natürlich nach Berlin. Im Februar dann, ebenfalls in München

die Aufdeckung der „Weißen Rose“, der Prozeß gegen Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst. Auch dieses Geschehen ließ sich nicht geheimhalten.

Im Februar/März 1943 war das Regime verunsichert und angeschlagen, wie auch aus den Tagebucheinträgen von Goebbels zu spüren ist. Das Regime reagierte empfindlich und blitzschnell einerseits mit zunehmender Brutalität auf Aktionen von Einzelpersonen und Kleingruppen („Weiße Rose“) und andererseits mit taktischem, temporär gedachtem Nachgeben auf die spektakulären Spontanproteste in der Berliner Rosenstraße. Wegen der unbedingt erforderlichen Mobilisierung der sog. Volksgemeinschaft, der sog. Heimatfront war ein solcher völlig überraschender und anhaltender Massenprotest absolut störend. Man muß also genau hinsehen. Bei dem Erfolg der Protestdemonstrationen in Berlin müssen Motive, Hintergründe und Zusammenhänge und die Einbettung in das politische und militärische Gesamtgeschehen betrachtet und berücksichtigt werden. Es ist daher unzulässig, pauschal zu behaupten, es sei „zu banal, wenn man jetzt behaupten wollte, dass im Dritten Reich mit gewaltfreien Mitteln nichts zu bewegen war.“

Es ist richtig, daß Th. Ebert bemängelt: „Es hat Jahrzehnte gedauert, bis der erfolgreiche Protest in der Rosenstraße nicht länger aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wurde.“ Er behauptet aber auch, den Grund zu kennen: „Er paßte nicht ins offizielle Bild, zu dem als Rechtfertigung für Anpassung und Unterwerfung gehörte, daß öffentlicher Protest gegen das NS-Regime aussichtslos gewesen sei und quasi automatisch zur Vernichtung der Beteiligten geführt habe.“ Gab es dieses „offizielle Bild“ wirklich und war das der Grund? Wir können es nicht mit absoluter Gewißheit behaupten. Es können sehr unterschiedliche Gründe gewesen sein, warum Historiker in Deutschland das damalige hochdramatische Geschehen nicht zum Thema von Forschung und Geschichtsschreibung gemacht haben. Bei etlichen Historikern mag Th. Eberts pauschale Behauptung („...paßte nicht ins offizielle Bild..!“) zutreffen. Andere Historiker haben möglicherweise angesichts der Masse und Vielfalt der zu erforschenden Gebiete und Ereignisse der NS-Zeit die Prioritäten anders gesetzt, und so geriet das einzigartige, aber auch atypische Geschehen, das zudem eine Randgruppe betraf, aus dem Blickfeld oder erst gar nicht ins Blickfeld. Wieder andere mögen die Quellenlage für unzureichend befunden haben. Was also im Einzelfall der Grund war, können wir nicht wissen. Das „offizielle Bild“, wie z.B. das von konservativer Seite und ihren Medien installierte offizielle Bild von der angeblich sauber gebliebenen Wehrmacht, gab es wohl nicht, denn über andere erfolgreiche öffentliche Proteste wie z. B. über die Schulkreuzkonflikte oder über Clemens v. Galen hat die Geschichtswissenschaft sehr wohl gearbeitet.

Es muss begriffen werden: Öffentlicher Protest oder son-

stiger gewaltfreier Widerstand von Einzelnen oder Wenigen gegen das NS-Regime war tödlich; schon die Planung und/oder Organisation galten als Vorbereitung zum Hochverrat und nach Kriegsbeginn entsprechend der Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSV) zusätzlich als Feindbegünstigung und/oder sog. Wehrkraftzersetzung und waren ebenso tödlich. Insofern waren alle Formen von gewaltfreiem Widerstand und erst recht öffentlicher Protest tatsächlich aussichtslos und führten „quasi automatisch zur Vernichtung der Beteiligten“, was nach Th. Ebert als Ausrede dient, obwohl er selber einräumt, dass es für diese „Vernichtung viele grauenhafte Belege“ gibt. Was also hätte D. Bonhoeffer tun können hinsichtlich Th. Eberts maßloser Forderung, durch verantwortbares pazifistisches Handeln „Hitler effektiv an der Fortsetzung seiner Verbrechen zu hindern“? Und wie war das mit den „pazifistischen Basisgruppen“, zu denen D. Bonhoeffer wenig Kontakt hatte, wie Th. Ebert behauptet? Gab es solche Basisgruppen denn überhaupt, von kleinen, sehr privaten-persönlichen Kreisen abgesehen? Erfolg konnte nur erzielt werden, wenn der gewaltfreie Widerstand, z.B. in der Form von öffentlichem Protest von einer hochrangigen und in der breiten Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeit kam, einen empfindlichen Nerv traf, weithin bekannt wurde und zu Unruhe in der Bevölkerung führte oder zu führen drohte.

Das traf z.B. bei Cl. v. Galens Predigten gegen die Euthanasie-morde zu. Aber auch dieser Erfolg war nur vorübergehend, denn die zunächst gestoppten Morde wurden anschließend bekanntlich fortgesetzt, und Cl. v. Galen blieb nur deshalb unbehelligt, weil es Goebbels gelang, Hitler und Himmler zu überzeugen, dass man das gutkatholische Münsterland verlieren würde, falls man gegen v. Galen vorgehe. Spontan entstandene, anhaltende Protestdemonstrationen ausgerechnet in Berlin, wo es außerdem auch noch Journalisten aus neutralen Ländern gab und deren diplomatische Vertretungen (z.B. Schweden, Schweiz), und ausgerechnet in dem Moment, als das Regime angeschlagen und verunsichert war, trafen die NS-Machthaber völlig überraschend. Dass und warum der gewaltfreie Widerstand gegen die beabsichtigte Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen erfolgreich war, wurde schon erwähnt. Im letzten Kapitel seines Beitrags sagt Th. Ebert unter der Überschrift Milieubedingtheit von Bonhoeffers Entscheidung „Ich bin aus pazifistischer Sicht nicht davon überzeugt, dass Bonhoeffer die einzig mögliche und einzig sinnvolle Entscheidung getroffen hat, als er sich den Versuchen, Hitler mit militärischen Mitteln zu beseitigen, anschloß.“ Auch hier sagt Th. Ebert nicht, was denn nach seiner Überzeugung konkret eine andere mögliche und sinnvolle und auch realistische Entscheidung hätte sein können oder sogar hätte sein müssen. Hier schließt sich der Kreis zu seiner Forderung nach den „pazifistischen Alternativen“, die in seiner Vorstellung „für Bonhoeffer bestanden hätten und die zu-

mindest auch zu verantworten gewesen wären, wenn man das Ziel hatte, Hitler effektiv an der Fortsetzung seiner Verbrechen zu hindern..." In seinem ganzen Beitrag gibt Th. Ebert auf diese zentrale Frage nicht eine einzige konkrete Antwort, über die dann zu sprechen wäre. Es ist ohnehin verwunderlich, daß er die unterschiedlichen Begriffe „gewaltfreier Widerstand“, „öffentlicher Protest“ und „ziviler Ungehorsam“ ohne Klärung ihres unterschiedlichen Inhalts durcheinander benutzt. Durch nicht-öffentlichen zivilen Ungehorsam etwas Sand ins Getriebe des NS-Regimes kippen, konnten viele, und manche haben es auch getan. Jede Mißachtung der menschenverachtenden, verbrecherischen NS-Vorschriften, jede Hilfe für Verfolgte, Verfeimte, Gequälte war etwas Sand im Getriebe der Räuber und Mörder. In Berlin und an anderen Orten überlebten die sog. „U-Boote“ durch oftmals tollkühne und todesverachtende Hilfe von Freunden, Nachbarn oder ihnen völlig Fremden, wurden versorgt oder von einem Versteck zum nächsten weitergereicht; couragierte Einzelhändler steckten Juden heimlich Lebensmittel zu; in manchen Betrieben wurden Zwangsarbeiter/innen und Kriegsgefangene mitmenschlich und fürsorglich behandelt oder wurden auf Bauernhöfen in die Familien aufgenommen. Auch Harald Poelchau Schmuggel von Büchern, Lebensmittel, Kassibern und von Ab-

schiedsbriefen der Todgeweihten war solcher, in vielen Fällen lebensgefährlicher Ungehorsam. Das alles war etwas Sand im Getriebe des Räuber- und Mörderregimes. Aber das grauenhafte Räderwerk zermalmte und zermahlte diesen viel zu wenigen Sand. Es gab nur eine einzige realistische Lösung, um dieses Räderwerk zu stoppen: Man mußte den Motor zerstören, der das Räderwerk antrieb. Es führt kein Weg an der Erkenntnis und Einsicht vorbei: Wenn ein politisches System wie das NS-Regime sich die Macht gesichert hat, wenn es dann durch teils spektakuläre Erfolge populär geworden ist und sich auf die weitgehende oder gar mehrheitliche Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung und besonders deren Eliten stützen kann, wie das bekanntlich bis weit in die Kriegszeit hinein der Fall war, wenn dieses Regime diffamierte Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma als sog. Untermenschen, gefährliche Feinde und Schädlinge der sog. Volksgemeinschaft entrechtet, wirtschaftlich und sozial tötet und schließlich physisch vernichtet, Nachbarvölker überfällt und einen völkermordenden Ausrottungskrieg führt, dann kann ein solches Regime, das bei entdecktem Widerstand seine Schergen, Richter und Henker einsetzt, nur gewaltsam beseitigt werden. Dietrich Bonhoeffer hat das damals begriffen und die Konsequenz daraus gezogen.

## SUBVENTIONSABBAU

# Was ist mit der Kirchensteuer?

Angesichts der Diskussion um den Subventionsabbau fällt auf, dass die staatlichen Subventionen an die Kirchen nie erwähnt werden. Wir meinen die Sonderausgabe „unbegrenzte Abzugsfähigkeit der gezahlten Kirchensteuern“ (Subventionsbericht der Bundesregierung).

Das Ausblenden dieser Subvention ist auch deswegen kaum nachzuvollziehen, weil es sich mit 3,58 Milliarden Euro in 2002 um die zweithöchste Subvention überhaupt handelt. Die Sonderausgabe wurde zwar von Koch und Steinbrück in ihrem Abbau-Entwurf erwähnt, ihre Begrenzung aber sofort verworfen.

Dabei ist die Absurdität dieser Subvention mit Händen zu greifen: Die Kirchenmitglieder brachten 2002 für beide Großkirchen ca. 8,5 Milliarden Euro an Kirchensteuern auf, der Staat honorierte dies seinerseits mit 3,58 Mrd. Euro. Alle Steuerzahlenden, also auch Nichtkirchenmitglieder, refinanzieren die persönlichen Kirchenmitgliedsbeiträge zu mehr als 40 Prozent. Das von Koch und Steinbrück angeführte Argument, diese Subvention nicht angreifen zu sollen, lautete:

„Der Staat bekäme mehr (gemeint ist: Engagement der Kirchen im sozialen Bereich) zurück als er per Subvention weggebe“. Diese Begründung ist falsch. Beide Kirchensteuerkirchen bringen von der gesamten Kirchensteuer (also ca. 8,5 Mrd. Euro) im Durchschnitt nur höchstens 10 Prozent für „Soziale Dienste“ auf. Das sind also max. 0,9 Mrd. Euro.

Das wird von den Kirchenleitungen schon lange nicht mehr bestritten, obwohl sie nach wie vor in der Öffentlichkeit den Eindruck eines flächendeckenden sozialen Engagements vermitteln.

Wenn die Kirchensteuer nicht mehr in vollem Umfang absetzbar wäre, würde sich die finanzielle Basis der Kirchen infolge von Austritten vermutlich rasch ändern. Insofern hilft der Staat, diese Basis der Kirchen nachhaltig zu sichern. Genau dieses aber widerspricht der grundgesetzlich verankerten Trennung von Staat und Kirche. Allein schon aus diesen Gründen müsste diese Subvention sofort beendet werden.

FRIEDRICH HALFMANN, VEREIN UMWIDMUNG VON KIRCHENSTEUERN E. V., HALTERN AM SEE

Frankfurter Rundschau  
30. Oktober 2003

## Mandant, nun sag, wie hast du's mit der Religion?

### Das neuste Gericht: Wie ein Steuerberater rechtskräftig verurteilt wurde, weil er die geldwerten Vorteile eines Kirchenaustritts verschwieg

Von Schuld ist die Rede, von Gewissen, und eine Drohung steht düster im Raum: Die Sprache, derer sich das Oberlandesgericht Düsseldorf bedient, um seine Entscheidung zu begründen, erinnert an das Alte Testament. Die Auswirkungen des Urteils könnten aber die Kirchen in eine tiefe Krise stürzen. Wie erst jetzt durch eine Notiz in der Fachzeitschrift Kölner Steuerdialog bekannt wurde, hat das OLG Düsseldorf am 20. Dezember 2002 einen Steuerberater verurteilt, weil er "den ihm obliegenden Beratungspflichten schuldhaft nicht nachgekommen" ist. Er hätte von sich aus seinen Mandanten, einen Geschäftsmann, darauf hinweisen müssen, dass dieser eine höhere Gewinnausschüttung erzielen könnte, wenn er nicht der Kirche angehörte. "Bei einer ordnungsgemäßen Beratung", so das Gericht, hätte sich der Mandant wahrscheinlich für einen Kirchenaustritt entschieden.

Was wie eine Glosse aus der juristischen Provinz klingt, könnte sich zum Flächenbrand ausweiten. Da das OLG eine Revision nicht zuließ, werden kluge Kollegen von nun an in die fiskalische Beratung einfließen lassen, was der Verurteilte wie auch zuvor das Landgericht Kleve für eine "höchstpersönliche Gewissensentscheidung" hielten. Die Gretchenfrage wird künftig den Auftakt eines jeden Fiskalgesprächs bilden. Sie wird darüber entscheiden, ob sich der Steuerberater noch auf dem Boden des Gesetzes befindet. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Kirchenaustritte nicht unbedingt zurückgehen.

Es überrascht das Maß an Nonchalance, das der Geschäftsmann überzeugend darlegte. Offenbar hat er glaubhaft versichert, von der Existenz einer Kirchensteuer nichts geahnt zu haben. Zwar nahm er nach Auskunft seines langjährigen Steuerberaters kirchliche Einrichtungen in Anspruch, um persönliche Ereignisse zu feiern. Dieser Umstand sei jedoch, was die Frage der inneren Einstellung zur Kirche angehe, ebenso unsubstantiiert wie unerheblich. Mit dieser Rüge hat das Gericht den statistischen Normalfall zur Rechtsgrundlage erhoben und der vagen Hoffnung postmoderner Großstadtseelsorge den Boden entzogen: Auch wer die Kirche sporadisch aufsucht, steht ihr in der Regel teilnahmslos bis ablehnend gegenüber.

Dass ein Gericht in der Kirchenmitgliedschaft einen Steuertatbestand erblickt und von einer "drohenden Kirchensteuerlast" spricht, überrascht da schon weniger. Für Spiritualität und Glaube müssen Richter kein besonderes Gespür entwickeln. Spiritualität und Glaube sind justiziabel nur dann, wenn deren Ausübung behindert wird oder sich mit anderen Grundrechten reibt. Gerade deshalb verblüfft die Leidenschaft, mit der sich die Düsseldorfer Richter zum Anwalt des Säkularen machen. Sie veranschlagen die Wahrscheinlichkeit eines Austritts auch deshalb so hoch, weil die Kirchenmitgliedschaft in der Taufe und somit "ohne Mitwirkung des Steuerpflichtigen" begründet wurde. Die enorme Zeit, die seit der Volljährigkeit ins Land ging - im Falle des Geschäftsmanns immerhin rund 30 Jahre - deutet das Gericht keineswegs als schweigendes Einverständnis. Der Mensch, lässt sich folgern, wird ungefragt getauft und danach von den Verhältnissen daran gehindert, sich an seine Taufe zu erinnern - bis ein Steuerberater ihn aus dem Schlaf der Ahnungslosigkeit weckt. Der Verurteilte muss seinem Mandanten die Kirchensteuer ersetzen. Der "sicherste Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel" hätte darin bestanden, aus der Kirche auszutreten. "Bedenklich" nennt der Kommentator des Kölner Steuerdialogs das Urteil. Anders als die Richter hält der Jurist daran fest, ein Kirchenaustritt sei keine "wirtschaftliche Handlung im weiteren Sinne".

Matthias Schreiber, Öffentlichkeitsdezernent der unmittelbar betroffenen Evangelischen Kirche im Rheinland, will über die möglichen finanziellen Auswirkungen nicht spekulieren. Das Urteil möge "in seiner Rechtssystematik nachvollziehbar erscheinen." Im Ergebnis aber bedeute es einen Angriff auf die Grundlagen des freiheitlichen Staates, von denen dieser - nach dem bekannten Wort Ernst-Wolfgang Böckenfördes - lebe, ohne sie selbst garantieren zu können. Schreiber weiß bereits von Fortbildungen zu berichten, die die Steuerberater ermahnen, mit ihrer Klientel unbedingt über die Alternative Kirche oder Steuervorteil zu reden.

Dreierlei lehrt das Urteil: Auch aus Gründen der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der, mit Luhmann gesprochen, Systemrationalität kann sich Desinteresse in faktische Gegnerschaft verwandeln. Zweitens haben die Richter der schwindenden Prägekraft des Christlichen einen harschen, aber gültigen

Ausdruck verliehen. Darum stehen drittens die Kirchen mehr denn je vor der Frage, ob das Steueraufkommen Segen oder Fluch ist, ob es einen Schein von gesellschaftlicher Relevanz aufrecht erhält, die längst nicht mehr vorhanden ist, oder aber noch immer ein gutes Mittel zum besseren Zweck darstellt.

ALEXANDER KISSLER in: Süddeutsche Zeitung, vom 20. 5. 2003

„M.E. ist keine der heutigen Möglichkeiten der Finanzierung der Kirchen so weit weg vom Neuen Testament wie unser System der Kirchensteuer“ (Ulrich Lutz).

„Wir sind in die Irre gegangen. ... Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erfordert“ (Darmstädter Wort 1947).

## Abschied von der Kirchensteuer

- Plädoyer für eine evangeliumsgemäße und angemessene Kirchenabgabe -

Eine *strukturelle* Rückbesinnung

- 1.1. Abschaffung der derzeitigen KIRCHENSTEUER mit
  - ihrem staatlichen Inkassoeinzug, der Kirchenaustrittserklärung vor staatlichen Stellen und den angedrohten kirchlichen Strafen
  - mit ihrer zentralistischen Verwaltung und Verteilung der Gelder von oben nach unten.
- 1.2. Aufgabe der undurchschaubaren 200 Jahre währenden STAATSLEISTUNGEN im Gefolge des Reichsdeputationshauptschlusses (Entfeudalisierung der Kirche durch „Fürstenrevolution“ – Besitz auf der Ebene der Pfarrgemeinde bleibt garantiert).
- 1.3. Inanspruchnahme von SUBVENTIONEN (z.B. Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Beratungsstellen, Militärseelsorge) nur noch für eindeutig nach üblicherweise *kostendeckenden* Sätzen abrechenbare wirklich subsidiäre Leistungen der Kirchen in sozialen Lücken, nicht mehr treuhänderisch und flächendeckend.
- 1.4. Verzicht auf Steuervergünstigungen (Gewerbe-, Mehrwert-, Grunderwerbs- Zinsabschlagssteuer).
- 2.1. (Wieder)einführung einer freiwilligen, möglichst alle Kirchenmitglieder erfassenden und entsprechend ihrem Einkommen u./o. Vermögen betreffenden KIRCHENABGABE.
- 2.2. Die *Höhe des Kirchenbeitrages* wird vom Kirchenmitglied selbst festgesetzt (evtl. vorgegebener Sockelbetrag oder Rahmenangabe als obere und untere Richtgröße, Steuertabelle als Orientierung); weg von einer durch die Kirchensteuer mitbedingten Versorgungskirche, hin zu einer Beteiligungskirche durch den eigenen Akt der Identifikation und Begegnung und Ermunterung untereinander.
- 2.3. Die Möglichkeit des *Splittens bzw. Widmens* wird eingeräumt entsprechend abgestufter und partieller Mitgliedschaftsformen und der sich daraus ergebenden Identifikationen mit bestimmten Aufgaben und Projekten.
- 2.4. Der *Einzug der Kirchenabgabe* erfolgt durch ein kircheneigenes Abgabesystem auf Pfarr-, Basis- und Personalgemeindeebene, auch im Dekanats- oder Stadtgemeindeverbund, da die Hauptverantwortung für die Finanzen bei diesen liegt. Der Geldfluß geht also von unten nach oben, wo eine gesamtkirchliche Ausgleichskasse zwischen kleineren und größeren, ärmeren und reicheren Gemeinden und Diözesen und für die Absicherung von überregionalen seelsorglichen Arbeiten und für deren Planungssicherheit Sorge trägt.
- 2.5. Gewählte *Kirchenabgabe- und Verwaltungsräte* sorgen von unten nach oben und umgekehrt für einen transparenten, gerechten und sparsamen Umgang mit den Kirchenabgabegeldern.
- 2.6. Wichtigstes Feld, auf dem kirchliche Finanzen gefordert sind, ist gemäß der Grundentscheidung der neutestamentlichen Zeit und auch der Alten Kirche *die Diakonie*, der zufolge die Kirchen ihr Geld immer in erster Linie für Menschen ausgeben müssen, die es nötig haben, lokal und weltweit, innerhalb und außerhalb der Kirchen und nicht nur das aus der Kirchenabgabe und das auch nicht wie derzeit nur zu 10-15 %.

Ihre Angebote müssen aber unterscheidbarer sein. Das wird vom Evangelium und von den Menschen erwartet, nicht flächendeckend konzernmäßiger Einsatz bei schwindender christlich personeller Basis an Haupt und Gliedern und außertariflichen Gehältern bei bestimmten Mitarbeitern. Warum nicht z.B. kirchliche Krankenhäuser verkaufen und mit dem Erlös eine Stiftung gründen und aus deren Mitteln Angebote fördern, an die sich der Staat und andere nicht herantrauen? In *soziale Lücken* muß die Diakonie springen. Das ist ihre Aufgabe.

3. ZWISCHENSCHRITTE, mit denen sofort begonnen werden muß:

3.1. Volle *Transparenz* bei der Verwaltung und Zuteilung der derzeitigen Kirchensteuermittel

3.2. Nutzung der *Rücklagen und Vermögen* für die Sicherung der Pensionsansprüche und anderer Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern in vertretbaren „Höhen“.

3.3. Aufgabe der *Zwangszahlungscharakter*s durch Zustimmungserklärung zum Inkassoeinzug mit dem Recht des Widerrufs und Verzicht auf die Androhung von Kirchenstrafen.

3.4. Einräumung von *Widmungs- u./o. Splittingsmöglichkeiten*.

3.5. Einzug der Kirchensteuer in der jetzigen Form durch *kircheneigenen Einzugsapparat* (wie in Österreich und in der BRD bis in die 50er Jahre und in der ehem. DDR) mit staatlichen Steuerlisten, Mahn- und Klageverfahren als *Einübung* in den kircheneigenen Einzug der Kirchenabgabe mit Selbstfestsetzung der Höhe durch das Mitglied und ohne Mahn- und Klageverfahren, aber mit Widmungs- und Splittingsmöglichkeit.

3.6. Abbau der *Beamtenkirche* und der hochkarätigen *Dienstwagenhierarchie*.

Annäherung an den biblischen, altkirchlichen Grundsatz, daß hauptamtliche Verkünder vom Evangelium „leben“ sollen, aber „nur leben“, und zwar nach dem Armenrecht; Besinnung auf Pfarrstellen im Nebenamt oder auf der Basis eines freiwilligen Dienstes nach dem Modell des Paulus.

3.7. Abbau der *überdimensionalen kirchlichen Bildungshäuser und Akademien und Reduzierung der Vielzahl der hochprozentig subventionierten Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen, Beratungsstellen aller Art und der kirchlichen Alten- und Pflegeheime und Krankenhäuser*, in die zwar nur bis auf wenige Ausnahmen kirchliche Gelder fließen, die aber immer sinnentleerten und alternativloser zu werden drohen hinsichtlich Nachhaltigkeit, Würde und menschlicher Zuwendung durch widerstandslose Unterwerfung unter staatlicher Spar- und Konkurrenzzwänge und Trachten nach Überschüssen durch die Träger.

Durch eine solche strukturelle Rückbesinnung auf eine freiwillige Kirchenabgabe werden unsere Kirchen von Volkskirchen in staatlicher Abhängigkeit wieder zu Kirchen der Glaubwürdigkeit und biblischen Verhältnismäßigkeit, ökumenisch zusammenwachsend und zusammenarbeitend mit Synergieeffekten.

Kultursteuer und Bürgerguthaben gehören auf ein anderes Blatt und haben ursächlich nichts mit der Kirchenfinanzierung zu tun, weil die Abschaffung der Kirchensteuer den Staat nicht dazu verpflichtet, eine neue Gemeinwohlfinanzierung zu entwickeln, wie der dbv (S. 95) meint, die Umwidmung von Kirchensteuern ist ihrerseits ein erstes naheliegendes Druckmittel im Widerstand gegen den Zwangseinzug der Kirchensteuer gewesen, das neuerdings von Wir sind Kirche aufgegriffen wird, um die Bischöfe finanziell unter Druck zu setzen, mit ihnen über ihre Anliegen verbindlich zu reden.

Nach der Lektüre des Artikels von Ulrich Lutz, *Ekklesiologie und Gelder der Kirche*, in *Evang. Theol.* 61. Jg. Heft 1, S. 6-18 im Vergleich mit den Äußerungen des dbv, BK, AKH, U.v.Ki.St. und *Wir sind Kirche* zum Thema der Kirchensteuerreform als Diskussionsbeitrag für das Treffen des Initiativkreises Kirchensteuerreform des dbv am 04.10.03 in Frankfurt unaufgefordert zusammengetragen von: Herbert Hahn, Am Rottersberg 8, 37339 Worbis, Tel. 036074/31893, Mitglied des Aktionskreises Halle (AKH) in Kooperation mit dem Bensberger Kreis (BK).

Herbert Hahn

KARL MARTIN

## Theologische Vorüberlegungen für eine Reform der Kirchenfinanzierung

Das gegenwärtige System der Kirchenfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf zwei Gegebenheiten, nämlich der institutionellen Vereinnahmung der Taufe und dem Zwangscharakter des Kirchensteuereinzugsverfahrens.

### 1. Die institutionelle Vereinnahmung der Taufe

Mit der Taufe beginnt die Gliedschaft in der „heiligen katholischen Kirche“. Der Begriff Kirche meint die Gesamtheit aller Christen. Es wird vorausgesetzt, dass es in diesem Sinn nur eine einzige Kirche gibt und geben kann. Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie mit der heute vorfindlichen Tatsache einer Vielzahl von Konfessionskirchen umgegangen werden soll. Problematisch an den Konfessionskirchen ist nicht deren Vielzahl, sondern die Inanspruchnahme des Einheitsbegriffes Kirche für institutionelle Teilgebilde. Die Verwendung des Begriffs Kirche zeigt, dass sich die Teilgebilde als Repräsentanten des Ganzen mit dem Anspruch auf das Ganze verstehen. Die Einheit der Kirche verkörpere und erfülle sich in ihnen als Institution. Genau dieser Ideologie muss widersprochen werden. Die Kirche hat alleine in Christus ihre Einheit. Christus als der Herr der Kirche wirkt unmittelbar in ihr und durch sie und bedarf keiner institutionellen Vermittlung.

Die Unterscheidung zwischen der einen Kirche als Glaubensgemeinschaft und den Konfessionskirchen als institutionellen Teilgebilden wirft ein neues Licht auf die Tauffrage. Im Neuen Testament gehört die Taufe zu den Symbolen der Einheit. Es ist also völlig korrekt, die Taufe als den Beginn der Gliedschaft in der „heiligen katholischen Kirche“ zu betrachten. Ganz anders verhält es sich mit der Mitgliedschaft in den institutionellen Teilgebilden. Die institutionellen Teilgebilde können nicht die Unmittelbarkeit des göttlichen Willens für sich beanspruchen. Zum Glauben gehört zwar die Zugehörigkeit zu der „heiligen katholischen Kirche“, nicht aber mit der gleichen Notwendigkeit eine öffentlich-rechtliche „Kirchenmitgliedschaft“. Andere gleichwertige Formen eines gemeinsamen christlichen Lebens sind denkbar. Dass die Taufe, ursprünglich nur Symbol der Einheit, zusätzlich für die Begründung der Mitgliedschaft in

den institutionellen Teilgebilden in Anspruch genommen wird, muss als Missbrauch eines Glaubensrituals für menschliche Institutionsinteressen gewertet werden.

Ein weiteres kommt hinzu, nämlich die in der Kirchengeschichte sich vollziehende Entwicklung des Glaubensrituals von der Erwachsenentaufe hin zur Kindertaufe. Die Beurteilung der Kindertaufe wird unterschiedlich ausfallen, je nachdem welchen Taufaspekt man vor Augen hat. Wenn es um die Taufe als Symbol der Einheit sowie als ein Sakrament in der Unmittelbarkeit des göttlichen Willens geht, wird das in der Taufe geschehende Handeln Gottes an einem unmündigen Kind gut zu verstehen und zu akzeptieren sein. Wenn jedoch eine Begründung der institutionellen Kirchenmitgliedschaft und damit verbunden der Kirchensteuerpflicht gemeint ist, kann es nicht mehr das gleiche Verstehen und Akzeptieren geben. Die Zugehörigkeit zu einem institutionellen Teilgebilde ist nicht mehr göttliche Vorgabe, sondern menschliche Entscheidung. Da es eine menschliche Entscheidung ist, darf die Unmündigkeit eines Kindes nicht ausgenutzt werden, um das Kind dauerhaft für die eigene Mitgliedschaftsentscheidung zu vereinnahmen. Der Kirchenmitgliedschaft einer erwachsenen bzw. religionsmündigen Person sollte in jedem Fall eine eigene, ausdrückliche Entscheidung zugrunde liegen.

### 2. Der Zwangscharakter des Kirchensteuereinzugsverfahrens

Das gegenwärtige Kirchensteuereinzugsverfahren basiert auf dem kirchlichen Mitgliedschaftsrecht. Der Staat akzeptiert das kirchliche Mitgliedschaftsrecht und macht es zur Grundlage für sein Verwaltungshandeln. Dies ist alles andere als selbstverständlich. Normalerweise sollte man etwas anderes erwarten. Der Verfassungsgrundsatz der Religionsfreiheit besagt, dass niemandem ohne seine Einwilligung eine Religion zugeschrieben bzw. er als Mitglied einer Religion behandelt werden darf. Wenn der Staat im Rahmen des Selbstverwaltungsrechtes der Kirchen dem Taufen von Kindern Raum gibt, so müsste er sehr genau die Inhalte unterscheiden, die mit der Taufe verbunden sind. Die Taufe als ein Gnadenakt Gottes und als eine Berufung des Menschen in das Reich Gottes und in die Nachfolge Jesu wäre durchaus mit dem Verfassungsartikel der Religionsfreiheit vereinbar, weil sich mit ihr keine institutionelle Vereinnahmung verbände. Der Mensch bliebe frei, auf den Gnadenakt Gottes und auf seine Berufung so oder anders zu reagieren. Mit einer so verstandenen Taufe sind keine institutionellen Pflichten verbunden. Anders verhält es sich, wenn die Taufe gleichzeitig den Beginn der Kirchenmitgliedschaft markiert.

Wenn der Staat korrekt verfahren würde, müsste er die Kindertaufe als einen rein religiösen Akt ohne Folgen für das bürgerlich-rechtliche Leben eines Menschen behandeln. Sofern die Kirche die Kindertaufe für die Begründung einer institutionellen Mitgliedschaft heranzieht, müsste der Staat einer so begründeten Mitgliedschaft die Anerkennung verweigern. Die Argumentation des Staates müsste lauten: Ein Mensch mag aufgrund des Selbstverständnisses der Kirchen mit der Kindertaufe zu einem Vollmitglied der Glaubensgemeinschaft werden, wir als Staat können jedoch einer solchen Taufinterpretation keine öffentlich-rechtlichen bzw. bürgerlichen Konsequenzen zubilligen. Für das Verwaltungshandeln des Staates müsste ein Mensch, dessen Beziehung zur Kirche nur durch die Kindertaufe geregelt ist, als ein Nicht-Mitglied gelten. Als Mitglied der Kirche als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts dürften für den Staat eigentlich nur solche Menschen in Betracht kommen, die ihren Eintritt in die Institution als mündige Bürger ausdrücklich erklärt bzw. ihr Einverständnis mit ihrem Mitgliedschaftsstatus eigenverantwortlich und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht haben.

Ist also bereits die Anerkennung des kirchlichen Mitgliedschaftsrechtes im staatlichen Bereich ein hochproblematischer Vorgang, so potenzieren sich die Schwierigkeiten dadurch, dass auf diesem stattlich anerkannten kirchlichen Mitgliedschaftsrecht das gegenwärtige Kirchensteuereinzugsverfahren aufgebaut wird. Die Kirchen behaupten immer wieder, bei der Kirchensteuer handele es sich um einen schlichten Mitgliedsbeitrag. Der Einzug durch die staatlichen Finanzämter sei lediglich ein wegen seiner Wirtschaftlichkeit gewähltes Verfahren. Dass es sich dabei um kein Zwangseinzugsverfahren handele, sei daraus ersichtlich, dass man sich jederzeit durch Kirchenaustritt der Kirchensteuerverpflichtung entziehen könne. Besonders das letztere Argument bedarf einer kritischen Würdigung. Es ist einzuräumen, dass die Möglichkeit des Kirchenaustritts dem Zwangscharakter des gegenwärtigen Kirchensteuereinzugsverfahrens tatsächlich eine Grenze setzt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass diese Möglichkeit der Beendigung des Zwangsverfahrens nicht rechtfertigen kann, dass es bis dahin ohne eine verfassungskonforme Legitimation zur Anwendung kam.

Das Kirchensteuereinzugsverfahren wird in zwanghaften, mit staatlichen Gewaltmitteln durchsetzbaren Strukturen abgewickelt. An der vom Staat eingerichteten Möglichkeit des Kirchenaustritts zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit der Situation. Die Taufe als Glaubenszeichen kann nicht durch einen Kirchenaustritt aufgehoben und zunichte gemacht werden. Wenn der Staat für die äußere Institutionszugehörigkeit einen Kirchenaustritt zulässt, warum verlangt er nicht einen vergleichbaren Kircheneintritt als bewusstes Entscheidungshandeln? Die Möglichkeit des Kirchenaus-

tritts zeigt, dass der Staat sehr wohl zwischen der Glaubensberufung und der Institutionszugehörigkeit zu unterscheiden vermag. Beim Kirchenaustritt wird von diesem Unterschied bewusst Gebrauch gemacht, während ihn beim Kircheneintritt Kirche und Staat ineinander verschwimmen lassen, um über Menschen ohne ihre persönliche Einwilligung institutionell verfügen zu können.

### Buchhinweis aus: ideaSpezial 5/2003:

Das Buch kann beim dbv bestellt werden.



Detlev Bald/ Karl Martin  
(Hrsg.): Abschied von der  
Kirchensteuer,  
Publik Forum, Oberursel,  
176 Seiten, 12,80 €

Detlev Bald / Karl Martin (Hrsg.)

## Abschied von der Kirchensteuer

Die beiden Großkirchen erzielen rund 55 Prozent ihrer Einnahmen über die staatliche Kirchensteuer. Belastet werden nur Kirchenmitglieder, die Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen. Sie machen ein Drittel der Kirchenmitglieder aus. Sie treten in einem höheren Maße aus als die steuerfreien Alten. Dennoch halten die Kirchen an der Kirchensteuer fest und hoffen, die anhaltenden Einnahmeverluste durch Sparmaßnahmen auszugleichen. Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein hat ein Reformmodell vorgelegt, das Denkanstöße gibt, wie es mit den Kirchen und ihren bröckelnden Finanzen weitergehen kann. Die Kirchensteuer wird zu einem Mitgliedsbeitrag, den die Kirchen selbst erheben. Das stärkt die Bindung des Einzelnen an seine Kirche, die dann mehr auf ihre Mitglieder zugehen muß. Doch sind die Pastoren dazu überhaupt in der Lage? Bei Wegfall der Kirchensteuerverpflichtung könnten die beiden Großkirchen viele ihrer Mitglieder verlieren. Auch deshalb wird der Vorschlag ergänzt durch ein „Bürgerguthaben“. Jeder Steuerzahler, der eine Einkommenssteuererklärung abgibt, kann jedes Jahr einen ihm vom Finanzamt zugewiesenen Betrag an gemeinnützige Einrichtungen geben. Der Kreis der Empfangsberechtigten reicht von Kindergärten, Bürgerinitiativen bis hin zu Greenpeace. Auch die Kirchen gehören dazu. Haben sie aus diesem Bürgerguthaben viel zu erwarten? Ihr Ansehen jedenfalls ist gering und liegt bei allen Umfragen auf der Ebene der politischen Parteien.

Hans Apel  
(Bundesfinanzminister unter Helmut Schmidt - SPD)

Die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 14. 7. 2003 berichten über den dbv-Initiativkreis Kirchensteuerreform und sein Reformmodell



## Kirchensteuer steht auf dem Prüfstand

### Grüne: Bürgerguthaben soll Zwangseinzug ersetzen

Berlin - Die Grünen erwägen, die Kirchensteuer zu reformieren, damit die Kirchen nicht in den Sog schwindender Steuereinnahmen geraten. Andere wollen diese Abgabe ganz abschaffen.

VON CLAUDIA LEPPING

Fraktionsvize Christian Ströbele nennt die Kirchensteuer "ein Relikt aus alten Zeiten. Sie ist obsolet, weil unser System Staat und Religion trennt. Außerdem benachteiligt diese Steuer all jene Religionsgruppen neben den Amtskirchen, die jährlich größer werden." Unterstützung bekommt Ströbele aus der Humanistischen Union (HU), der ältesten deutschen Bürgerrechtsorganisation. HU-Mitglied Rudolf Ladwig, Grünenpolitiker aus NRW: "Die Kirchen sollten wie andere Vereine auch ihre Mitgliedsbeiträge nach dem Vereinsrecht eintreiben."

Der Initiativkreis Kirchensteuerreform will das Steuermodell modifizieren: "Wir sind nicht gegen Kirchen", betont Friedrich Battenberg, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft grüner Christen. Vielmehr soll der "staatliche Zwangseinzug" durch ein "Bürgerguthaben" ersetzt werden, das allen kulturellen, sozialen und gemeinnützigen Einrichtungen zugute kommt.

Die Evangelische Kirche hatte 2002 rund 4,044 Milliarden Euro an Kirchensteuern eingenommen, die Katholische Kirche 4,302 Milliarden Euro. "Die Kirchensteuer berücksichtigt den Kinderfreibetrag", betont Jens Petersen, Geschäftsführer der Evangelischen Kirchen Deutschlands. Er will "die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit" aufrechterhalten - wie auch die Katholische Kirche. Prälat Klaus Jüsten räumt ein, dass über neue Bemessungsgrundlagen und Hebesätze zu beraten sei, sofern die Einnahmen weiter sinken. Heike Dederer, finanzpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion in Stuttgart, rechnet sogar mit der Erhöhung der Kirchensteuer: "Wenn sie erhöht werden muss, damit die Kirchen ihre karitativen Verpflichtungen erfüllen können, werden viele die Kirche verlassen." (Landesnachrichten Seite 5)

Aktualisiert: 15.07.2003, 05:03 Uhr

VERANTWORTUNG 32/2003

## Eine andere Welt ist möglich

### Berliner Aufruf Ökumenischer Basisgruppen und Initiativen

#### (1) Womit wir uns nicht abfinden

Obwohl sich viele um eine nachhaltige, gerechte und tragfähige Entwicklung unserer Welt bemühen, verschärfen sich die Krisen unserer Zivilisation. Der Grund ist unser fehlgeleitetes Wirtschaftssystem mit seiner ungerechten Eigentums- und Geldordnung. Es ist fehlgeleitet, weil es vor allem die großen Geldvermögen mehrt und zu ständigem Wirtschaftswachstum zwingt, statt alle Menschen im gegenseitigen marktwirtschaftlichen Austausch ausreichend mit dem Lebenotwendigen zu versorgen. Weil das so ist,

- werden überall die Reichen reicher und die Armen ärmer und zahlreicher,
- dringen Markt und Wettbewerb in alle Lebensbereiche vor und zerstören menschliche Beziehungen,
- werden immer mehr Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt, während die, die Arbeit haben, überlastet und ausgebeutet werden,
- beherrscht die Wirtschaft immer mehr die Politik, so dass die politischen Institutionen immer weniger in der Lage sind, die Krisen unserer Zeit zu lösen,
- werden die Naturschätze immerweiter ausgeplündert und das Ökosystem zunehmend aus dem Gleichgewicht gebracht,
- greifen Gewalt, internationaler Terror und neue Kriege weiter um sich.

Diese Entwicklung ängstigt uns. Sie ist nicht zukunftsfähig, Sie treibt in eine Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation. Damit finden wir uns nicht ab.

#### (2) Wie unsere Welt werden kann

Gott will eine andere Welt. Getragen von seiner Friedensverheißung, sind wir davon überzeugt, dass eine bessere Welt möglich ist:

- eine Welt, in der eine sozial gerechte und ökologisch vertretbare Marktwirtschaft entwickelt werden kann,
- eine Welt, in der Ausgrenzung, Hunger und Elend durch Teilen und Anteilnahme überwunden werden,
- eine Welt, in der Unterdrückung, Völkerhass und Terror überwunden und krieg als Mittel der Politik abgeschafft werden,

- eine Welt, in der die Menschheit im Einklang mit der Natur lebt und Gottes wunderbare Schöpfung für künftige Generationen erhalten bleibt.

Wir wissen, dass unzählige Menschen sich nichts sehnlicher wünschen als ein friedliches Zusammenleben der Völker und die dauerhafte Bewahrung der Schöpfung. Wir bestreiten, dass Ungerechtigkeit, Kriege und Naturzerstörung unabänderliches Schicksal sind.

### **(3) Wir beginnen bei uns selber**

Die heute bestimmende Lebensweise ist - durch Markt und Werbung angetrieben - vom Habenwollen geprägt: zwischenmenschliche, geistige und seelische Werte verkümmern, Körper, Geist und Seele fallen auseinander. Damit finden wir uns nicht ab. Aber eine bessere Welt wird es nur geben, wenn jeder bei sich selber anfängt.

Darum lassen wir uns auf eine veränderte Lebensweise ein,

- eine Lebensweise, in der neben einem verantwortlichen Konsum vor allem geistige Kräfte, ethische Werte und spirituelles Wachstum unser Leben bestimmen,
- eine Lebensweise, in der sich Solidarität, Teilhabe und Miteinanderleben entfalten können,
- eine Lebensweise, in der sich Selbstentfaltung, Ganzheitlichkeit, Kreativität und Freiheit entwickeln können,
- eine Lebensweise, in der wir Achtsamkeit, Ehrfurcht vor dem Leben und Spiritualität einüben können.

Ein solches Leben wird bescheidener, aber stimmiger, reicher und erfüllter sein.

### **(4) Wir setzen uns ein für grundlegend andere politische und gesellschaftliche Verhältnisse**

Eine neue Lebensweise wird nur dann zu einer zukunftsfähigen Entwicklung unserer Gesellschaft führen, wenn auch die Strukturen in Wirtschaft und Politik national und global grundlegend verändert werden. Darum setzen wir uns dafür ein,

- dass die Politik den Vorrang vor der Wirtschaft zurückgewinnt,
- dass neben den politischen auch die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte zur Geltung kommen,
- dass das Eigentumsrecht und das Geldwesen so reformiert werden, dass Eigentum nur durch eigene Arbeit erworben werden kann und die automatische Selbstbereicherung der großen Geldvermögen auf Kosten anderer aufhört,

- dass Sinn und Stellenwert der Arbeit neu definiert und das Arbeitslosigkeitsproblem strukturell gelöst und z.B. durch die Aufwertung der gemeinnützigen und Familienarbeit, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Beteiligung aller Einkommen und Wertschöpfungen an der sozialen Sicherung, so wie durch die Entwicklung einer gemeinwesenorientierten Ökonomie jenseits der globalen Marktkonkurrenz,
- dass die Privatisierungs- und Kommerzialisierungstendenzen in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens, in den Medien, im Gesundheits- und Bildungswesen und in der Wissenschaft zurückgestutzt werden,
- dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes direkt mitbestimmen können, z.B. durch Bürgerforen, durch Volksabstimmungen, an Runden Tischen, in der Lokalen Agenda 21 und durch Wahlmöglichkeiten über die Parteien hinaus,
- dass die Kultur- und Bildungspolitik geistige und ethische Werte mehr als bisher vermittelt und fördert,
- dass das Ökosystem lokal und global konsequent geschützt wird,
- dass in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik darauf gedrungen wird, dass die armen Länder entschuldet, ihre Binnenmärkte gestärkt und ihnen günstige oder zinslose Kredite gewährt werden, um Bildung, Ausbildung und soziale Infrastruktur zu entwickeln,
- dass dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen uneingeschränkte Geltung verschafft und der Weltsicherheitsrat gestärkt und demokratisiert wird,
- dass das internationale Recht fortentwickelt, ein politisches Frühwarnsystem errichtet und zivile Friedensdienste zur Befriedung von Konflikten eingesetzt werden.

### **(5) Schließen wir uns zu Bündnissen zusammen**

Es entstehen immer mehr Initiativen und Bewegungen, die sich für eine gerechtere und zukunftsfähige Welt einsetzen. Diese Aufbrüche werden aber nur dann zur Wirkung kommen können, wenn sie sich in starken Bündnissen zusammenschließen.

#### **Wir rufen alle Menschen guten Willens auf,**

- sich den neu entstehenden Bündnisbewegungen anzuschließen,
- in den entstehenden Sozialforen auf lokaler, regionaler, bundesweiter, europäischer und globaler Ebene an einem breiten, öffentlichen Diskurs mitzuarbeiten,
- in diesem Diskurs im Sinne der Erd-Charta auf einen gesellschaftlichen Grundkonsens ("Gesellschaftsvertrag") für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweise hinzuwirken

**Wir rufen Gemeinden und Kirchen auf,**

- in Theologie, Verkündigung und Öffentlichkeit die Pseudoreligionen des Mammonismus und des Konsumismus aufzudecken,
- in ihren eigenen Strukturen und Einrichtungen Modell und Beispiele für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu entwickeln,
- gemeinsam mit anderen Kirchen den Ökumenischen Bekenntnisprozess "Wirtschaft im Dienst des Lebens" (processus confessionis) nach dem Gebot Jesu: "Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon" aufzunehmen und voranzubringen,
- mit anderen Religionen einen weltweiten Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ("Konziliarer Prozess") zu befördern,
- die Sozialforen, die Bündnisbewegung ATTAC, sowie lokale und regionale Initiativen zur Agenda 21 zu unterstützen und in ihnen mitzuarbeiten.

**(6) Wir laden Sie ein, mitzudenken und mitzutun und bitten Sie:**

- Verbreiten und diskutieren Sie diesen Aufruf.
- Werden Sie aktiv und schließen Sie sich im Sinne dieses Aufrufes Bündnisbewegungen in ihrer Region an.
- Tragen Sie die Impulse dieses Aufrufes in Ihre Gemeinden und Kirchen.
- Schreiben Sie uns ihre Ideen und Vorschläge für eine bessere Welt.

Wenn Sie sich für tiefere Analysen, Begründungen, Vorschläge und für Informationen über Initiativen und Bewegungen interessieren, fordern Sie unser Begleitheft zum "Berliner Aufruf - Eine andere Welt ist möglich" an.

**Vorstehender Aufruf wird von folgenden Basisgruppen und Initiativen getragen:**

**Das Deutsche Sozialforum** ist nach der Etablierung des Weltsozialforums in Porte Alegre 2001 und des Europäischen Sozialforums in Florenz 2002 im Entstehen. Es will als gesellschaftliches Forum einen öffentlichen Raum bieten, in dem ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteure weiterführend globalisierungskritische Diskussionen über notwendige Entwicklungen führen und sich über politische Basiserfahrungen austauschen.

**Kontakt:** Jens Löwe

Tel: 0711 / 4600632; Fax: 0711 / 487469;

Mail: info@nwwp.de, news.list@dsf-gsf.org, www.dsf-gsf.org

**Die Erd-Charta** ist ein internationales Projekt, das ethische Grundsätze für eine nachhaltige Entwicklung der menschlichen Zivilisation völkerrechtlich bei den Vereinten

Nationen verankern will. Der Text der Erd-Charta liegt vor und soll beim nächsten "Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung" beschlossen werden.

**Koordinationsstelle für Deutschland:**

Büro der ÖIEW; Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen;

Tel: 05694 / 1417;

Mail: erdcharta@oeiew.de, www.oeiew.de

**Der Ökumenische Bekenntnisprozess "Wirtschaft im Dienst des Lebens"** (processus confessionis) ist in

verschiedenen Weltkirchenversammlungen auf Drängen der Kirchen des Südens angeregt worden. Die Kirchen insbesondere in Westeuropa und den USA werden aufgerufen, einen "verbindlichen Prozess des Erkennens, Lernens und Bekennens im Kontext wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Naturzerstörung" aufzunehmen.

"Kairos Europa" ruft Gruppen, Gemeinden und Einzelne auf, in ihren Kirchen auf verbindliches Reagieren zu drängen.

**Kontakt:** Kairos Europa e.V.; Hegenichstr. 22. 69124 Heidelberg; Tel: 06221 / 716006;

Mail: info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

**attac** ist eine globalisierungs-kritische Bewegung, 1998 in Frankreich entstanden, heute mit großem Zulauf vor allem junger Menschen in über 30 Ländern aktiv. attac versteht sich als Bündnisbewegung gegen eine weitere neoliberale Globalisierung und fordert eine Globalisierung der sozialen demokratischen Grundrechte und der ökologischen Entwicklung. Es entstehen regionale attac-Gruppen, die in attac-Deutschland zusammenarbeiten.

**Kontakt:** Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/Main;

Tel: 069 / 90028110;

Mail: info@attac-netzwerk.de, www.attac.de

Dieser Aufruf ist ein Diskussionsergebnis, das der Koordinationskreis erarbeitet hat. Ihm wird zugearbeitet durch das Projektbüro, welches das vom UBA und BMU geförderte Projekt "Initiierung von Modellen für die Verankerung der Nachhaltigkeitsstrategie in Kultur und Gesellschaft - exemplarisch im Rahmen des Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung (GFS-Prozess) von kirchlichen Gruppen und Initiativen" durchführt.

Der Inhalt muss nicht mit den Ansichten der Förderer übereinstimmen.

Veröffentlicht beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin am 30. Mai 2003.

**Kontaktadresse:**

Stiftung Ökumene, Projektbüro,

Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin;

Tel: 030 / 283039-22; Fax: 030 / 283039-25;

Mail: projektbuero@global-denken-lokal-handeln.de

Projektleiter: Heiko Lietz

www.global-denken-lokal-handeln.de

# Überwindung des Krieges: Nachhaltiger Frieden - der notwendige Paradigmenwechsel in der Friedenspolitik und in der Friedensarbeit

**Aus: Eine andere Welt ist möglich  
Begleitheft zum Berliner Aufruf**

## Einführung

Bereits die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89 in Dresden-Magdeburg-Dresden hat im Beschluss 1: „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ einen Paradigmenwechsel von der Lehre vom gerechten Krieg zu einer Lehre vom gerechten Frieden angemahnt (Ziffer 36). Nach der Überwindung der Ost-West-Konfrontation wurde die Staatenwelt vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Ihre politische Fortentwicklung hält jedoch mit den Anforderungen an konstruktive Konfliktbearbeitung nicht Schritt. Die verbreitete Redeweise von einer „Weltgemeinschaft“ geschieht noch immer im Vorgriff auf eine Wirklichkeit, die sich bis heute allenfalls in grundlegenden Strukturen abzeichnet. Um so wichtiger ist es, heute erneut darüber nachzudenken, wie die Überwindung der Institution des Krieges schrittweise in Realpolitik umzusetzen ist. Dazu will dieser Text einen Beitrag leisten.

Die Friedensbewegung hat keine einmütige Antwort zur Frage bewaffneter Interventionen finden können. Die Schwierigkeit einer solchen Antwort liegt in der Sache selbst begründet: Eine bedingungslose Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung stellt - auch dort, wo sie sich als prophetisches Zeichen versteht - vor die Frage, wie zu handeln ist, wenn ohne bewaffnetes Eingreifen schutzlose Dritte Opfer fremder Willkür und Gewalt zu werden drohen. Eine auch unter noch so strengen Bedingungen bejahte Gewaltanwendung zugunsten bedrohter Dritter sieht sich andererseits vor dem realen Risiko, dass im Vollzug von Gewaltanwendung die gesetzten ethischen Grenzen durchbrochen werden - es droht stets die Verstrickung in eine immer schwerer steuerbare Eskalation, in die „Spirale der Gewalt“. Offenbar wird in diesem Dilemma jene Eigendynamik, die in vielen Formen organisierter Gewaltanwendung anzutreffen ist und sich der Einhegung durch Ethik und humanitäres Völkerrecht immer wieder entzieht. Dadurch wird zugleich deutlich, dass und warum ein einfaches Ja oder Nein zum Problem der Intervention den aufgeworfenen Fragen nicht gerecht werden kann.

Jenseits dieser Kontroverse bleibt es aber die entscheidende Gemeinsamkeit aller Menschen, die den Frieden vorantreiben wollen, dass sie gerade wegen der bedrückend ungelösten Fragen, die sich mit der Gewaltthematik verbinden, alles dafür tun müssen, der Gewalt vorzubeugen, „den Sumpf der Gewalt auszutrocknen“. Nur so lässt sich auch verhindern, dass Gewalt immer wieder mit dem Argument politisch legitimiert werden kann, sie sei in der gegebenen Situation die „ultima ratio“, weil gewaltvermeidende Alternativen nicht zur Verfügung stünden. Aus dem Geist dieses Konsenses ist das vorliegende Papier entstanden, und von ihm wird es getragen.

Die folgenden Positionsbestimmungen versuchen, sich bereits abzeichnende positive Entwicklungen zu unterstützen und zu verstärken. Durch das Benennen von Aufgabenfeldern ergeben sich für Politik, Kirchen, Kirchengemeinden und engagierte Christinnen und Christen Möglichkeiten gemeinsamen friedensethischen Handelns.

## 1. Vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“

1.1 Um die Ursachen von Krieg und Gewalt zu bekämpfen, sind verlässliche gerechte, politische und wirtschaftliche Strukturen zu errichten und zu stärken.

Autoritäre Machtverhältnisse müssen durch den Aufbau demokratischer Strukturen verändert, Unterentwicklung muss durch eine umfassende Strategie zur Armutsbekämpfung überwunden werden, damit eine Hauptursache für gewaltsame Konflikte im Vorfeld abgebaut wird. Dies macht Veränderungen im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendig, aber auch die innerstaatlichen Strukturen bedürfen in vielen Ländern der Reform.

1.2 Anstelle des Nachdenkens über die Bedingungen und ethischen Grenzen, denen der Gebrauch von Gewaltmitteln zu unterliegen hat, besteht primär die Pflicht zu einer präventiven Politik. Sowohl die Träger der Politik wie die Zivilgesellschaften müssen frühzeitig auf sich anbahnende Konfliktsituationen reagieren und dürfen nicht warten, bis von den Konfliktparteien bereits Gewalt angewendet wird. Es muss ein politisches Frühwarnsystem entwickelt werden, das zeitgerechtes Reagieren zur Folge hat. Hier ist besonders die kritische Aufmerksamkeit und wahrheitsgemäße Berichterstattung der Medien von Bedeutung. Aber auch Hilfsorganisationen, zivile Friedensdienste und die Kirchen können durch ihre weltweite Präsenz wesentlich zu einer frühzeitigen Warnung vor eskalierenden Konflikten beitragen; sie sollten ihre Beobachtungen von gefährlichen Entwicklungen stärker in die Öffentlichkeit tragen und müssen mehr als bisher bereit sein, sich politisch für zeitgerechtes Handeln zu engagieren. Das jah-

relange Verschweigen von Missständen und Fehlentwicklungen hat die Wirkung einer Bombe mit Zeitzünder.

### 1.3 Verwirklichte Gerechtigkeit wird zum qualifizierenden Merkmal eines Friedenszustandes.

Jeder Versuch, Frieden zu verwirklichen, kann nur insoweit gelingen, wie ungerechte durch gerechte Strukturen ersetzt werden. Innerhalb der Staaten, wie auch im internationalen System müssen überkommene außen- und wirtschaftspolitische Interessengeflechte dahingehend verändert werden, dass sie einem Mehr an Gerechtigkeit dienen. Dazu gehört auch der Vorrang der Politik gegenüber wirtschaftlichen und militärischen Interessen.

### 1.4 Verletzungen von Menschenrechten sind Verletzungen der Gerechtigkeit.

Die Charta der UN hat die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt und alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, gemeinsam und jeder für sich, dieses Grundziel anzustreben. Es kann nicht in das Belieben der jeweiligen staatlichen Machträger gestellt sein, ob und welche Menschenrechte garantiert werden. Verletzungen von Menschenrechten müssen durch die internationale Staatengemeinschaft stärker geahndet werden. Das Eintreten für Menschenrechte ist in sich schon eine Methode der Gewaltprävention.

### 1.5 Friede hat deshalb notwendige politische, ökonomische, ökologische und soziale Voraussetzungen.

Die Menschenrechtspolitik muss auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte einbeziehen. Armutszonen und soziale Krisenregionen stellen eine ständige Bedrohung auch für die reicheren Länder dar. Ökonomische, ökologische und soziale Programme gerade in den armen Ländern sind notwendige präventive Maßnahmen, um Frieden für die Zukunft zu sichern.

## 2. Von einer am eigenen Nutzen orientierten Interessenpolitik zu einer Politik, die einem international verstandenen Gemeinwohl dient

### 2.1 Überkommene Unrechtsverhältnisse und nationalstaatliche Eigeninteressen müssen durch die Förderung eines global verstandenen Gemeinwohls überwunden werden.

Die Globalisierung wird zu einer tödlichen Gefahr, wenn sie allein zur Durchsetzung egoistischer Interessen von Staaten, Staatengruppen oder wirtschaftlichen Verbänden missbraucht wird. Sofern Globalisierung einem glo-

bal verstandenen Gemeinwohl dient, kann diese Entwicklung helfen, mehr Gerechtigkeit für die benachteiligten Staaten und Regionen zu ermöglichen. Dabei verdient Beachtung, dass in vielfältigen Bezügen der Respekt vor den legitimen Interessen anderer zugleich der Wahrung legitimer Eigeninteressen dient, ja deren Verwirklichung überhaupt erst ermöglicht.

Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg - von den Anfängen in der Montanunion bis hin zur engen Zusammenarbeit auf vielen Gebieten im Rahmen der heutigen Europäischen Union - bietet ein eindruckliches Beispiel dafür, wie es gelingen kann, aufeinander zuzugehen und Interessenpartnerschaften zu entwickeln.

### 2.2 Jeder Schritt zu mehr Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Schutz von Minderheiten, genauso wie wirtschaftliche und soziale Fortschritte und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind dringend notwendige präventive Maßnahmen zur Überwindung von Gewalt. Das Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten dient häufig zur Rechtfertigung von Strukturen, die auf Dauer erhebliche Konfliktpotentiale in sich bergen. Für die Staatengemeinschaft kann es zum Alibi für mangelndes Interesse an den dringend erforderlichen Veränderungen in einzelnen Staaten dienen.

### 2.3 Das übergreifende Interesse der weltweiten Staatengemeinschaft muss besser organisiert werden, damit im Konfliktfall Einzelinteressen innerhalb oder zwischen einzelnen Staaten leichter überwunden werden können.

Die Instrumente und Zuständigkeiten internationaler Organisationen, insbesondere der UNO und ihres Welticherheitsrates müssen weiterentwickelt und den neuen Erfordernissen angepasst werden. Die Handlungsfähigkeit des Generalsekretariates muss erweitert und die Beschlussfähigkeit des Sicherheitsrates in Krisensituationen verbessert werden. Das Vetorecht sollte zumindest modifiziert werden. Dazu bedarf es der politischen Unterstützung und finanziellen Absicherung seitens der Großmächte, insbesondere der USA.

## 3. Von machtpolitischer Konkurrenz zu einem Konzept kooperativer Sicherheit

### 3.1 An die Stelle des Konkurrenzkampfes sollte Zusammenarbeit treten.

Die Verantwortlichen in der Politik der Nationalstaaten müssen zur Einsicht gelangen, wie stark das Schicksal ihres eigenen Landes in das der Völkergemeinschaft verflochten ist und dass im Augenblick gewonnene

Konkurrenzen um Machtanteile langfristig verheerende Folgen zeitigen können. Bewusste Zusammenarbeit mit anderen Staaten, gerade auch mit weniger entwickelten Ländern, führt zu Interessenwahrnehmungen, die einer gemeinsamen Sicherheit dienen.

3.2 Das Recht des Stärkeren muss durch die Stärke des Rechts ersetzt werden.

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Gewaltverbot, wird nur dann wirklich eingehalten werden, wenn die Normen des internationalen Rechts weiter entwickelt werden. Noch bestehen erhebliche Regelungslücken gerade im Hinblick auf inner- und zwischenstaatliche Konflikte.

Der Bruch des geltenden Völkerrechts, sei es bei Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen oder Terrorismus, muss durch internationale Gerichte verfolgt und geahndet werden.

3.3 Starke zivile Komponenten, gemeinsame Beratung, Gegenseitigkeit, Verlässlichkeit, Transparenz und Prävention sind notwendige Elemente kooperativer Sicherheit.

Dem Ansatz liegt die Einsicht zugrunde, dass zahlreiche Akteure an der kooperativen Sicherheit beteiligt werden müssen, gesellschaftliche Gruppen genauso wie relevante Regierungsorganisationen usw. Es bedarf entsprechender Einübung in wirkliche Kooperation. So sollten gerade in Konfliktregionen die zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort nachhaltig gestärkt werden, um auf diese Weise ein Gegengewicht gegen die vom Krieg profitierenden Gruppen zu schaffen. Durch Anreize zur Kooperation soll Frieden tragfähig werden.

#### 4. Von der Gewaltanwendung in vielfältigen Formen zur Minimierung jeglicher Gewalt

4.1 Gewaltanwendung ist die schwerste Form, die Würde und Integrität der menschlichen Person anzutasten. Eine Auseinandersetzung mit der Gewaltprägung unserer Wirklichkeit, die eigene Gewaltneigung eingeschlossen, ist dringend erforderlich. Jüdisch-christliche Traditionen weisen ein kontinuierliches Bemühen auf, Gewaltanwendung mehr und mehr einzudämmen. Begriffe wie Rache oder Vergeltung missachten den Menschen als Geschöpf Gottes.

4.2 Gewalt wirkt auf ökonomischer, politischer, kultureller, sozialer und mentaler Ebene. So wie sich Gewalt in vielfältigen Lebensbereichen und unterschiedlichsten For-

men etabliert, müssen zur Überwindung von Gewalt Maßnahmen in der ganzen Breite der Bereiche versucht werden.

4.3 Verhältnisse fortdauernder Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig.

Eine Welt, in der vielen Menschen fundamentale Rechte und ein menschenwürdiges Leben verweigert werden, provoziert zu unterschiedlichsten Formen der Gewalt, selbst wenn es keinen Krieg gibt.

4.4 Es ist stets mit ungerechten Situationen zu rechnen, in denen gewaltfreies Handeln unmöglich erscheint.

Die Ausweglosigkeit bestimmter Situationen verleitet einzelne Menschen, wie Gruppen, Völker und Staaten dazu, ihr Heil in der Gewaltanwendung zu suchen. Die Völkergemeinschaft muss alles nur Denkbare versuchen, ausweglos erscheinende Situationen zu überwinden und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Es ist in solchen Situationen zu prüfen, in wieweit durch gezielte Sanktionen gegen die Verursacher des Unrechts, zur Gewaltminimierung beigetragen werden kann.

4.5 Gewalt entfaltet immer eine schwer kontrollierbare Eigendynamik.

Erfahrungsgemäß fordert jeder noch so begrenzte Gewalteinsatz Menschenleben, vor allem unter der Zivilbevölkerung. Darüber hinaus ist es typisch für jede Art von Gewaltanwendung, dass sie Gegengewalt hervorruft und diese im Regelfall stärker ist als die erlittene Gewalt. Die Spirale der Gewalt führt zur Eskalation. Gewalt erzeugt immer mehr Gewalt. Diese Eigendynamik kann nur durch jene unterbrochen werden, die Gewalt mit politischen und rechtlichen Mitteln zu überwinden und zu vermeiden suchen. Christen sollten selbst in scheinbar ausweglosen Unrechtssituationen Alternativen zu gewaltsamen Reaktionen und Krieg vorleben und einfordern. Dennoch werden Schuldkonflikte nicht zu vermeiden sein.

#### 5. Von nationalstaatlicher Interessenverfolgung mit Gewalt zum universalen Gewaltmonopol der UNO

5.1 Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen Krieg und organisiertem Verbrechen, Terrorismus und massiven Menschenrechtsverletzungen.

Diese Entwicklung macht hilflos und betroffen. Auch hier muss das Schwergewicht auf der gewaltfreien Bekämpfung der Ursachen liegen.

Gewaltmaßnahmen durch Staaten und Militärbündnisse sind vom Terrorismusvorwurf nicht ausgenommen.

Die Rolle der Geheimdienste muss überprüft werden. Präventives politisches Handeln muss darauf abzielen, den Einsatz militärischer Mittel zu vermeiden.

- 5.2 UN-Einsätze sind nicht auf den Sieg einer Konfliktpartei auszurichten, sondern müssen einem gerechten Frieden dienen.

Jede Anwendung von Gewalt soll soweit wie möglich minimiert werden. Ziel ist die Wiederherstellung der Basis für einen Verhandlungsprozess, der zum Frieden führt. Der Verzicht auf Sieg oder Vernichtung des Gegners bedeutet, von Kampfeinsätzen traditioneller Kriegführung weitgehend Abschied zu nehmen, und verlangt beträchtliche mentale Umstellungen sowohl bei Kommandeuren wie Soldaten.

- 5.3 Bewaffnete Interventionen müssen den Regeln des internationalen Rechts unterworfen bleiben.

Die Handlungsfähigkeit der UNO muss auch in schweren Krisen sichergestellt werden. Regionale Organisationen und Bündnisse, zum Beispiel die NATO, bedürfen der Autorisierung durch die internationale Staatengemeinschaft. Die Herstellung von, die Bedrohung mit und der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln sind zu unterbinden. Abrüstungsverträge dürfen nicht einseitig aufgekündigt werden.

## 6.1 Von der Minimierung zur Überwindung von Gewalt

- 6.1 Gewaltvorbeugung und Menschenrechtsschutz gehören auf das Engste zusammen.

Die Anwendung von Gewalt tendiert dahin, gerade jene Grundlagen zu zerstören, auf denen ein menschenwürdiges Zusammenleben beruht. Umso wichtiger ist es, für die grundrechtliche Sicherung der Persönlichkeitsrechte, der politischen und sozialen Teilhabemöglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen Sorge zu tragen. Jedes Bemühen, andere vor Demütigung, Antastung ihrer menschlichen Würde und seelischen Verwundungen zu schützen, verhindert mögliche Gegengewalt. Der oft gebrachte Hinweis auf kulturelle Unterschiede erweist sich in vielen Fällen als haltlos, sobald die Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu Wort kommen.

- 6.2 Gewaltprävention ist vordringliche Aufgabe in Erziehung, Bildung und Medienarbeit.

Es gibt eine systematische Gewöhnung an Gewalt. Wer zählt die Opfer von Gewalt an einem einzigen Fernsehabend? Die Faszination von Gewalt muss aufgebrochen werden. Über alternative Möglichkeiten, der Gewalt zu

begegnen, ist umfassend zu informieren und durch entsprechende Programme in sie einzuüben, damit sie situationsgerecht angewendet werden können. Diese Konzepte sind kreativ weiterzuentwickeln. Dazu gehört nicht zuletzt eine angemessene finanzielle Förderung. Ziel ist eine grundlegend neue Einstellung zum Umgang mit Gewalt. Die Achtung vor dem Leben, vor der menschlichen Würde muss vorgelebt und eingeübt werden, damit die Bereitschaft zur Gewaltanwendung überwunden werden kann. Die Programme kirchlicher Bildungseinrichtungen und theologischer Fakultäten sollten daraufhin untersucht werden, ob sie diesem Thema hinreichende Aufmerksamkeit widmen.

- 6.3 Gewaltprävention bedarf einer grenzübergreifenden Reduzierung und Kontrolle der Rüstungsproduktion und -forschung wie auch der Beschränkung des Waffenhandels.

Rüstungsproduktion und -forschung bergen die Gefahr immer neuer globaler und regionaler Rüstungswettläufe in sich. Die ökonomischen Triebfedern des Waffenhandels führen zur Überrüstung vieler Regionen. Dabei werden wertvolle Ressourcen gebunden, die in zivilen Bereichen dringend benötigt würden.

Die leichte Beschaffbarkeit von Waffen, besonders von Kleinwaffen, macht es Einzelnen wie Gruppen leicht, private Kriege zu führen und terroristische Aktionen durchzuführen. Gerade in unterentwickelten Regionen können sich regelrechte „Kriegssysteme“ mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die dortige Bevölkerung herausbilden.

- 6.4 Die Begleitung von Abrüstungsmaßnahmen durch Konversionsprojekte ist ein wichtiger Schlüssel für die breite politische Unterstützung solcher Schritte.

Schritte der Abrüstung und Truppenreduzierung führen häufig zu negativen ökonomischen Folgen für die betroffenen Standorte. Damit solche Schritte nicht auf Proteste, sondern auf Zustimmung stoßen, ist staatliche Unterstützung unabdingbar, um nachfolgend die Konversion der Produktionsanlagen, Kasernen und sonstigen Militäreinrichtungen zur zivilen Nutzung voranzutreiben und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

- 6.5 Die Dekade zur Überwindung von Gewalt, die der Weltkirchenrat für die Jahre 2001 bis 2010 ausgerufen hat, aktualisiert den Konziliaren Prozess und setzt ihn fort. Die Dekade eröffnet die Chance, dass die Kirche mit ihren Gemeinden deutlicher als vorher als Ort der Gewaltüberwindung wahrgenommen wird. Angesichts der zentralen Aufgaben der Gewaltprävention wird der Zusammenhang der Bedrohungen von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung in besonderer Weise sichtbar.

## 7. Vom Beschweigen von Schuld zur Nachsorge bei Konflikten.

- 7.1 Unversöhnte Situationen sind der Nährboden für neue Gewaltausbrüche.  
In unbewältigter Vergangenheit liegt fast immer der Keim künftiger Gewaltanwendung. Wo nichts gegen die Unversöhntheit gemeinsamer Geschichte getan wird, wird eine Chance zur Gewaltvorbeugung vertan.
- 7.2 Dauerhafte Folge von Gewalt ist eine individuelle oder gesellschaftliche Traumatisierung.  
Traumatisierte Menschen brauchen Hilfe und Beratung. Gerade kollektive Traumatisierungen können den Wurzelgrund für das Entstehen neuer Gewaltverhältnisse bilden.
- 7.3 Die Auseinandersetzung mit Schuld und Gewalt kann an der praktischen Solidarität mit den Opfern und am Bemühen um Gerechtigkeit gegenüber den Tätern gemessen werden.  
Traumatisierte Menschen brauchen zahlreiche Hilfen, um ihre Lebenssituationen zu meistern. Nur wer zu packt und hilft, tut etwas gegen Gewalt.
- 7.4 Was Opfer von Unrecht und Gewalt erlitten haben, muss zur Sprache gebracht werden.  
Gerade das ganz persönliche Engagement von Einzelnen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die bereit sind, die Opfer zu Wort kommen zu lassen und so ihr Leid ein Stück weit mitzutragen, kann hier hilfreich sein.
- 7.5 Auch die Ursachen dafür, dass Menschen an Unrecht und Gewalt mitschuldig wurden, müssen bearbeitet werden.  
Eine persönliche Begleitung Verstrickter bei ihrer Auseinandersetzung mit der Verantwortung für Unrecht und Leid, welches sie anderen zufügten, kann große Bedeutung dafür haben, dass sie fähig werden, das Geschehene zu betrauern, Reue zu empfinden und einen Neuanfang zu finden.
- 7.6 Konfliktsituationen sind mit dem Auge des Konfliktgegners zu betrachten.  
Einseitige Schuldzuweisungen lassen sich nur relativieren, wenn die Beteiligten lernen, die unversöhnte Situation aus dem Blickwinkel des Konfliktgegners zu betrachten. Wir müssen dabei auch kritisch nach der eigenen Mitverantwortung und der Mitschuld an der Entstehung und dem Verlauf der Gewalteskalation fragen.
- 7.7 Ausgleich und Verständigung sind Schritte auf dem Weg zur Versöhnung.

Der Weg zur Versöhnung ist weit. Es ist schon viel erreicht, wenn Formen der Verständigung, des miteinander Sprechens, gefunden werden. Dabei ist es unerlässlich, dass Schuldige sich der Frage nach ihrer Verantwortung stellen.

- 7.8 Die Kirchen müssen nach ihrer eigenen Verstrickung in Schuldzusammenhänge fragen, weil sich dadurch neue Wege zu Versöhnung und praktischem Friedenshandeln eröffnen.

Die Kirchen müssen erkennen, dass sie durch Legitimierung von Gewalt, Duldung von Rassismus und Unterordnung unter autoritäre oder militaristische Regierungen mitschuldig wurden.

Mutmachen und Unterstützung von Zivilcourage sowie Widerstand gegen Unrecht und falschen Obrigkeitsgehorsam sind Kennzeichen veränderter Einstellungen.

## 8 Von einer der militärischen Logik untergeordneten religiösen Betreuung von Soldaten zur friedensfördernden Seelsorge

- 8.1 Die vollständige Unabhängigkeit von Verkündigung und Seelsorge von politischen Vorgaben ist bei jeder institutionellen Regelung unbedingt zu gewährleisten. Die Friedensbotschaft des Evangeliums, die Bereitschaft zum Gewaltverzicht und die Liebe zum Feind muss unverkürzt den Soldaten verkündet werden.

- 8.2 In die Seelsorge an Soldaten sind Seelsorger zu berufen, denen die Minimierung von Gewalt und der Vorrang von Prävention ein persönliches Anliegen ist. Die friedensethischen Forderungen der Kirchen müssen von den Seelsorgern vorgelebt und den Soldaten nahegebracht werden.

- 8.3 Es muss Gewissensbildung für einen zeitgemäßen militärischen Gehorsam erfolgen.

Dazu gehören das Wissen darum, welchen ethischen und rechtlichen Grenzen Befehl und Gehorsam unterliegen, und die Möglichkeit, die Konsequenzen des geforderten Gehorsams daraufhin einschätzen zu können, ob diese Grenzziehungen respektiert werden. Da das geltende humanitäre Völkerrecht die Opfer bewaffneter Konflikte noch nicht hinreichend zu schützen vermag, sind auch künftig Fälle denkbar, in denen ein Soldat aus Gewissensgründen einen Befehl nicht befolgen kann. Er muss dann die Möglichkeit haben, seine Gewissensgründe darzulegen, und er muss von der Gehorsamspflicht entbunden werden können. Diese Fragen gewinnen angesichts einer wachsenden Zahl von militärischen Einsätzen zunehmend an Bedeutung,

zumal dabei häufig Angehörige verschiedener Armeen zusammenwirken, die von deutlich unterschiedlichen militärischen Selbstverständnissen geprägt sind.

8.4 Bei Neuregelungen der Seelsorge an Soldaten ist diese geforderte Wissensbildung zu verankern. Im Lebenskundlichen Unterricht wie in der Einzelseelsorge müssen Soldaten - gerade im Zusammenhang mit Problemen der Gewissensverantwortung, vor die sie ihr Dienst stellt - in ihrem Seelsorger einen Ansprechpartner finden können, dem sie sich anvertrauen können. Die Kirchen, ihre leitenden Personen und Gremien und die Kirchgemeinden müssen dafür Sorge tragen, dass die Identität kirchlicher Friedensethik gerade im sensiblen Bereich der Seelsorge an Soldaten gewahrt bleibt.

## 9. Aufgabenfelder für Politik, Kirchen und Kirchgemeinden

9.1 Die Bundesregierung soll sich um den Auf- und Ausbau deutscher, europäischer und europaübergreifender Vermittlungs- und Brückenfunktionen bemühen, insbesondere um die Errichtung und Unterstützung regionaler Sicherheitsstrukturen und darum, dass verstärkt Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung in eskalationsträchtigen Regionalkonflikten bereit gestellt werden.

9.2 Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der UN und regionalen Organisationen, wie zum Beispiel der OSZE, ausreichendes Personal für zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung steht.

9.3 Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der UN (analog Artikel 43 der Charta der Vereinten Nationen) und regionaler Organisationen wie der OSZE Polizeieinheiten gebildet werden, welche in Situationen des Staatszerfalls und bei der Nachsorge von Konflikten zum Aufbau einer öffentlichen Ordnung eingesetzt werden können, die den Schutz grundlegender Menschenrechte garantiert.

9.4 Die Rüstungskontrolle und eine weitere Rüstungsreduzierung sind durch die Bundesregierung zu verstärken. Sie wird aufgefordert, sich für das Verbot aller Massenvernichtungsmittel einzusetzen.

9.5 Für die Waffenproduktion und den Waffenexport, wie auch für den Besitz von Waffen, sind durch die Bundesregierung entsprechende gesetzliche Regelungen im Rahmen der Europäischen Union weiter einzuschränken.

9.6 Die ethische Fragwürdigkeit von Waffenproduktion, Waffenhandel und der verbrecherische Gebrauch von Waffen ist durch die Kirchen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.

9.7 Die Kirchenleitungen sollen sich beim Gesetzgeber für die Möglichkeit einsetzen, Steueranteile, die der Finanzierung militärischer Aufgaben dienen, aus Gewissensgründen für Friedensdienste und Entwicklungshilfe umzuwidmen.

9.8 Der Ausbau und die finanzielle Absicherung von zivilen Friedensfachdiensten und von freiwilligen Diensten für Jugendliche ist von der Bundesregierung und den Kirchen verstärkt zu fördern.

9.9 Der Einsatz in Friedensfachdiensten ist als Friedensdienst anzuerkennen und durch Bundesgesetz versorgungsrechtlich abzusichern.

9.10 Kirchenleitende Personen und Gremien sollen die ökumenischen Kontakte nutzen und ausweiten, um zur Prävention und gewaltlosen Konfliktbewältigung in Krisengebieten beizutragen.

9.11 Die Kirchen werden aufgefordert, verstärkt Beiträge zu einer zivilen Konfliktbearbeitung zu leisten.

9.12 Die Kirchenleitungen sollen Stipendien für die Ausbildung von Konfliktbearbeitern und Mediatoren gewähren und zivile Konfliktbearbeitung durch deren Einsatz ermöglichen.

9.13 Die Kirchenleitungen sollen Patenschaften sowie Partnerschaften mit Gemeinden, auch anderer Konfessionen und Religionen, in Krisengebieten auf- und ausbauen.

9.14 Die Kirchenleitungen sollen alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, "fairen Handel" zu fördern, und bei ihren Einrichtungen auf die Abnahme von entsprechenden Produkten hinwirken.

9.15 Die Kirchenleitungen sollen sich für die Sicherung eines wertorientierten Unterrichtes, zum Beispiel Religions- und Ethikunterricht, an den Schulen zur Vermittlung friedensethischer Normen einsetzen.

9.16 Die Träger der politischen wie kirchlichen Bildungsarbeit sollen einem übernational verstandenen Gemeinwohl verstärkt Beachtung schenken.

9.17 In ihren Äußerungen zu Konfliktsituationen sollen die Kirchen und ihre Vertreter alle Aussagen vermeiden, die Gewaltanwendung legitimieren können.

9.18 Die Kirchgemeinden sollen in der Dekade zur Überwindung von Gewalt besonders solche Veranstaltungen fördern, durch die sichtbar wird, dass die Gemeinden selbst Prozesse der Gewaltüberwindung aktiv mittragen.

9.19 Kirchen, Gemeinden, alle relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen - vor allem die Selbstkontrollinstanzen der Medien - müssen Initiativen ergreifen, damit die Faszination von Gewalt in den Medien und in unserer Gesellschaft aufgebrochen und beendet wird.

9.20 Die Kirchgemeinden sollen sich den Opfern von Gewalt besonders zuwenden, ihnen solidarische Hilfe leisten und mit ihnen nach Wegen suchen, wie sie mit ihren traumatischen Erfahrungen zu leben vermögen.

9.22 Die Kirchgemeinden müssen sich auch der Täter annehmen, sie vor Vorverurteilungen schützen und zu ihrer Resozialisierung beitragen.

9.23 Die Kirchgemeinden sollen Raum geben für Gruppen, die zur Überwindung von Gewalt beitragen.

## 10. Verpflichtungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ökumenischen Versammlungen

10.1 Wir verpflichten uns, aktiv für eine Überwindung von Gewalt einzutreten.

10.2 Wir verpflichten uns insbesondere, gegen Feindbilder, Gewaltverherrlichung, Gewaltanwendung zumal gegen Schwächere - auch bei Demonstrationen einzutreten.

10.3 Wir verpflichten uns, wachsamer und kritischer gegenüber Politikern und Medien zu sein, wenn es um Krisensituationen und bewaffnete Interventionen und ihre Begründungen geht, und Falschdarstellungen entgegen zu treten.

Wir erinnern an die vorrangigen Optionen und die Verpflichtungen der bisherigen Ökumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Wir laden alle Christinnen und Christen und alle Menschen guten Willens ein, sich unseren Verpflichtungen anzuschließen

Arbeitsgruppe Frieden heute



*Der Berliner Aufruf „Eine andere Welt ist möglich“ und vorstehender Text der Arbeitsgruppe „Frieden heute“ sind entnommen der Broschüre:*

*Eine andere Welt ist möglich -  
Begleitheft zum Berliner Aufruf  
Ökumenischer Basisgruppen,  
herausgegeben vom Koordinationskreis  
Ökumenischer Netze, Basisgruppen und Initiativen  
Berlin 2003*

*Bestelladresse:  
Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE  
für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der  
Schöpfung,  
Simon-Haune-Str. 15, Bad Hersfeld, Fax: 06621-65645 -  
e-mail: A-P-S@gmx.de*

WOLFRAM ROHDE - LIEBENAU

## Die Bundeswehr eine Interventionsarmee? Widerspruch gegen neue verteidigungspolitische Richtlinien!

Die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes unter dem Titel von „Enduring Freedom“ wurde vom Bundestag vor kurzem verabschiedet – nur die beiden PDS Abgeordneten und die kleine FDP stimmten dagegen. Die Folge ist, dass im gesamten mittelasiatischen Raum bis zum Horn von Afrika die Bundeswehr eingesetzt werden kann – und zwar mit bis zu 3.100 Menschen anstelle der bisher dort eingesetzten rund 700 Personen. Die Forderung aus dem Bundestag nach einem klaren „Entsendungsgesetz“ blieb ungehört – und manche ahnen schon, dass aus dem „Parlamentsentsendungsgesetz“ das „Parlamentsentmachungsgesetz“ werden soll.

Bundesminister Struck hat dafür neue verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) erlassen, die Sinn und Zweck der Bundeswehr auf den Kopf stellen, obgleich sie nur eine ministerielle Anordnung sind. Wir müssen dies kennen und uns dagegen wenden.

Lasst uns als erstes daran erinnern, dass die Bundeswehr 1956 in unser Grundgesetz als reine Verteidigungsarmee eingebracht wurde:

Art. 87 a Abs. 1 GG: *Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.*

Abs. 2 Außer zur Verteidigung dürfen Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

Strucks „Erläuterungen zu den verteidigungspolitischen Richtlinien“ sprechen die neuen Zielsetzungen aus, die verfassungsrechtlich fragwürdig und politisch problematisch sind.

Trostreich klingt es, dass „die Fähigkeiten zur Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer nicht mehr benötigt werden“ – also könnte die Bundeswehr wohl abgeschafft werden?!

Weiter wird klargestellt, dass auch ein „Angriff auf das Bündnis als Ganzes unwahrscheinlich geworden ist.“

Damit könnten wir also auf den ganzen Militärapparat verzichten? Nein, denn nun setzt Peter Struck zum Gegenschlag an: „Die Aufgabe der Landesverteidigung wird durch den umfassenderen Begriff des Schutzes Deutschlands und

seiner Bürger ersetzt.“ So einfach ist es: Der Schutz Deutschlands und seiner Bürger in den Zeiten der Cholera (oder des Terrorismus) kann nur durch eine in ihrem Charakter völlig veränderte Bundeswehr sichergestellt werden.

Es wird klargestellt, was gewollt ist: das „künftige Aufgabenspektrum unserer Streitkräfte unter Berücksichtigung des **Wandels zu einer Armee im Einsatz**“. Und was soll das bedeuten? Die Antwort lesen wir: „Die Vielfalt der Einsätze korrespondiert mit den erhöhten Anforderungen an eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik. Die **Einsätze der Bundeswehr werden sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen lassen.**“

Also soll es tatsächlich die internationale Interventionsarmee werden! Natürlich stellt Peter Struck auch eine veränderte Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung der Bundeswehr vor: Hier werden Prioritäten verlangt für „die bisher nicht vorhandenen Teilfähigkeiten **Strategische Verlegung, weltweite Aufklärung**...“ Das sind alles Mittel zum internationalen, „geografisch nicht eingegrenzten“ Einsatz. Weiter will er Maßnahmen zum Schutz vor einem Informationskrieg(?) entwickeln.

Die VPR sind ohne Zustimmung des Bundestags eine ungültige und verfassungswidrige Festlegung eines neuen (über die Verfassung hinausgehenden) Auftrags der Bundeswehr. Das gilt besonders angesichts der Ziffern 7 und 8 der VPR:

„Die VPR bestimmen... den **Auftrag der Bundeswehr**, gewichten deren Aufgaben und machen Vorgaben für die Fähigkeiten der Streitkräfte der Zukunft.“

Die VPR sollen die allgemein „verbindliche Grundlage für die Arbeiten im Geschäftsbereich des Bundesminister der Verteidigung sein. Sie werden angesichts der Dynamik der sicherheitspolitischen Herausforderungen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt.“

Die Kernaussagen beschreiben den klaren Widerspruch zu den Festlegungen im Grundgesetz („Landesverteidigung“):

„Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht. **Für die Bundeswehr stehen Einsätze** der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern, **auch über das Bündnisgebiet hinaus, im Vordergrund.**

**Die** herkömmliche **Landesverteidigung** gegen einen Angriff **als** alleine strukturbestimmende **Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den** aktuellen sicherheitspolitischen **Erfordernissen**. Die nur für diesen Zweck bereitgehaltenen Fähigkeiten werden nicht länger benötigt.“

Es muss wirklich als absurd bezeichnet werden, dass einerseits die Landesverteidigung als gegenstandslos bezeichnet wird und sogar ein Angriff auf das Bündnis als Ganzes unwahrscheinlich genannt wird, dass aber andererseits

unter dem neuen Begriff des „Schutzes Deutschlands und seiner Bürger“ für die Bundeswehr ein Aufgabenspektrum dargestellt wird, das eigentlich keine militärischen Inhalte mehr hat, sondern mit den Begriffen der Krisen- und Konfliktprävention zugleich die Sicherung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands als Ziel formuliert und vorgibt, dass dafür das Militär mit modernster Ausrüstung und hohen finanziellen Anforderungen zur Verfügung stehen müsse.

In erster Linie haben wir als Bürger die Aufgabe, solchen verteidigungspolitischen Richtlinien unsere Forderungen nach **ziviler** Krisen- und Konfliktprävention entgegenzusetzen. Ganz besonders müssen wir dabei auf die Unterstützung durch Bündnis 90/die Grünen hoffen. Wir müssen aber auch sehen, welche Dimensionen der Verteidigungsetat im Gesamthaushalt der Bundesrepublik hat und wie gering daneben die Ausgaben für Friedenspolitik und Entwicklungspolitik sind.

Peter Struck hatte bereits im Dezember 2002 erklärt, dass die Hauptaufgabe der Bundeswehr künftig nicht mehr die Landesverteidigung sei, sondern Aufgaben im internationalen Bereich. Die VPR vom 21. Mai 2003 sind Ausdruck dessen, was er fünf Monate vorher als neue politische Linie verkündete.

Eine Diskussion oder gar eine Entscheidung des Bundestages über diese ministerielle Richtlinie gibt es nicht. Die Bundeswehr ist „Parlamentsarmee“, ihr Einsatz außerhalb Deutschlands kann aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994 nur durch Beschlüsse des Bundestags geregelt werden.

Anstelle vorheriger Prüfung und parlamentarischer Diskussion der Aufgaben im internationalen Bereich – Krisen- und Konfliktverhütung – wird der Auftrag der Bundeswehr auf eine „Armee im (geografisch nicht eingegrenzten) Einsatz“ – also in der permanenten militärischen Anwesenheit in fremden Staaten – ausgerichtet. Richtig wäre es, diese Grundsatzfrage im Bundestag diskutieren zu lassen – die Bundeswehr ist Parlamentsarmee und nicht Ministerial-Armee – aber auch hinsichtlich des Finanzaufwands wäre es richtig festzustellen, was zweckmäßigerweise durch das Militär (die Bundeswehr) oder durch andere Kräfte (u.a. zivile Friedensdienste) zu leisten ist. Der Aufwand dafür würde weit unter den 26 Milliarden Euro liegen, die Minister Struck jetzt für seine Interventionsarmee fordert.

KARL MARTIN

## Grundsätzliche Unterschiedenheit zwischen Int. Bonhoeffer-Gesellschaft (ibg) und Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)

Es begann Januar 2002. Der dbv hatte gerade eben sein Buch „Abschied von der Kirchensteuer“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Da traf ein Brief des Vorsitzenden der ibg beim dbv ein. Prof. Dr. Christian Gremmels schrieb darin: „Ihre ‚Abschied von der Kirchensteuer‘-Initiativen lassen mir keine andere Wahl: Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus dem Kuratorium des ‚Dietrich-Bonhoeffer-Vereins.‘“ Auch ein bereits terminlich eingefädelttes gemeinsames Tagungsprojekt wurde abgesagt.

Sofort nach Eintreffen des Briefes bemühte sich der Vorsitzende des dbv um einen telefonischen Kontakt mit Christian Gremmels. Es wurde ein Gespräch im Rahmen der nächsten Vorstandssitzung der ibg vereinbart. Nun kam es erst recht heftig: Chr. Gremmels wurden von seinen VorstandskollegInnen heftige Vorwürfe gemacht, weil er die Einladung an den Vorsitzenden des dbv ohne einen Vorstandsbeschluss ausgesprochen habe. Man wolle im Vorstand der ibg erst intern beraten und dann erst auf den dbv zugehen. Das Ergebnis der internen Beratungen war ernüchternd: Der Vorstand der ibg sagte noch einmal das gemeinsame Tagungsprojekt ab. Von einem Gesprächsinteresse war keine Rede mehr. Die Beziehungen zwischen den Vorsitzenden der ibg und des dbv sind seit vielen Jahren sehr gut. So konnte auch über diese krisenhafte Situation hinweg der persönliche Kontakt und Gedankenaustausch fortgesetzt werden. Die Entstehung der Situation war nicht von Christian Gremmels veranlasst, sondern von anderen Mitgliedern des Vorstandes der ibg herbeigeführt worden. Unsere gemeinsame Hoffnung war es, dass die Vorstandswahlen in der ibg eine neue Zusammensetzung des Gremiums und damit die Chance einer neuen Meinungsbildung mit sich bringen würden. Christian Gremmels war entschlossen, dass Thema in seinem Vorstand wieder auf die Tagesordnung zu setzen und darauf zu „dringen, zwischen dem Dietrich-Bonhoeffer-Verein und der Bonhoeffer-Gesellschaft arbeitsfähige Beziehungen herzustellen“.

Inzwischen haben die Neuwahlen stattgefunden. Der neue Vorstand hat das Thema erneut beraten. Leider ist auch diesmal keine Verbesserung der Situation eingetreten. Der Vorstand der ibg teilt dem dbv in einem Schreiben vom 28.11.2003 mit, dass er „gemeinsame Verabredungen und Veranstaltungen nicht für möglich und auch nicht für wünschenswert hält“. Es bestehe „zwischen dem dbv als politischer Vereinigung und der ibg als ‚wissenschaftlicher Ge-

sellschaft' ein grundsätzlicher Unterschied, der durch gelegentlich gegebene thematische Nähe nicht überspielt werden sollte". Erläuternd wird hinzugefügt: „Es muss in diesem Zusammenhang keineswegs verschwiegen werden, dass es unter den Mitgliedspersonen unserer Gesellschaft und unseres Vorstands auch Stimmen gibt, die zum Verhältnis von ibg und dbv eher aus der Perspektive möglicher Gemeinsamkeiten Stellung nehmen möchten; dennoch ist der Vorstand unserer Gesellschaft mehrheitlich der Meinung, sich im Verhältnis zum dbv vom Merkmal grundsätzlicher Unterschiedenheit leiten zu lassen.“

Zwei Fragen stellen sich. Die erste Frage: Wäre es nicht besser gewesen, erst einmal mit dem dbv zu reden, bevor man die Mehrheitsposition grundsätzlicher Unterschiedenheit zu Papier bringt? Bleiben nicht Gespräche das wichtigste Zwischenziel, um zu einer Verbesserung der Beziehungen zu kommen? Die zweite noch wichtigere Frage: Ist das alles im Sinne von Dietrich Bonhoeffer? Welchen Wissenschaftsbegriff pflegt die ibg, wenn sie ihn in dieser Weise vom Bereich des Politischen abgrenzt? In welchen inhaltlichen Sachfragen vertreten ibg und dbv verschiedene Positionen? Was hindert uns, über solche Sachfragen zu diskutieren?

ES STELLT SICH VOR:

## Gandhi-Informations-Zentrum e.V.

Postfach 210109

10501 Berlin

email: [mkgandhi@snafu.de](mailto:mkgandhi@snafu.de)

Internet: [home.snafu.de/mkgandhi](http://home.snafu.de/mkgandhi)

Das GANDHI-INFORMATIONEN-ZENTRUM ist seit dem Jahr 1990 ein gemeinnütziger Verein für Bildung und Kultur mit mehr als 100 Mitgliedern in 20 Ländern, darunter namhafte Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, wie z.B. der Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel, Graf Serge Tolstoi (1911-1995) und Professor Joseph Needham (1901-1995)

Weltweit bekannt wurde das Gandhi-Informations-Zentrum in diesem Jahr durch die Verbreitung des „Manifest gegen die Wehrpflicht und das Militärsystem“, welches zwei bereits von Gandhi, Einstein, Buber, Freud und Tolstois Mitarbeitern Birukoff und Bulgakov unterzeichnete Manifeste gegen die militärische Ausbildung der Jugend aktualisiert. Dieses Manifest wurde mittlerweile in mehr als 25 Sprachen übersetzt und von mehr als 200 hervorragenden Persönlichkeiten aus über 30 verschiedenen Ländern unterzeichnet.

Das Gandhi-Informations-Zentrum, Forschungs- und Bildungsstätte für Gewaltfreiheit, organisiert seit dem Jahr 1990 gemeinnützige Bildungsarbeit und gibt Publikatio-

nen über das Leben und Wirken von Mahatma Gandhi heraus. Das Gandhi-Informations-Zentrum knüpft Kontakte in alle Welt und trägt zu einem internationalen Netzwerk bei.

Der gewaltfreie, aktive Widerstand, wie er von Gandhi entwickelt und gelebt wurde, soll uns dabei Orientierung und Wegweisung sein. Damit verbunden wollen wir die Wurzeln der Gewaltfreiheit in vielfältigen Traditionen dokumentieren (um Beispiele zu nennen: die gewaltfreie Lehre Leo Tolstois in Rußland, den zivilen Ungehorsam Henry David Thoreaus, die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings in den USA, die Sozialethik John Ruskins aus England, die Arche-Kommunitäten Lanza del Vastos in Frankreich sowie die Gewissensüberzeugungen religiöser Kriegsdienstverweigerer aus Österreich und Deutschland).

Unter dem Titel *Satyagraha* veröffentlicht das Gandhi-Informations-Zentrum seit 1994 Informationen für seine Vereinsmitglieder. So informierten unsere ersten beiden Nummern über das Gedenken an den 125. Geburtstag Gandhis und unsere Beziehungen zu Nachfolgern Leo Tolstois in Rußland.

*Gandhi-Informations-Zentrum*, Postfach 210109, 10501 Berlin - email: [mkgandhi@snafu.de](mailto:mkgandhi@snafu.de)

Internet: [home.snafu.de/mkgandhi](http://home.snafu.de/mkgandhi)

Der Jahresmitgliedsbeitrag beträgt 180 Euro, ermäßigt: 60 Euro.

Finanzielle Unterstützung der ausschließlich ehrenamtlichen Arbeit unseres Zentrums wird erbeten durch Ihre Spende (Kto-Nr. 495283-106, Postbank Berlin, BLZ 10010010). Gandhi-Informations-Zentrum e.V., Postfach 210109, 10501 Berlin - email: [kdv@snafu.de](mailto:kdv@snafu.de)

Website: <http://home.snafu.de/mkgandhi>

### Publikationen (in deutscher Sprache):

- *Manifest gegen die Wehrpflicht und das Militärsystem (Dokumentation)* (Hg. Christian Bartolf; 7,80 Euro; ISBN 3-930093-17-0)
- *Der Atem meines Lebens - Der Dialog von Mahatma Gandhi (Indien) und Bart de Ligt (Holland) über Krieg und Frieden.* (Hg. Christian Bartolf; 7,80 Euro; ISBN 3-930093-14-6)
- *Wir wollen die Gewalt nicht - Die Buber-Gandhi-Kontroverse* (Hg. Chr. Bartolf; 9,80 Euro; ISBN 3-930093-11-1)
- *Brief an einen Hindu - Taraknath Das, Leo Tolstoi und Mahatma Gandhi* (Hg. Christian Bartolf; 7,80 Euro; ISBN 3-930093-09-X)
- *Gandhis Ethik der Gewaltfreiheit* (Ija Lazari-Pawlowska; 2,80 Euro; ISBN 3-930093-05-7)
- *Gandhis Pädagogik* (Christian Bartolf; 2,80 Euro; ISBN 3-930093-01-4)

Dokument des Gandhi-Informations-Zentrum e.V.

# MANIFEST GEGEN DIE WEHRPFLICHT UND DAS MILITÄRSYSTEM

**Im Namen der Menschlichkeit, für das Wohl aller Zivilisten, die von Kriegsverbrechen bedroht sind, insbesondere der Frauen und Kinder, und zugunsten der Mutter Natur, die unter Kriegsvorbereitungen und Kriegsführung leidet, plädieren wir, die Unterzeichner, für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht als einen größeren und entscheidenden Schritt zur vollständigen Abrüstung.**

Wir erinnern uns an die Botschaft der Humanisten des 20. Jahrhunderts:

“Wir glauben, daß auf der Wehrpflicht aufgebaute Heere mit ihrem großen Stab von Berufsoffizieren eine schwere Bedrohung des Friedens darstellen. Zwangsdienst bedeutet Entwürdigung der freien menschlichen Persönlichkeit. Das Kasernenleben, der militärische Drill, der blinde Gehorsam gegenüber noch so ungerechten und sinnlosen Befehlen, das ganze System der Ausbildung zum Töten untergraben die Achtung vor der Persönlichkeit, der Demokratie und dem menschlichen Tun.

Menschen dazu zu zwingen, ihr Leben aufzugeben, oder sie gegen ihren Willen, gegen ihre Überzeugung und gegen ihren Sinn für Gerechtigkeit zum Töten zu zwingen, stellt eine Erniedrigung der menschlichen Würde dar. Ein Staat, der sich für berechtigt hält, seine Bürger zum Kriegsdienst zu zwingen, wird auch in Friedenszeiten die gebührende Achtung und Rücksicht auf das Wohl und Wehe des Einzelnen vermissen lassen. Mehr noch: Die Wehrpflicht pflanzt der ganzen männlichen Bevölkerung einen militaristischen Geist von Aggressivität ein, und das in einem Alter, in dem sie solchen Einflüssen am ehesten erliegt. So kommt es, daß durch die Ausbildung für den Krieg schließlich der Krieg als unvermeidlich, ja als erstrebenswert angesehen wird.“ (1)

“Die Wehrpflicht liefert die Einzelpersönlichkeit dem Militarismus aus. Sie ist eine Form der Knechtschaft. Daß die Völker sie gewohnheitsmäßig dulden, ist nur ein Beweis mehr für ihren abstumpfenden Einfluß.

Militärische Ausbildung ist Schulung von Körper und Geist in der Kunst des Tötens. Militärische Ausbildung ist Erzie-

hung zum Kriege. Sie ist die Verewigung des Kriegsgeistes. Sie verhindert die Entwicklung des Willens zum Frieden.“ (2)

Wir wollen jeden dazu ermutigen, sich vom Militärsystem zu emanzipieren und darum Methoden gewaltfreien Widerstands anzuwenden, in der Tradition von Mahatma Gandhi und Martin Luther King, wie zum Beispiel: Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (von Wehrpflichtigen und Berufssoldaten, in Kriegs- und Friedenszeiten), Ziviler Ungehorsam, Kriegssteuerverweigerung, Nicht-Zusammenarbeit mit der militärischen Forschung, der Rüstungsproduktion und dem Waffenhandel.

In unserem Zeitalter elektronischer Kriegführung und wirksamer Manipulation durch Massenmedien, können wir unsere Verantwortung nicht verleugnen, rechtzeitig unserem Gewissen entsprechend zu handeln. Es ist höchste Zeit, unsere Einstellungen und unsere Gesellschaften zu entmilitarisieren und uns gegen den Krieg und alle Kriegsvorbereitungen auszusprechen.

Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, jetzt ist es an der Zeit, kreativ zu werden und auf eine Weise zu leben, die das Leben der anderen Menschen rettet.

Datum .....

Unterschrift .....

Adresse .....

Anmerkungen:

(1) Manifest gegen die Wehrpflicht von 1926, neben anderen unterzeichnet von Henri Barbusse, Annie Besant, Martin Buber, Edward Carpenter, Miguel de Unamuno, Georges Duhamel, Albert Einstein, August Forel, M.K. Gandhi, Kurt Hiller, Toyohiko Kagawa, George Lansbury, Paul Löbe, Arthur Ponsonby, Emanuel Rádl, Leonhard Ragaz, Romain Rolland, Bertrand Russell, Rabindranath Tagore, Fritz von Unruh, H.G. Wells

(2) Gegen die Wehrpflicht und die militärische Ausbildung der Jugend von 1930, neben anderen unterzeichnet von Jane Addams, Paul Birukoff und Valentin Bulgakoff (Mitarbeiter von Leo Tolstoi), John Dewey, Albert Einstein, August Forel, Sigmund Freud, Arvid Järnefelt, Toyohiko Kagawa, Selma Lagerlöf, Judah Leon Magnes, Thomas Mann, Ludwig Quidde, Emanuel Rádl, Leonhard Ragaz, Henriette Roland Holst, Romain Rolland, Bertrand Russell, Upton Sinclair, Rabindranath Tagore, H.G. Wells, Stefan Zweig

## Verantwortung Widerstand Glauben

### „Bonhoeffer on tour“

Ein Projekt  
des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv)  
in Zusammenarbeit mit dem  
Seminar für Evangelische Theologie  
und Religionspädagogik  
der Techn. Universität Braunschweig

#### Was wollen wir?

„Bonhoeffer on tour“ möchte Schülerinnen und Schülern den Lebensweg Dietrich Bonhoeffers, sein Denken und Handeln nahe bringen. Bonhoeffer hat in den Jahren des Nationalsozialismus Wagemut und Zukunftshoffnung bewiesen. Er war zutiefst überzeugt von der persönlichen Verantwortung jedes Einzelnen, von der Widerstandspflicht gegen Unrecht und Gewalttat sowie von der Orientierungshilfe und Motivationskraft des christlichen Glaubens.

#### Wer sind wir?

Das Projekt „Bonhoeffer on tour“ wird getragen von Mitgliedern des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) sowie MitarbeiterInnen und StudentInnen des Seminars für Evangelische Theologie und Religionspädagogik der Technischen Universität Braunschweig. Weitere InteressentInnen sind im Projektteam willkommen.

#### Was bieten wir?

- AnsprechpartnerInnen und ExpertInnen zur Mitwirkung bei schulischen Veranstaltungen. Eine Referentenliste gibt Auskunft über die beteiligten Personen und ihre Themenschwerpunkte. Die Liste kann angefordert werden.
- Textzusammenstellungen und Materialien zu Dietrich Bonhoeffer und den nebenstehenden Themenangeboten. Eine Liste mit allen diesen Materialangeboten kann angefordert werden.
- Veranstaltung eines Impulsseminars „Dietrich Bonhoeffer heute“. Das Seminar bietet Arbeitsgruppen zu den nebenstehenden Themenangeboten. Wenn Sie Interesse haben, teilen Sie uns dies bitte mit. Sobald zwölf Personen Interesse bekundet haben, wird ein neues Impulsseminar organisiert und ausgeschrieben.

## Themenangebote

### Wer bin ich?

#### Bonhoeffers Selbstfindung

In einem Brief vom 27.1.1936: „Damals war ich furchtbar allein und mir selbst überlassen. Das war sehr schlimm. Dann kam etwas anderes, etwas, was mein Leben bis heute verändert hat und herumgeworfen hat.“ (DBW 14, 112 f.)

*Was bestimmt mein Leben?*

*Was kann mein Leben verändern?*

### Frieden muss gewagt werden

#### Bonhoeffers Eintreten für den Frieden

Aus einem Vortrag: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Frieden muß gewagt werden .... Sicherheiten suchen heißt sich selber schützen wollen.“ (DBW 13, 300)

*Wo fühle ich mich unsicher?*

*Wie können meine Friedensschritte aussehen?*

### Dem Rad in die Speichen fallen

#### Bonhoeffers Weg in den Widerstand

An seine Freunde: „Weder beleidigte Kritiker noch Opportunisten wollen und dürfen wir sein, sondern an der geschichtlichen Gestaltung – von Fall zu Fall und in jedem Augenblick, als Sieger oder als Unterlegene – Mitverantwortliche.“ (WEN 16)

*Wie gehe ich mit Siegen oder Niederlagen um?*

*Wo möchte ich mehr Mitverantwortung übernehmen?*

### Ich möchte glauben lernen

#### Bonhoeffers weltliches Christentum

Von guten Mächten wunderbar geborgen,  
erwarten wir getrost, was kommen mag.  
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen  
und ganz gewiß an jedem neuen Tag. (WEN 436)

*Fühle ich mich geborgen?*

*Wenn ja, wo?*

*Was möchte ich glauben können?*

## **Adressen des Projektes „Bonhoeffer on tour“**

Wenn Sie Interesse an dem Projekt „Bonhoeffer on tour“ oder an einzelnen Angeboten des Projektes haben oder im Projektteam mitarbeiten möchten, können Sie sich an folgende Adressen wenden:

**Dietrich-Bonhoeffer-Verein**  
**Dr. Karl Martin, Vors.**  
**Am Heienberg 4, 65193 Wiesbaden**  
**Tel: (0611) 542179; Fax: )545911**  
**[dietch-bonhoeffer-verein@dike.de](mailto:dietch-bonhoeffer-verein@dike.de)**  
**<http://dietch-bohoeffer-verein.dike.de>**

**Seminar für Ev. Theologie und  
Religionspädagogik der Technischen  
Universität Braunschweig**  
**Bültenweg 74/75, 38106 Braunschweig**

**Tel: (0531) 391-3474 und 391-3475;**  
**Fax: 391-2504**

**Univ.-Prof. Dr. Gottfried Orth**  
**[g.orth@tu-bs.de](mailto:g.orth@tu-bs.de)**

**Univ.-Prof. Dr. Lukas Bormann**  
**[l.bormann@tu-bs.de](mailto:l.bormann@tu-bs.de)**

Wenn Sie das Projekt „Bonhoeffer on tour“ unterstützen wollen, können Sie eine Spende auf das Konto des dbv überweisen:

Ev. Kredigenossenschaft Kassel (EKK) Filiale  
Frankfurt/Main BLZ 500 605 00 Konto-Nr.  
4004469 Stichwort „Bonhoeffer on tour“.

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und stellt Spendenquittungen aus.

## **Termine des dbv 2004**

13. März Sa. 12.00 Uhr Treffen des Initiativkreises Kirchensteuerreform in Frankfurt/Main  
Auskünfte und Anmeldungen zum Treffen am 13. März bei:  
dbv-Büro, Am Heienberg 2, 65193 Wiesbaden-Sbg., Tel: (0611) 542179, Fax: 9545911
26. März Fr. 16.00 Uhr Redaktionssitzung in Wiesbaden-Sonnenberg für die Erstellung der Zeitschrift „Verantwortung“ Heft 33
27. März Sa. 12.00 Uhr Sitzung des Vorstands des dbv in Frankfurt/M.
14. April Mi. Treffen des Projektteams „Bonhoeffer on tour“ im Seminar für Theologie und Religionspädagogik der TU Braunschweig, Bültenweg 74/75
- 07.-09.05. Fr.-So. Mitgliederversammlung und Jahrestagung des dbv im Haus Hainstein, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach  
Thema: Spirituelles Leben und politische Verantwortung - Eine Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer und Mahatma Gandhi
03. Juli Sa. 11.00 Uhr Sitzung des Kuratoriums des dbv in Frankfurt/M.
- 24.-26.09. Fr.-So. Bonhoeffer-Herbstseminar in Halle/Saale in Zusammenarbeit mit der Ev. Marktgemeinde Halle/Saale und dem Offenen Forum Wiesbaden

## **Vorausschau 2005**

- 01.-03.04. Fr.-So. Mitgliederversammlung und Jahrestagung des dbv in der Ev. Akademie Baden, Dobler Str. 51, 76332 Bad Herrenalb

**Autoren und Ansprechpartner für die Texte  
der Verantwortung Heft 32:**

Bischof Prof.  
Dr. Wolfgang Huber  
Georgenkirchstr. 69/79  
10249 Berlin

Pater Gregor Böckermann  
Afrika-Missionare Weiße  
Väter  
Initiative Ordensleute für  
den Frieden  
Guioletstr. 35  
60325 Frankfurt/Main

Bernhard Willner  
Grochwitzer Str. 10  
04916 Herzberg

Pfarrer Dr. Matthias Engelke  
Steeger Str. 34  
41334 Nettetal-Lobberich  
Di. / Mi. von 10-11 Uhr:  
02153 / 2539  
oder Nachricht an Herrn  
Stevens 02153/4783

Bernd Hans Göhrig  
Geschäftsführer der  
Initiative Kirche von unten  
Oscar-Romero-Haus  
Heerstr. 205  
53111 Bonn

Jürgen Wiechert  
Kath. Standortpfarrer  
Große Str. 86  
14913 Jüterbog

Pfarrer Malte Koopmann  
Geschwister-Scholl-Str. 7  
15936 Dahme

Hans Dieter Zepf  
Korellweg 9  
64846 Groß-Zimmern

Dr. Wolfgang Gern  
Diakonisches Werk Hessen  
und Nassau  
Ederstraße 12  
60486 Frankfurt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Vors. der Kammer der EKD  
für soziale Ordnung  
Kinzigweg 5  
64297 Darmstadt

Peter Wahl  
WEED - Weltwirtschaft,  
Ökologie & Entwicklung  
Torstr. 154  
10115 Berlin

Gustav Köbbemann  
Lennebergplatz 4  
55124 Mainz

Friedrich Halfmann  
2. Vors. Verein zur  
Umwidmung von  
Kirchensteuern  
Römerstr. 90  
45721 Haltern am See

Herbert Hahn  
Aktionskreis Halle (AKH)  
Am Rottersberg 8  
37339 Worbis

Prof. Dr.rer.pol. Bundesmi-  
nister a. D. Hans Apel  
Aufsichtsratsvorsitzender  
Rögenfeld 42 C  
22359 Hamburg

Dr. Wolfram Rohde-  
Liebenau  
Eberlestr. 9  
81477 München

Gandhi-Informations-  
Zentrum  
Postfach 210109  
10501 Berlin

Univ.-Prof. Dr. Gottfried  
Orth  
Seminar für Evang.  
Theologie der TU  
Bültenweg 74/75  
38106 Braunschweig

**Redaktions-Adresse:**

Herausgeber im Auftrag des  
dbv:

Dr. Karl Martin, Am Heienberg 2  
65193 Wiesbaden-Sonnenberg  
Tel. (0611) 542179; Fax: 9545911  
[dietch-bonhoeffer-  
verein@dike.de](mailto:dietch-bonhoeffer-verein@dike.de)

Weitere Redaktionsmitglieder:

Gudrun Schreiber  
Herderstr. 1 a,  
65549 Limburg/Lahn  
Tel. und Fax: (06431) 42050

Hans Dieter Zepf  
Korellweg 9,  
64846 Groß-Zimmern  
Tel. (06071) 497832  
E-mail: [hdzefp@gmx.de](mailto:hdzefp@gmx.de)

Ständige MitarbeiterInnen:  
Willy Beppler, Eltville  
Gustav Köbbemann, Mainz  
Irmela Milch, Wiesbaden  
Dr. Konrad Moll, Esslingen  
Ingrid Schwind, Wiesbaden  
Franz Meyer, Leisnig-Tragnitz  
Juliane Rau, Magdeburg

Verlag:  
Fenestra-Verlag  
Bad Harzburg-Wiesbaden  
Tel. (0611) 5440693;  
Fax: (0611) 9545911  
[info@fenestra-verlag.de](mailto:info@fenestra-verlag.de);  
[www.fenestra-verlag.de](http://www.fenestra-verlag.de)

Druck: Druckerei am Parkfeld  
Wiesbaden

**Vorstand des dbv**

Vorsitzender:  
Dr. Karl Martin

Stellvertretender Vorsit-  
zender:  
Dr. Konrad Moll  
Waldackerweg 76/1  
73732 Esslingen  
Tel. (0711) 3704130

Stellvertretende Vorsitzen-  
de:  
Pfarrerin Juliane Rau  
Konsistorium der EKKPS  
Am Dom 1  
Magdeburg

Kassenwart:  
Jürgen Sonntag  
Keltenring 40,  
56072 Koblenz,  
Tel. (0261) 409145

Schriftführerin:  
Irmela Milch  
Dreispißstraße 40  
65191 Wiesbaden  
Tel. + Fax (0611) 562710

Beisitzer:  
Dr. Christian Fischer, Mainz  
Regina Molnar, München,  
Gudrun Schreiber, Limburg  
Hans Dieter Zepf,  
Groß-Zimmern

Bankverbindung:  
Ev. Kreditgenossenschaft  
Kassel  
Filiale Frankfurt/Main  
BLZ 50060500  
Kto.-Nr. 4004469

Der dbv ist als gemeinnüt-  
zig anerkannt und  
berechtigt, Spenden-  
bestätigungen für steuer-  
liche Zwecke auszustellen.  
Die Mitgliedsbeiträge für  
den dbv sind wie Spenden  
abziehbar.

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, fördert die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft. Er sieht in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige, in die Zukunft weisende Herausforderung zu kritischem Glauben, Denken und Handeln.

**IN** der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv daran, den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weiterzuführen.

**SO** wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Oekumene verpflichtet. Unter Oekumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

**IN** Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für eine Befreiung des Denkens und der sozialen Strukturen aus evangeliums-widrigen Sachzwängen, Vorurteilen und gesellschaftlichen Egoismen.

**DIE** Teilnahme an Seminaren des dbv ist für alle offen. In Diskussionen suchen wir nach Wegen, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

**AM** Prozess der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Resolutionen der Mitgliederversammlung, Herausgabe seiner Zeitschrift "Verantwortung" sowie durch Pressearbeit. Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen.

**FRIEDEN** wagen ... mit diesem Thema greift der dbv das Friedensverständnis Bonhoeffers auf: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit ... Friede muss gewagt werden.“

(Bonhoeffer, Fanö 1934)

**KIRCHE FÜR ANDERE ...** mit diesem Thema greift der dbv das Kirchenverständnis Bonhoeffers auf. Seine Vision war: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist .... Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftsleben teilnehmen.“ (Bonhoeffer 1944)

*„Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“*  
Dietrich Bonhoeffer an der Wende zum Jahr 1943



*Dietrich Bonhoeffer  
im Juli 1939*

**1906** Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, evangelischer Theologe, Promotion, Habilitation, Studentenpfarrer in Berlin.

**1933** Bereits 1933 gilt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen ein. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird er zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

**1938** wird Bonhoeffer in die Staatsstreichplanungen um Beck, Canaris und v. Dohnanyi eingeweiht. 1940 vom Widerstandskreis der Spionageabwehr getarnt und mit Reisepapieren versorgt, benutzt er seine kirchlich-ökumenischen Kontakte, um im Ausland die Ziele des deutschen Widerstands zu erläutern und politische Unterstützung für die Umsturzpläne und eine baldige Kriegsbeendigung zu suchen.

**1943** wird er verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch „Widerstand und Ergebung“.

**1945** Am 9. April 1945 wird er im KZ Flossenbürg durch die SS ermordet.